Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Doppelnummer, Preis S 25,-

Nr.1/Jhg.80

Inhaltsverzeichnis:

Kommunist - Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Erscheint monatlich.

Einzelpreis: S 18,-
Einzelpreis: (Doppelnummer) S 25,-
Halbjahresabonnement: S 130,-
Jahresabonnement: S 260,-
Auslandsabonnement: Halbjahr S 150,-
Ein Jahr S 300,-

Eigentumer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel. Alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1

Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H. 1040 Wien, Rienößlgasse 12

Über den militärischen Kampf Kampucheas 1979

Seit einem Jahr tobt die vietnamesisch-sowjetische Kriegsmaschinerie in Kampuchea, um das Demokratische Kampuchea zu beseitigen, die kampucheanische Nation auszulöschen und das Land zu einem Bestandteil Vietnams zu machen. Gegen diese Militärmaschinerie, die das vietnamesische Volk im ungerechten Kolonialkrieg verheizt und das kampucheanische Volk dadurch vernichten will, führt das Volk Kampucheas den bewaffneten Freiheitskampf. Nur durch diesen kann die Hanoier Clique zum Rückzug und Ablassen von ihren Absichten gezwungen werden. Diesen Kampf versucht die bürgerlich-imperialistische Propaganda in Österreich auf zweierlei Arten zu denunzieren: Indem sie ihn totschweigt oder als Scharmützel von „Rebellenhaufen" abtut oder indem sie gegen seinen gerechten Charakter zu Felde zieht mit dem Argument: er fordere „noch mehr Tote". Dagegen kann eine Solidarität nichts sein, wenn sie nicht Solidarität mit dem hauptsächlich militärisch geführten Kampf des kampucheanischen Volkes unter der Leitung der Regierung des demokratischen Kampuchea ist. Wenn sie nicht das von ihr vorgelegte Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung von Kampuchea unterstützt, auf dem ein Zusammenschluß innerhalb des Landes wie international möglich ist zur Vereinigung aller Kräfte, die für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der kampucheanischen Nation eintreten. Deshalb haben wir in dieser Nummer diese beiden Schwerpunkte gesetzt. Der jetzt folgende Artikel über den militärischen Kampf 1979 wird in der Nummer 2/80 abgeschlossen mit dem Gesamtüberblick über den militärischen Kampf 1979. Weitere Artikel sollen bis Sommer erscheinen über das Verhältnis der österreichischen „Linken" zum kampucheanischen Weg zum Sozialismus 1975-1978, die österreichische bürgerliche-imperialistische Propaganda gegen das Demokratische Kampuchea und die Entwicklung Vietnams zu einem Agressorstaat.

Die Invasion Vietnams und die Zeit der Trockenperiode bis Mitte Mai

Die Absichten der Vietnamesen waren bekannt

Dem Volk und der Regierung Kampucheas waren die Absichten der vietnamesischen Herrscherclique, Kampuchea ihrem Machtbereich zu unterwerfen, schon lange vor jenen Tagen des ausgehenden Jahres 1978 bekannt geworden. Unmittelbar nach der Befreiung Kampucheas hatte Vietnam die kampucheanische Insel Koh Way besetzen lassen. Es hatte neue Grenzverhandlungen gefordert, weil die Zusagen Hanois und des Vietcong 1967, die gegenwärtigen Grenzen für immer gültig zu erklären, „kriegsbedingt" gewesen seien ebenso wie die Bekräftigung auf der Konferenz der indochinesichen Völker 1970. Dennoch setzten sie und ihre sowjetischen Hintermänner in den Jahren 1975-1977 immer noch auf die Taktik der „friedlichen" Unterwerfung entweder mittels Erpressung der Regierung oder eines Staatsstreichs - sechs Versuche hat es nach Angaben des im Dezember 1979 abgehaltenen Regierungskongress des Demokratischen Kampuchea gegeben. An der Oberfläche, in der internationalen Propaganda, hingegen lobten insbesondere die russischen Propagandisten das Demokratischen Kampuchea und seine Regierung in den höchsten Tönen und bezeichneten alle Verleumdungen aus den westlichen imperialistischen Ländern nur als CIA-Propaganda. Das ist z.B. bis zur Nr. 1/78 in der „Neuen Zeit", der außenpolitischen Wochenzeitschrift Moskaus, detailliert nachzulesen.

1977 nahmen jedoch bereits die Versuche, militärisch Grenzveränderungen vorzunehmen wie auch Demoralisierung dadurch hervorzurufen, zu wobei immer gleichzeitig Kampuchea vorgeworfen wurde, für die „Grenzkonflikte" verantwortlich zu sein und sich zu weigern, Verhandlungen zu führen. Tatsächlich ist es jedoch 1975 und 1976 auf Initiative der KP Kampucheas mehrfach zu Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts gekommen. Sie wurden von Vietnam abgebrochen, nachdem sich Kampuchea weigerte, „besondere Beziehungen" und „Freundschaftsgrenzen" nach dem Muster der „friedlichen" Unterwerfung von Laos durch Vietnam zu akzeptieren und auch nicht über die Preisgabe kampucheanischen Territoriums verhandeln wollte. Am 27.9.1977, dem 17. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas, an dem sie gleichzeitig als offizielle Partei bekanntgegeben wurde, erklärte ihr Führer Pol Pot in seiner Rede: „*Bis heute ist unsere Landesverteidigung vollkommen gesichert, aber wir müssen unsere revolutionäre Wachsamkeit verdoppeln, um im Falle des Versuchs einer Provokation oder Agression durch den Feind Herr der Lage zu sein.*" Der Feind wurde damals noch nicht namentlich genannt, war aber schon bekannt.

Ende 1977 erfolgt die erste militärische Großoffensive der Hanoier Machthaber gegen Kampuchea. Vier vietnamesische Divisionen greifen von Süden, neun Divisionen im Nordabschnitt der Grenze an - insgesamt dreizehn bis vierzehn Divisionen. Nach anfänglichen Vorstößen werden die Invasoren unter hohen Verlusten auf beiden Seiten von den kampucheanischen Streitkräften gestoppt und zurückgedrängt. Die vietnamesische Strategie von „Blitzangriff - Blitzsieg" erleidet eine empfindliche Niederlage. Kampuchea entschließt sich, den Konflikt an die Weltöffentlichkeit zu bringen, da eine friedliche Beilegung aussichtslos geworden ist. Am 31. Dezember 1977 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam abgebrochen.

Über den weiteren Verlauf der vietnamesischen Angriffshandlungen führt Pol Pot in seiner Rede zum 18. Gründungstag der KPK am 27.9.1978 aus: „*Nach dieser Niederlage haben uns die Vietnamesen fortgesetzt angegriffen. Aber die maximale Wirksamkeit ihrer eingesetzten Truppen ist nicht halb so groß wie Ende 1977. Um genauer zu sein, hier ist die Stärke ihrer Truppen, die in die Aggresion gegen Kampuchea verwickelt waren (wobei nur die tatsächliche Truppenstärke in Betracht gezogen ist):*

Februar: .... mehr als 2 Divisionen
März: .... 3 bis 4 Divisionen
April: .... 5 bis 6 Divisionen
Mai: .... 5 bis 6 Divisionen
Juni: .... 3 bis 4 Divisionen
Juli: .... mehr als 3 Divisionen
August: .... 3 Divisionen
September: .... 2 Divisionen

Seit Februar haben wir fortgesetzt zahlreiche vietnamesische Truppenverbände zerschlagen."

Und auf die Lage Vietnams eingehend sagte Pol Pot: „*Zur Zeit sind die Vietnamesen mit zahlreichen ernsthaften Schwierigkeiten auf allen Gebieten konfrontiert. Auf militärischem Gebiet stehen sie enormen Schwierigkeiten gegenüber. Sie haben zu wenig einsatzbereite Truppen. Die Tatsache, daß sie Flugzeuge einsetzen, zeigt, daß ihre Infanterie schwach ist. Von Juli bis Anfang September haben wir 8 Bomber und Hubschrauber und am 27. September einen weiteren abgeschossen. Die vietnamesische Luftwaffe kann keine strategische Rolle spielen. Wir haben bereits Erfahrung mit dem Luftkrieg der US-Imperialisten, in dem wir diese geschlagen haben. Die US-Imperialisten hatten uns von 1970 bis 1975 aus der Luft angegriffen, insbesondere von Februar bis August 1973 200 Tage und 200 Nächte lang. Die vietnamesische Luftwaffe umfaßt noch nicht einmal ein Tausendstel der der US-Imperialisten.*

Vietnam ist ein rückständiges Agrarland. Daß es sein Heil in der Luftwaffe sucht, wird es in noch größere Schwierigkeiten bringen, sowohl auf politischem, wie auf militärischem und

finanziellem Gebiet. Der Hunger ist immer mehr zum ernsthaften Problem geworden, und es wird noch schlimmer und schlimmer werden. Das Ausmaß des Hungers ist der Beweis für die Unfähigkeit der vietnamesischen Verwaltung und das üble Ergebnis ihrer falschen und bornierten ökonomischen Linie. Das ist die Schuld ihres Regimes, das weder sozialistisch noch revolutionär ist. Es ist ein Regime der Ausbeutung, unter dem die Armen ständig ausgebeutet werden und das Volk Hunger leidet. Außerdem hat Vietnam durch die Aggression gegen Kampuchea sich selber weiter ruiniert.

Auf politischem Gebiet sind die Vietnamesen im eigenen Land und im Ausland mit Schwierigkeiten konfrontiert. Im eigenen Land erhebt das Volk sich ständig. Auch im Ausland ist Vietnam mit Schwierigkeiten konfrontiert. Früher glaubten alle, die Vietnamesen seien Revolutionäre, Sozialisten. Jetzt sieht alle Welt ihre wahre Natur. Sie sind Aggressoren gegen Kampuchea. Sie sind weder Revolutionäre noch Sozialisten. Vietnam ist kein blockfreies Land. Es ist Teil eines Blocks. Es ist ein Mitglied der sowjetischen ökonomischen und politischen Allianz. Die Vietnamesen sind Söldner im Dienste der sowjetischen Strategie und Expansion geworden. Vietnam hat auch Militärstützpunkte auf fremden Territorium errichtet. Jetzt, wo es ebenfalls Provokationen gegen die Volksrepublik China gerichtet hat, ist seine wahre Natur noch klarer zum Vorschein gekommen, und seine Schwierigkeiten sind noch unlösbarer geworden." (alle Zitate in: drei Reden von Pol Pot, „Kommunistische Volkszeitung"-Dokumentation 22.1.79)

Tatsächlich war die militärische Niederlage im ersten Invasionsversuch Ende 1977 und Anfang 1978 und die daraus resultierenden und verschärften Probleme im Inneren Vietnams für die vietnamesischen Machthaber und ihre russischen Hintermänner kein Grund, vom Expansionismus abzulassen. Im Gegenteil. Sie bereiteten noch fieberhafter einen neuerlichen Angriff vor. Hanoi beginnt unter dem Vorwand der „Beschleunigung der sozialistischen Umwandlung" im ganzen Land den militärischen Ausnahmezustand durchzusetzen. „Unzuverlässige" Kräfte, vor allem die nationalen Minderheiten, darunter vor allem die Menschen chinesischer Nationalität, werden enteignet, drangsaliert und umgesiedelt. Eine großangelegte Vertreibung der Chinesen in Vietnam beginnt im Frühjahr. Bis September werden über 160.000 Chinesen aus ganz Vietnam, vor allem aber aus Nordvietnam, vertrieben und von der VR China aufgenommen.

Der Flüchtlingsstrom aus Südvietnam über die See in andere südostasiatische Länder setzt phasenverschoben ein halbes Jahr später ein. Es kommt zu großen Umsiedelungsaktionen von Vietnamesen in den Grenzgebieten zu China und zu Kampuchea, was gleichbedeutend ist mit der Vertreibung und Landraub an den dort lebenden nationalen Minderheiten.

Vietnam beginnt massiv damit, die in Vietnam lebenden Kampucheaner, kampucheanische Gefangene und Flüchtlinge zu indoktrinieren und militärisch auszubilden. Kampucheanische Gefangene in vietnamesischen Lagern „gestehen" westlichen Journalisten, sie seinen davon überzeugt worden, daß eine Befreiung Phnom Penhs durch die Vietnamesen und eine Indochinaföderation für Kampuchea vorteilhaft sei.

Im Mai 1978 wird ein weiterer von Vietnam inszenierter Staatsstreichversuch in Phnom Penh vereitelt. Beteiligt ist Hay So, Mitglied des ZK der KP Vietnams.

Im Sommer darauf kommt es zur drastischen Verschlechterung der vietnamesischen Wirtschaftlage durch die Kriegsmobilisierung, die Vertreibung und Enteignung der Chinesen, die vor allem im Handwerk und Handel Südvietnams beschäftigt waren, durch die Abziehung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft für Truppenmassierungen und Provokationen an der kampucheanischen und chinesischen Grenze. Daher hat die schwere Trockenheit katastrophale Auswirkungen, sodaß die traditionelle Reisknappheit zur Katastrophe wird. Vietnam wird nun auch in puncto Nahrungsmittel massiv von sowjetischen Lieferungen abhängig. Im Juli 1978 tritt Vietnam dem RGW bei. Im Herbst 1978 — mehrfache Provokationen vietnamesischer Truppen an der chinesischen Grenze. Beginn größerer Truppenmassierungen und Umsiedlungen an der Grenze. China stellt die Wirtschaftshilfe an Vietnam ein.

In der durch die Regenzeit erzwungenen Kampfpause an der kampucheanischen Grenze werden hier massiv neue sowjetische schwere Waffen und Truppen in der Höhe von mehreren hunderttausend Mann konzentriert.

Die materielle Basis der vietnamesischen Expansion wurde im Gefolge einer engeren Bindung an die Sowjetunion durch den Freundschaftsvertrag vom 3. 11. 78 und die darauffolgenden massierten Lieferungen weiter verstärkt. Diese Lieferungen und eine umfassende Rekrutierungskampagne schon das ganze Jahr über, die achtzehn- bis 45-jährige in die Armee zwang (was mehr ist als in der damaligen DRV-Nordvietnam) verbesserte auch die militärische Aggressionsbasis wesentlich. Schließlich wurde auf politischem Gebiet, schem eigenen Volk Sand in die Augen zu streuen und die internationale Öffentlichkeit zu täuschen, am 3. 12. 78 noch schnell das Firmenschild FUNKSN mit Heng Samrin in Hanoi gegründet, um dem bevorstehenden Einmarsch den Anstrich einer nationalen Erhebung in Kampuchea selbst zu geben.

Dennoch kam dieser Großangriff vom 25. 12. 1978 überraschend

Im Gespräch mit dem schwedischen Schriftsteller Jan Myrdal, der als erster Ausländer in die durch die Revolutionäre Armee Kampucheas kontrollierten Gebiete im September 1979 reiste, sagte der Befehlshaber der Region Battambang, Ny Kan, auf dessen diesbezügliche Frage: „*Wir haben die Lage falsch beurteilt. Unsere falsche Beurteilung war, daß wir den massiven Großangriff nicht erwartet haben. Wir glaubten nicht, daß die vietnamesischen Führer bereit waren, Prestige und Achtung in der ganzen Welt durch einen offenen Eroberungskrieg zu verlieren. Wir waren auf politische Intrigen, Putsche und Infiltrationen wie in Laos vorbereitet. Wir hatten auch bewiesen, daß wir die erste Invasion zurückschlagen konnten, als Vietnam vierzehn Divisionen gegen uns schickte. Also versuchten wir die Front zu halten.*

Hätte es nur gegolten, sich gegen Vietnam zu schützen, wäre unsere damalige Beurteilung richtig gewesen. Aber nach seiner Niederlage während des ersten Angriffs wandte sich Vietnam an die Sowjetunion, um totale Unterstützung für seinen neuen Angriff zu bekommen. Als Vietnam die volle Unterstützung der Sowjetunion bekam, veränderte sich die Lage. Es ist klar, daß Vietnam unter diesen Umständen der Angriff gelang. Wir sind eine kleine und arme Nation. Es gab keine Möglichkeit, einen Frontalangriff einer zahlenmäßig weit überlegenen Armee, die die volle Unterstützung einer hochindustrialisierten Supermacht hat, zurückzuschlagen.

Am 25. Dezember 1978 griff Vietnam mit massiven Angriffen auf acht Fronten an. Als wir den Umfang und die Stärke des Angriffs erkannten, wurde uns klar, daß wir die Front nicht halten konnten."

Der Großangriff konnte nicht aufgehalten werden

Die Invasion begann schlagartig mit einer großen Überlegenheit in Technik und Truppenstärke. Die Invasionsarmee umfaßte ca. 120.000 Mann mit Panzern, Artillerie und massiver Luftunterstützung. Die kampucheanische Armee wurde 1978 auf 60.000 bis 80.000 Mann geschätzt, die kaum über schwere Waffen verfügen und für große Materialschlachten schlecht gerüstet sind. (vgl. The Military Balance 1977/78, London, 1978). Die hohen Verluste an Truppen und Material, die die erfolgreiche Aktion der ersten Invasion Sommer 1977 gekostet hatte, waren Ende 1978 noch nicht ersetzt. Zahlen der regulären Armeetruppen können aber nicht einfach gegenübergestellt werden, was ein Kräfteverhältnis 1:2 für die vietnamesischen Aggressoren ergäbe, sondern es muß in Betracht gezogen werden, daß der Angreifer seine Kräfte in viel größerem Maße massieren kann. So erscheint die kampucheanische Angabe plausibel, wonach „das Kräfteverhältnis auf jedem Kampffeld im ganzen Land sechs bis sieben vietnamesische Aggressionssoldaten auf einen kampucheanischen Kämpfer (war)" (Erklärung des Kongresses des Staatsrates und der Regierung vom 18. Dezember 1979 — in dieser Nummer des „Kommunist" abgedruckt). Die Invasion erfolgte an acht Punkten, mit Schwerpunktbildung entlang der Verbindungsstraße zwischen Vietnam und Kampuchea. Die kampucheanischen Angaben über die vernichteten Gegenkräfte lassen erkennen, daß die Angriffskeile hauptsächlich vom Südosten auf Phnom Penh vordrangen.

Dem heldenhaften Kampf der revolutionären Armee Kampucheas ist es zuzuschreiben, daß die Vietnamesen für relativ kurze Entfer-

nungen bis zur Hauptstadt (die kürzeste Entfernung von der Grenze ist in der Luftlinie 70 km, auf der „Straße Nr.30" ca. 90 km und auf der „Straße Nr. 1" ca. 100km) 14 Tage brauchten. Selbst an diesen Fronten erlitten die Truppen der Revolutionären Armee Kampucheas zwar bedeutende Verluste, wurden aber nicht aufgerieben: *„Man muß zwischen Propaganda und Wirklichkeit unterscheiden. In der Propaganda wird z.B. gesagt, daß die Vietnamesen mit ihrem massiven Angriff alle unsere Truppen in Savy Rieng (‚Papageienschnabel', der nach Vietnam hineinragt; d. Verf.) zerschlugen. In Wirklichkeit wurden sie zwar abgeschnitten, konnten sich aber reorganisieren und zurückziehen. Der Befehlshaber für diese angeblich zerschlagene Truppe ist übrigens heute Kommandierender des westlichen Gebiets. Natürlich hatten wir auch große Verluste. Das wollen wir nicht verheimlichen. Durch Reorganisation und schnelle Umgruppierung unserer Armee konnten wir aber die unvermeidlichen Verluste auf ein Minimum reduzieren und ermöglichen, zum langwierigen Volkskrieg, den wir jetzt führen, überzugehen. Die wirklich großen Verluste gab es unter der Zivilbevölkerung. Unter der Zivilbevölkerung haben wir schwere Verluste erlitten. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung ist eine Kampfmethode des Feindes. Das schafft Schwierigkeiten."* (aus dem erwähnten Gespräch Jan Myrdals mit Ny Kan).

Am 5. 1. ruft Pol Pot von Phnom Penh aus dazu auf, zum Volkskrieg überzugehen. Die Verwaltungskörperschaften und -einrichtungen werden in Windeseile aus der Stadt verlegt und am 7. 1. marschieren die Vietnamesen in ein geräumtes Phnom Penh ein.

Der bürgerliche Korrespondent der „Welt" und „Welt am Sonntag" in Peking, Herbert Krempt schreibt über die strategischen Konzepte der Vietnamesen und Kampucheaner: Vo Nguyen Giáps Strategie sei die „Taktik des blühenden Lotus" gewesen, mit überlegener Feuerkraft und hoher Geschwindigkeit ins feindliche Zentrum vorzustoßen, den Feind aus seinem Zentrum herauszuwerfen, aus dem Inneren des eigenen Angriffs blütenartig die Angriffskräfte nach außen zu entwickeln und den an die Ränder versprengten Feind zu vernichten. Diese Strategie sei gescheitert, weil Pol Pot eine genau dieser Entwicklung antwortende Gegenstrategie entwickelt hätte: zunächst Angriffsziel und Angriffstaktik des Gegners zu erkennen und sich dann organisiert in „Nischen" abzusetzen, aus denen heraus der Feind angreifbar bleibe. Pol Pot sei es gelungen mit ca. 80.000 Mann intakter Verbände und ca. 20.000 Mann chinesischer Berater und Spezialisten in etwa zehn solcher Nischen auszuweichen: er selbst und Präsident Khieu hätten ihr Hauptquartier in den Cardamon-Bergen aufgeschlagen, weitere Nischen befänden sich in den Elefantenbergen im Süden, im unübersichtlichen Norden zwischen den Städten Battambang, Sisophon, Samrong und der Tempelstadt Preah Vihear, im Papageienschnabel und in zwei Gebieten nahe der östlichen Grenze in den Gebirgsprovinzen Ratanakri und Monulkiri. Vietnam kontrolliere nur die Gebiete, durch die es mit seinen Panzerverbänden durchrollen und mit seiner Luftüberlegenheit überwachen könne, das eigentliche Land sei fest in der Hand der kambodschanischen Guerilla unter Pol Pot (zit. nach „Archiv der Gegenwart", 15. 1. 1979). Abgesehen davon, daß keine chinesischen Berater und Spezialisten in Kampuchea kämpfen und die Botschaftsangehörigen vor der Besetzung Phnom Penhs die Stadt verlassen haben und dann über Thailand heimgekehrt sind, stimmt Kremps Darstellung in zwei Punkten nicht: Die Revolutionäre Armee Kampucheas hat in den ersten Tagen den Bewegungskrieg an den Grenzfronten nicht geführt, um nur Angriffsziel und -taktik des Gegners zu erkennen, sondern tatsächlich aus der Absicht heraus, den Vietnamesen die Invasion zu verwehren, so wie 1977/78. Und zweitens hat sich die kampucheanische Armee, wie Kremp in seinen weiteren Ausführungen über das Ausmaß der vietnamesischen Kontrolle selbst indirekt sagt, nicht in zehn, sondern sicher hundert und mehr „Nischen" zurückgezogen. Immerhin hat dieser bürgerliche Korrespondent gegenüber der vietnamesisch-sowjetischen Propaganda und ihren zahlreichen westeuropäischen Nachbetern die einfache Tatsache hervorgehoben, daß die Revolutionäre Armee Kampucheas in der Lage war, innerhalb weniger Tage vom Bewegungskrieg auf den Guerillakrieg überzugehen, die eigenen Käfte zu erhalten und sich auf das Volk Kampucheas zu stützen.

Weder „Blitzkrieg" noch „Blitzsieg"

Nach der Umstellung der militärischen Strategie standen den Vietnamesen die größeren Städte praktisch offen, die dann auch rasch eingenommen wurden.

Gemäß der alten imperialistischen Logik war für die Vietnamesen damit das Land eingenommen. Gemäß der Theorie des Volkskrieges bedeutet die Einnahme von einigen Städten wenig und schon gar nichts sagt dies darüber aus, wer „gesiegt" hat. Daß die vorläufigen Erfolge der Vietnamesen kein „Sieg" waren und daß sie nicht durch einen „Blitzkrieg" sich Kampucheas bemächtigen konnten, zeigt der einjährige Volkskrieg, in den die Aggressoren in der Zwischenzeit verwickelt wurden und der ihnen zusehends zu schaffen macht.

Umstellung auf den langandauernden Volkskrieg

Vom 5. bis 15. Jänner vollzog sich die Umstellung auf den Guerillakrieg. Am 1. und 2. Februar wurde bereits eine zentrale Konferenz durchgeführt, zu der 183 Verantwortliche und 230 andere Teilnehmer kamen. Die Konferenz analysierte die starken und schwachen Punkte des Feindes und der eigenen Kräfte, zog Bilanz aus den Erfahrungen des Guerillakampfes des abgelaufenen Monats und hält in einer Resolution die Bedingungen fest, um den Widerstandskampf noch effektiver zu machen. Unter anderem hält die Resolution die Notwendigkeit fest, daß jede Guerillagruppe täglich 3 bis 4 Feinde töten solle, gleichzeitig Gelegenheiten gesucht werden sollen, um 4 bis 20 Feinde zu töten und die Guerillagruppen gegenseitig im antivietnamesischen Kampf wetteifern sollen. (News Bulletin, Nr.4/1979). Ny Kan führte über die neue Strategie und Organisationsform gegenüber Myrdal genauer aus: *„Diese Kampfgruppen bestehen aus je zwölf Guerillasoldaten. Sie sind gut ausgebildet und schnell beweglich. Sie versorgen sich selbst. Die reguläre Guerillaarmee soll alleine durchkommen, ohne der Bevölkerung zur Last zu fallen. Daß die reguläre Armee in Kampuchea aufgeteilt ist, bedeutet nicht, daß das einheitliche Kommando aufgelöst wurde. Um dem Feind harte Schläge erteilen zu können, müssen sie schnell zu einer Bataillonsstärke von etwa 300 Mann konzentriert werden können. Die Kampfgruppen halten untereinander und zum Kommando mit Radio und Boten Kontakt.*

In der größeren Planung arbeiten wir mit Regimentern von 1.000 Mann und Divisionen mit drei Regimentern. Hier, wo ich verantwortlich bin (in der Region Battambang; der Verf.), gibt es beispielsweise mehrere Divisionen unter einheitlichem Befehl. Die Auflösung der Armee in Kampfgruppen bedeutet deshalb nicht eine Auflösung im negativen Sinne des Wortes. Die Reorganisation fordert im Gegenteil einen hohen Grad an Organisation und Übung. Deshalb sprechen wir von unserer regulären Guerilla im Unterschied zur lokalen Guerilla. Die reguläre Guerilla ist eine spezialisierte Truppe für einen langwierigen Krieg gegen einen militärisch überlegenen Feind. Der Feind kann die Guerilla nicht angreifen, weil sie ihm durch die Finger gleitet, aber wir können uns zu vernichtenden Schlägen gegen den Feind sammeln."

Drei Kampfmethoden - vier Arten von Truppen

Und Ny Kan weiter: *„Wir haben drei Kampfmethoden:*
1. Einsatz aller modernen Waffen, über die wir verfügen.
2. Kombination von modernen und traditionellen Kampfmethoden.
3. Alle Verbindungen und Kommunikationslinien des Feindes zu unterbrechen.
Wir haben vier Arten von Kampfkräften: die reguläre Guerilla, die lokale Guerilla in den verschiedenen Stützpunktgebieten. Die hast du gesehen. Wir haben die Kraft des Volkes. Sie stützt sich auf den großen nationalen Haß gegen die Yunos, die Vietnamesen. Diese dritte Kraft ist sehr wichtig. Wir können das ganze Volk mobilisieren, um Fallen mit Bambussperren zu graben, den Feind zurückzuschlagen und ihn physisch zu vernichten, sobald er kommt.

Dann kommen die Verwaltung und die Truppen, die von den Vietnamesen in den besetzten Gebieten aufgebaut wurden. Sie nutzen wir jetzt für uns aus. Ihre Mitglieder dienen uns als Beobachter, um uns Angriffe tief in das von Feind besetzte Gebiet zu ermöglichen. Sie dienen auch dazu, unsere Truppen mit Waffen und Munition zu versorgen. Das hat dazu geführt, daß die Vietnamesen das Vertrauen in diese Verwaltung und in diese Truppen verloren haben. Diese Truppen wurden von der thailändischen Grenze abgezogen. Die Vietnamesen vertrauen jetzt kaum noch auf Heng Samrin selbst."

Was dem Guerillakampf schon gegen die Amerikaner zugute kam, schafft auch gegen die Vietnamesen zusätzlich gute Bedingungen, nämlich die topografische Beschaffenheit des Landes: im Osten, Norden und Westen ist es gebirgig (Rumpfflächen mit aufragenden Inselbergen bis 1800 m), nahezu 70% der Fläche ist mit Monsunwäldern (laubabwerfend) oder tropischen Regenwäldern bedeckt, und die von Mitte Mai bis Anfang Oktober dauernde Regenzeit mit ihren Überschwemmungen ist für den Guerillakampf ebenfalls vorteilhaft. *(ZR-bo)*
(Wird fortgesetzt)

Erklärung

des Kongresses des Ständigen Ausschusses der Versammlung der Volksvertretrer Kampucheas, der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Vertreter der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der Vertreter der verschiedenen Regierungsstellen

Demokratisches Kampuchea, 18. Dezember 1979

Ein Kongreß des Ständigen Ausschusses der Versammlung der Volksvertreter Kampucheas, der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Vertreter der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der Vertreter der verschiedenen Regierungsstellen unter dem Vorsitz von Herrn Khieu Samphan, Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, wurde am 15., 16. und 17. Dezember 1979 feierlich abgehalten. In seinen drei Sitzungstagen hat der Kongreß einstimmig die allgemeine Situation des Landes während des vergangenen Jahres 1979 zusammengefaßt, klar die neue strategische Politik des Demokratischen Kampuchea festgelegt und auch beschlossen, sowohl die Zusammensetzung der Regierung des Demokratischen Kampuchea als auch die aller staatlichen Organisationen zu verbessern, um die neue strategische Politik in Hinblick auf die Erringung des Siegs über die Le Duan-Clique in die Tat umzusetzen, über die Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Vernichter der kampucheanischen Rasse.

I.
Die allgemeine Situation des Landes während des vergangenen Jahres 1979 in Hinblick auf unseren Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter

1. Nachdem die expansionistische Strategie der Le Duan-Clique, Kampuchea in ihre Indochina-Föderation zu integrieren, wiederholt fehlgeschlagen war, der Reihe nach durch das Scheitern ihren schöntuenden politischen Manöver, Kampuchea still und leise zu schlucken, das Scheitern ihrer Gewaltpolitik der Angriffe auf unsere Grenzen unter Besetzung unserer Inseln und von Territorialgewässern des Demokratischen Kampuchea, und das Scheitern ihrer verlogenen diplomatischen Manöver, ihre Strategie der Aggression, Expansion und des Landraubs in Kampuchea und in Südostasien zu verbergen, begann die Le Duan-Clique Ende 1977 ihren ersten großangelegten Angriff mit 14 Divisionen gegen das Demokratische Kampuchea.

Aber dieser erste großangelegte Angriff der Le Duan-Clique wurde am 6. Januar 1978 durch die unter der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea wie ein Mann vereinte Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea und das Volk Kampucheas schmachvoll zurückgeschlagen.

2. Auf Grund der Erfahrung der wiederholten Fehlschläge ihrer Strategie der Aggression und des Landraubs in Kampuchea begann dann die Le Duan-Clique ihre Strategie anzuwenden, zugleich Phnom Penh und ganz Kampuchea mit Hilfe ihrer Strategie „Blitzangriff-Blitzsieg" anzugreifen und zu erobern, die ihrer Vorstellung nach die Kräfte des Demokratischen Kampuchea in einem Ansturm vernichten und so jeden Widerstand sowohl von kampucheanischen Kräften als auch der Weltmeinung verhindern würde. Sie dachten, die Weltmeinung könne nichts dagegen unternehmen, wenn sie erst ganz Kampuchea erobert hätten. Deshalb taten sie alles nur Mögliche, um aus riesigen - von einer Unmenge sowjetischer Panzer und Artillerie unterstützten - Elitetruppen zusammengesetzte Streitkräfte zu mobilisieren, um am 25. Dezember eine weitaus gewaltigere Offensive gegen das Demokratische Kampuchea zu beginnen. Das Gleichgewicht der Kräfte auf jedem Schlachtfeld im ganzen Land betrug zu dieser Zeit 6 bis 7 Soldaten der vietnamesischen Aggressoren auf einen Kämpfer des Demokratischen Kampuchea.

Entsprechend ihrem Plan sollten sie bis Ende Dezember 1978 die Hauptstadt Phnom Penh und das ganze Demokratische Kampuchea bis spätestens Ende Januar 1979 endgültig erobern. Dieser Plan wurde direkt durch das Politbüro der Le Duan-Clique ausgeführt, unterstützt von Tausenden sowjetischer und kubanischer Berater und Experten.

3. Was sind die Ergebnisse der Strategie der Le Duan-Clique „Blitzangriff-Blitzsieg"?

Erstens: Die vietnamesischen Aggressoren konnten Phnom Penh übernehmen.

Zweitens: Sie haben verschiedene Provinzen Kampucheas überrannt.

Drittens: Sie haben die Wirtschaft der Nation und des Volkes von Kampuchea ausgeplündert und vollständig zerstört.

Viertens: Sie haben mit allen Mitteln viele Millionen Kampucheaner ausgerottet.

Fünftens: Sie haben eine gewisse Zahl von Streitkräften des Demokratischen Kampuchea zerstört, insbesondere in der ersten Phase ihrer Offensive in der Trockenzeit 1979.

Das sind die Ergebnisse, die die Vietnamesen erreicht haben.

Aber es ist ihnen nicht gelungen, ihre Strategie „Blitzangriff-Blitzsieg" zu verwirklichen.

Der Krieg geht weiter und die Vietnamesen sind gezwungen, ihre eigenen Truppen zu verwenden. In der Folge wird die Le Duan-Clique in die Strategie des langandauernden Kriegs der Armee und des Volks von Kampuchea getrieben.

Tatsächlich teilte sich der Krieg im vergangenen Jahr 1979 wie folgt in verschiedene Phasen:

Am 25. Dezember 1978 begann die Le Duan-Clique ihre Offensive gegen das Demokratische Kampuchea. Am 7. Januar 1979 stimmte die Clique ein Triumphgeschrei an. Sie bildeten sich damals ein, sie regierten endgültig über das gesamte Territorium Kampucheas. Aber der Volkskrieg des Volkes von Kampuchea wurde stärker denn je. Die Armee und das Volk Kampucheas kämpften tapfer weiter gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter und führten sowohl große als auch kleine Angriffe gegen sie durch.

So war der vietnamesische Feind von Ende Jänner bis Ende Februar noch immer nicht in der Lage, Kampuchea zu kontrollieren. Was schlimmer ist, sie mußten Zehntausende Mann an Verstärkung hereinbringen, um mehr Städte, Provinzorte, strategische Strassen und flache Landgebiete zu erobern. Aber der Volkskrieg des Volkes von Kampuchea ging immer noch im ganzen Land, rund um Phnom Penh, in verschiedenen Provinzen, auf den wichtigen strategischen Straßen und auch in den flachen Landgebieten weiter.

Im April 1979 war der vietnamesische Feind gezwungen, weitere Zehntausende Mann hereinzubringen, um die entferntesten Landgebiete und die Berggebiete von Kam-

puchea zu erobern. Trotzdem ging der Volkskrieg des Volkes von Kampuchea noch immer überall in jeder Region, in jeder Provinz, in jedem Distrikt im ganzen Land weiter.

4. In der letzten Regenzeit, nachdem wir aus unserem Kampf während der letzten Trockenzeit Erfahrungen gezogen hatten, führten wir die Linie des Guerillakrieges und der Guerillaangriffe als eine grundlegende Kampfform durch, während wir Kommandoangriffe und Vernichtungsangriffe als ergänzende Kampfformen verwendeten. Auf diese Art konnten wir unsere eigenen Kräfte erhalten. Die vietnamesischen Feinde konnten uns kaum direkt Schläge versetzen, während wir auf unserer Seite ihnen direkte Schläge versetzen konnten, sie zermürbten und beständig die Kräfte der Vietnamesen zerstören konnten.

Von Januar bis Ende September 1979 fügten wir dem vietnamesischen Feind 70.000 Verluste zu; und zwar fügten wir ihnen im Verlauf der Trockenzeit 40.000 Verluste und im Verlauf der letzten Regenzeit weitere 30.000 Verluste zu. Darüberhinaus erlitten die Streitkräfte des Feindes wegen verschiedener Krankheiten große Verluste, insbesondere durch Malaria. Im übrigen ging es mit dem Kampfgeist der Soldaten der Le Duan-Clique sehr rasch bergab. Bis zu 10.000 von ihnen desertierten, entweder durch Flucht zurück in ihr eigenes Land, oder indem sie sich absichtlich gefangensetzen ließen, und es kategorisch ablehnten, kämpfen zu gehen.

Kurzum erlitt die vietnamesische Strategie „Blitzangriff-Blitzsieg" während der Trockenzeit 1979 einen vollständigen Fehlschlag. Und ihr Plan für die Regenzeit 1979, unsere Armee und unsere Guerillas auszulöschen, erlitt ebenfalls eine vernichtende Niederlage.

5. Jetzt sind wir schon seit fast 3 Monaten bei der neuen Trockenzeit 1979/80 angelangt. Wie steht die militärische Situation zwischen dem vietnamesischen Feind und uns?

Am Beginn der laufenden Trockenzeit führten die vietnamesischen Aggressoren die erste Phase ihrer Offensive durch, die darauf abzielte, unsere Armee und unsere Guerillas im Oktober und November auszulöschen. Besonders in der nordöstlichen Region und der Zentralregion Kampucheas mußten sie unsere Kräfte endgültig vernichten, um alle ihre Kräfte von dort abzuziehen, um als nächstes unsere Kräfte im westlichen Teil Kampucheas in der zweiten Phase ihrer Offensive auszulöschen, die im Dezember 1979 und Januar 1980 stattfinden soll. Um die erste Phase ihrer Offensive durchzuführen, verwendeten die vietnamesischen Aggressoren in der nordöstlichen Region vier Divisionen mit Hunderten von Panzern und auch in der Zentralregion vier Divisionen.

Ebenfalls im Oktober und November 1979 führten die vietnamesischen Aggressoren im westlichen Teil Kampucheas eine andere große Offensive durch. An erster Stelle steht das Schlachtfeld Phnom Malay und Pailin. Danach folgte das Schlachtfeld von Koh Kong und Kampong Som. Das dritte Schlachtfeld ist bei Pursat, Kampong Chang und Aural.

Zusätzlich zu den oben genannten wichtigen Schlachtfeldern haben die vietnamesischen Aggressoren auch ihre untergeordneten Schlachtfronten eröffnet, in Thmar Puck, Samlaut und den Cardamon-Bergen, in der westlichen Region, in der südwestlichen Region und in der östlichen Region.

Was sind also die Ergebnisse des vietnamesischen Plans?

In der ersten Phase ihrer Trockenzeitoffensive im Oktober und November erlitten die vietnamesischen Aggressoren einen grundlegenden Fehlschlag, weil sie ihr Ziel, unsere Kräfte auszulöschen und die nordöstliche Region und die Zentralregion zu übernehmen und ihre Kräfte in den westlichen Teil Kampucheas abzuziehen, nicht erreichten. Im Gegenteil, die Kräfte des Feindes werden jetzt mehr und mehr in jedem Schlachtfeld im ganzen Land gebunden.

Gegenwärtig erstrecken sich die Schlachtfelder, auf denen wir heftig den vietnamesischen Feind bekämpfen, alle in einem Block von Koh Kong, Kampong Som, den Cardamon-Bergen, Samlaut, Pailin, Malay, Thmar Puck, der nördlichen Region, der Zentralregion hinauf bis zur nordöstlichen Region.

Daneben führen wir überall im ganzen Land Guerillaaktivitäten durch.

So ist unser Guerillakrieg in der Lage, die vietnamesischen Aggressoren anzugreifen, festzunageln und ihre lebenden Kräfte abzunützen. In der vergangenen Regenzeit erreichten wir unser Ziel, indem wir dem Feind täglich 200 bis 300 Verluste zufügten. Und am Beginn der laufenden Trockenzeit in den Monaten Oktober und November 1979 steigerten wir die tägliche Zahl der Verluste des Feindes von 300 auf 350.

Dieser militärische Aspekt zeigt klar, daß die Aussichten der Le Duan-Clique völlig finster sind.

Die Absicht der Le Duan-Clique, Krieg durch Krieg zu fördern, hat einen völligen Fehlschlag erlitten. Tatsächlich ist es ihr nicht gelungen, kampucheanische Staatsangehörige mit Gewalt zu rekrutieren und an ihrer Stelle sterben zu lassen. Sie sind gezwungen, die Vietnamisierung des Krieges in Kampuchea auf jedem Gebiet voll durchzuführen.

Darüberhinaus steht die Le Duan-Clique auf allen Gebieten vor wachsenden Schwierigkeiten.

Die Wirtschaft Vietnams liegt darnieder. Offiziell hat die Le Duan-Clique erklärt, daß sie dieses Jahr unter einem Nahrungsmittelmangel von mehr als 4,5 Millionen Tonnen leiden. Aber wie viele Tonnen Nahrungsmittel mehr fehlen ihnen inoffiziell tatsächlich? Sie betteln rundherum, um ihre Menschen im eigenen Land zu ernähren und auch, um ihren Aggression- und Expansionskrieg sowohl in Kampuchea als auch in Laos zu füttern. Also sind ihre Aussichten nicht glänzend.

Dagegen stinkt die Le Duan-Clique in der internationalen Arena schon jetzt wie ein Kadaver. Tatsächlich zeigt die Resolution der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. November 1979, die mit 91 gegen 21 Stimmen den Abzug aller vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea fordert, klar die einhellige Verurteilung des Krieges der Aggression und Rassenvernichtung der Le Duan-Clique gegen das Kampucheanische Volk durch die ganze Welt und die ganze Menschheit.

Niemals können die Vietnamesen diese ganzen Schwierigkeiten überwinden. die Le Duan-Clique ist dazu verurteilt, schließlich vernichtet zu werden.

Die Le Duan-Clique steht auf jedem Gebiet vor mehr und mehr Schwierigkeiten. Insbesondere ist sie auf dem militärischen Gebiet in eine Sackgasse geraten, das der Schlüssel für sie ist, um Kampuchea zu schlucken. Trotzdem strebt die Le Duan-Clique hartnäckig und arrogant danach, ihren Sonderkrieg der Rassenvernichtung gegen Kampuchea zu eskalieren.

Da sie auf dem militärischen Gebiet in eine Sackgasse getrieben wurde und ganz und gar keine Kontrolle über das Kampucheanische Volk gewinnen kann, tut die Le Duan-Clique ihr Äußerstes, um die unschuldigen Menschen Kampucheas auf äußerst barbarische und faschistische Weise auszurotten:

Erstens: Sie verwenden alle Art militärischer Waffen.

Zweitens: Sie zerstören unsere Wirtschaft, unsere Nahrungsmittel, unsere Produktionswerkzeuge und hungern unser Volk zu Tode.

Drittens: Sie verwenden giftige Chemikalien.

In einer derartigen Situation ist der vietnamesische Aggressionskrieg nicht ein gewöhnlicher Krieg der Aggression, Expansion und des Landraubs, sondern ein Sonderkrieg zur Ausrottung der Kampucheanischen Rasse, dessen Faschismus menschliches Verstehen übersteigt, und der bei weitem barbarischer ist als der zu Zeiten Hitlers.

Durch ihre erzkriminelle Politik der Rassenvernichtung in Kampuchea haben sie bereits mehr als 2 Millionen Kampucheaner massakriert und massakrieren weiter täglich Tausende unserer Menschen, indem sie alle Arten von Waffen benutzen, um Massenmord an unseren Menschen zu begehen, sogar an ganzen Dörfern, indem sie unsere Menschen zu Tode hungern, und auch indem sie giftige Chemikalien benutzen.

Was die humanitäre Hilfe anlangt, die die ganze Menschheit von überall auf der ganzen Welt geschickt hat, um das Kampucheanische Volk zu retten, so wurde sie gänzlich vom vietnamesischen Feind geplündert, der sie verwendet, um seine eigenen Truppen zu stärken, um seinen Sonderkrieg der Rassenvernichtung in Kampuchea fortzusetzen. Durch diese Handlungsweise tritt der vietnamesische Feind die Generosität von hunderten Millionen Spendern auf der ganzen Welt höchst arrogant und schamlos mit Füßen.

II. Die neue politische Strategie der Regierung des Demokratischen Kampuchea im In- und Ausland

1. In dieser Situation, in der unser geliebtes Kampuchea zur Beute des überaus heftigen Feuers geworden ist, das die Le Duan-Clique entfacht hat, und in der Situation, in der unser kampucheanisches Volk

und unsere kampucheanische Rasse zu unserer Verzweiflung ausgerottet wird und vom Aussterben bedroht ist, ist unsere gegenwärtige Aufgabe nicht mehr, die sozialistische Revolution durchzuführen und den Sozialismus aufzubauen. Unser gegenwärtiger Kampf ist kein ideologischer, sondern ein Kampf für die Verteidigung des Territoriums und der Rasse unseres geliebten Kampuchea. Die hauptsächliche und geheiligte Aufgabe der ganzen Nation und des Volkes von Kampuchea ist es, entschieden gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter zu kämpfen, bis der letzte von ihnen aus Kampuchea vertrieben ist. Das ist unsere strategische Aufgabe in der neuen historischen Periode unseres Landes und in dieser Situation, wo demnach der Hauptwiderspruch zwischen uns und den vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräubern und Rassenvernichtern verläuft.

2. Um diese neue strategische Aufgabe zu erfüllen, müssen wir die Kräfte der gesamten kampucheanischen Nation und des gesamten kampucheanischen Volkes im Inland wie im Ausland zu einer **Front der großen Vereinigung der Nation und des Volkes von Kampuchea** mobilisieren, die in jeder Form gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter kämpft, bis der letzte von ihnen aus Kampuchea vertrieben ist.

Auf der Grundlage einer solchen Situation, einer solchen neuen strategischen Aufgabe, einer solchen Notwendigkeit, alle Kräfte zu einer großen Vereinigung der gesamten kampucheanischen Nation und des gesamten kampucheanischen Volkes zu mobilisieren, und nachdem viele Monate lang im Volk und mit verschiedenen politischen Kreisen ständige Diskussionen durchgeführt worden sind, hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea den **Entwurf für das politische Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas** bekanntgemacht. Jeder kampucheanische Staatsbürger, ob er der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung beitritt oder nicht, vorausgesetzt, er bekämpft die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter in welcher Form auch immer, wird von der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas warm willkommengeheißen und unterstützt. Die einzige und geheiligte Bedingung der großen Vereinigung der gesamten Nation und des gesamten Volkes von Kampuchea ist, die Kräfte zusammenzuschließen, um in jeder Form die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter zu bekämpfen, bis der letzte von ihnen aus Kampuchea vertrieben ist.

Gleichzeitig benötigen die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea auch die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit der Welt ebenso wie die aller Länder, ungeachtet deren politischer Tendenz, Ideologie und ihres Glaubens, um unsere Aufgaben der Verteidigung des Fortbestandes unseres Territoriums, unseres Volkes und unserer Rasse zu erfüllen. Sie benötigen dies gegenwärtig ebenso wie in der entfernten Zukunft.

Gegenwärtig, da das Territorium und die Rasse der Nation und des Volkes von Kampuchea von Vernichtung bedroht sind, ist es für uns notwendig, daß alle Länder der Welt sich mit uns zusammenschließen, um Druck auf die Le Duan-Clique auszuüben und sie zu zwingen, alle ihre Aggressionstruppen aus Kampuchea abzuziehen und das Volk von Kampuchea selbst das Schicksal seines eigenen Landes entscheiden zu lassen, selbst seine eigene Regierung und ihr eigenes politisches Regime durch allgemeine und freie Wahlen durch direktes und geheimes Wahlrecht unter direkter Aufsicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen oder seinen Vertreter wählen zu lassen.

In ferner Zukunft benötigen wir immer noch die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit aller Länder, die die Nation und das Volk von Kampuchea unterstützen und ihnen helfen und deren Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität verteidigen.

Durch die um den Preis von Fleisch und Blut des kampucheanischen Volkes im Lauf der Zeit gewonnenen Erfahrungen erkennen auf Grund unserer Geschichte und besonders in der heutigen Zeit die Nation und das Volk Kampucheas klar, daß — selbst wenn die Le Duan-Clique gezwungen wäre, alle ihre Truppen aus Kampuchea abzuziehen, — sie doch nie ihre Strategie der Aggression, Expansion, des Landraubs und der Vernichtung der kampucheanischen Rasse aufgeben würde. Sie würde für immer alle Arten krimineller Manöver benutzen, um Kampuchea zu schlucken zu versuchen.

Daher haben die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea viele kommende Generationen hindurch einen sehr langen Kampf zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und ihrer nationalen Souveränität, ihrer territorialen Integrität und ihrer eigenen Rasse zu führen.

Aus diesem Grund benötigen wir die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit der Welt, um als Nation und Volk mit eigenem Sein und eigener Zivilisation zu überleben.

Darüberhinaus wird am Ende dieses Sonderkrieges zur Rassenvernichtung ganz Kampuchea vollständig und gänzlich verwüstet sein. Die Nation und das Volk von Kampuchea werden ebenfalls auf die verzweifeltste Art vollständig und gänzlich verwüstet sein. Selbst ein kleiner ausgebrochender Topf, eine Schüssel aus Kokosnußschale oder eine schmutzige Milchkanne wird von der Le Duan-Clique nicht ausgelassen. Um also unsere Wirtschaft wiederherzustellen, unser Land wieder aufzubauen, die Lebensbedingungen unseres Volkes wiederherzustellen, sowie unser Land in Zukunft zu verteidigen, benötigen die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit aller Länder der Welt auf jedem Gebiet: Wirtschaft, Handel, Investitionen, Soziales, Gesundheitswesen, Kultur, Technologie, Wissenschaft und anderes auf der Grundlage des beiderseitigen Interesses.

Daher stellt die neue strategische Politik der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas und der Regierung des Demokratischen Kampuchea nicht eine kurzfristige Taktik dar. Sie ist vielmehr eine strategische Politik in Hinblick auf einen Zusammenschluß zur Großen Vereinigung der gesamten Nation und des gesamten Volkes Kampucheas, im Inland wie im Ausland, und gleichzeitig zur Vereinigung aller internationalen Kräfte zu einer breiten Front, die gegen den Aggressor, die Le Duan-Clique, kämpft, um den Fortbestand der Nation und der Rasse Kampucheas zu verteidigen.

Darüberhinaus meinen wir, daß diese neue strategische Politik gemeinsam mit der Zusammenarbeit mit allen Ländern auf jedem Gebiet die Stabilität für alle Kräfte, die dem Frieden und der Sicherheit in dieser Region positiv gegenüberstehen, fördern wird und auch ein Beitrag zur Verteidigung des Friedens in Südostasien, im Pazifik und auf der Welt ist.

III. Verbesserung der Zusammensetzung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und verschiedener staatlicher Organisationen, um die neue strategische Politik in Hinblick auf die Erringung des Sieges über die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter in die Tat umzusetzen.

1. Um die große und breite Vereinigung der gesamten Nation und des gesamten Volkes von Kampuchea im Inland wie im Ausland entsprechend dem politischen Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas zu mobilisieren;

2. Um sich mit allen Ländern der Welt ungeachtet ihrer politischen Tendenz zusammenzuschließen, um dafür zu kämpfen, daß auch der letzte der vietnamesischen Aggressoren aus Kampuchea abgezogen wird, um die neue strategische Politik in die Tat umzusetzen und wirksam den Sieg über die vietnamesischen Aggressoren zu erringen, hat der Kongress des Ständigen Ausschusses der Versammlung der Volksvertreter Kampucheas, der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Vertreter der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der Vertreter der verschiedenen Regierungsstellen einstimmig beschlossen, die Zusammensetzung der Regierung des Demokratischen Kampuchea sowie die aller staatlichen Organisationen wie folgt zu verbessern:

1. Über die legislative Körperschaft

Im Namen der gesamten Versammlung der Volksvertreter Kampucheas ist der Ständige Ausschuß der Versammlung der Volksvertreter Kampucheas beauftragt:

a) die Anwendung der Verfassung des Demokratischen Kampuchea aufzuheben, um den neuen Bedingungen zu entsprechen;

b) das politische Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas als provisorisches Grundgesetz zu betrachten, das den Staat Demokratisches Kampuchea unter den Bedingungen des Volkskrieges gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Rassenvernichter bis zum Abzug des letzten von ihnen aus Kampuchea beherrscht.

Der Ständige Ausschuß der Versammlung der Volksvertreter Kampucheas wird mit dieser Aufgabe betraut, bis die allgemeine und freie Wahl organisiert ist, in der Vertreter der politischen und Massenorganisationen und Einzelpersönlichkeiten frei als Kandidaten zur Wahl stehen können, unter der direkten Aufsicht des Generalsekretärs der UNO oder seines Vertreters zur Sicherung des korrekten Ablaufs der Wahl.

Der Kongreß hat einstimmig beschlossen, Herrn Nuon Chea in seiner Funktion als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Versammlung der Volksvertreter zu bestätigen.

2. Über die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas

Der Kongress hat einstimmig Herrn Khieu Samphan zum provisorischen Präsidenten der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas ernannt, bis ein nationaler Kongress abgehalten wird, der das Politische Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas beschließt und definitiv den Präsidenten und das Zentralkomitee der Front wählt. In seiner Funktion als provisorischer Präsident der Front ist Herr Khieu Samphan beauftragt, das Politische Programm korrekt und wirkungsvoll anzuwenden.

3. Über das Exekutivorgan

- Auf der Grundlage der neuen strategischen Politik im In- und Ausland;
- Auf der Grundlage des Entwurfs des Politischen Programms der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas;
- Auf der Grundlage der historischen Bedingungen unseres gegenwärtigen Kampfes gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Vernichter der kampucheanischen Rasse, und auch um dem Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren bis zum Abzug des letzten vietnamesischen Feindes aus Kampuchea einen Anstoß zu geben, hat der Kongreß einstimmig Herrn Khieu Samphan in seiner Funktion als Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea bestätigt.

Gleichzeitig hat der Kongreß einstimmig beschlossen, die Zusammensetzung der Regierung des Demokratischen Kampuchea wie folgt zu verbessern:

1. Ministerpräsident . Herr Khieu Samphan
2. Für auswärtige Angelegenheiten zuständiger stellvertretender Ministerpräsident .... Herr Ieng Sary
3. Für nationale Verteidigung zuständiger stellvertretender Ministerpräsident .... Herr Son Sen
4. Minister für Wirtschaft und Finanzen .... Herr Thiounn Thioum
5. Gesundheitsminister............. Herr Thiounn Thioeun
6. Sozialminister ....Frau Ieng Thirith
7. Minister für Kultur und Erziehung .... Frau Yun Yat
8. Minister im Amt des Ministerpräsidenten ..... Herr Keat Chhon
9. Vorsitzender der Nationalen Kommission für Wissenschaft und Technik im Rang eines Ministers...... Herr Thiounn Mumm
10. Staatssekretär für Information .... Herr Thuch Rinn
11. Staatssekretär für Nachschub und Transport .... Herr Sar Kim Lomouth
12. Staatssekretär für Post- und Telegraphenwesen ... Herr Chhorn Hay

4. Über die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea

Der Kongress hat einstimmig beschlossen, die Oberste Kommission der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea einzurichten, die wie folgt zusammengesetzt ist:

1. Vorsitzender, Oberkommandierender der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea .... Herr Pol Pot
2. Stellvertretender Vorsitzender, Generalstabschef der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea ....Herr Chhit Choeun, genannt Mok
3. Generalsekretär .... Herr Son Sen
4. Untergeneralsekretär ..... Herr Ke Pauk

Aus diesem feierlichen Anlaß möchte der Kongreß der Organisation der Vereinten Nationen, den Regierungen und Völkern der verschiedenen Länder, den politischen und Massenorganisationen, den humanitären Organisationen und Persönlichkeiten, die Unabhängigkeit, Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt hochhalten und in jeder Form den gerechten Kampf des Volkes von Kampuchea für die Verteidigung seiner eigenen Nation und seiner eigenen Rasse unterstützt und ihm Hilfe gewährt haben, seinen tiefsten Dank aussprechen. Alle die Unabhängigkeit, den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Länder der Welt, insbesondere die Länder Südostasiens haben große Besorgnis über die schwere Gefahr, die sich aus der Strategie und den Aggressions- und Expansionsakten der Le Duan-Clique in Indochina und Südostasien ergibt, gezeigt.

Sie alle erkennen klar, wenn heute Kampuchea als Opfer der vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten und Landräuber an der Reihe ist, wer wird dann der nächste sein?

Es ist ganz offensichtlich, daß die Le Duan-Clique, wenn sie das Demokratische Kampuchea schlucken könnte, viel arroganter und stark ermutigt sein würde, ihre Strategie der Aggression und Expansion fortzuführen, indem sie ihre eigenen militärischen Kräfte und auch subversive Manöver zur Aufführung der Komödie von der sogenannten Front der Vietnamesen, ähnlich der sogenannten „Rettungsfront", die sie in Kampuchea schon errichtet hat, einsetzt.

Daher sind sich Südostasien und die Welt voll der realen Gefahr, daß sich der Krieg auf Südostasien, Asien und den Pazifik ausdehnt, bewußt. Darüberhinaus rührt diese Gefahr nicht allein von den vietnamesischen Aggressoren und Expansionisten her. Sie rührt hauptsächlich von der Globalstrategie des sowjetischen internationalen Expansionismus her, der Kontrolle über die strategischen Seewege im südchinesischen Meer, der Straße von Malacca und ganz Südostasien anstrebt.

Deshalb waren die Regierungen und Völker der ganzen Welt, insbesondere die Länder, Regierungen und Völker in Südostasien, so besorgt über diese Angelegenheit.

Unser Kongreß ist vollkommen überzeugt, daß alle Regierungen und die Völker der verschiedenen Länder, alle Massen- und politischen Organisationen und alle Einzelpersönlichkeiten, die Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt hochhalten, weiterhin unseren Kampf noch aktiver und stärker unterstützen und ihm Hilfe gewähren werden. Wir sind vollkommen überzeugt, daß sie viel mehr Druck auf die Le Duan-Clique ausüben werden, politisch, wirtschaftlich, finanziell und diplomatisch, um sie zu zwingen, der Resolution der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. November 1979 nachzukommen, alle ihre Aggressionstruppen aus Kampuchea abzuziehen und das Volk von Kampuchea selbst das Schicksal seiner eigenen Nation durch allgemeine und freie Wahlen mit direktem und geheimem Wahlrecht unter direkter Überwachung durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen oder seinen Vertreter entscheiden zu lassen.

Nur indem alle vietnamesischen Truppen zum Abzug aus Kampuchea gezwungen werden, können wir das grundlegende Problem und alle anderen Probleme lösen:

- kann Kampuchea seine Unabhängigkeit und den Frieden wiedererringen;
- kann das Volk Kampucheas der großen Gefahr entrinnen, den ungeheuren Verwüstungen, der katastrophalen Hungersnot und dem Sonderkrieg der Le Duan-Clique zur Rassenvernichtung;
- kann Südostasien der großen Gefahr einer Ausbreitung des Krieges auf die Region durch den Aggressor, die Le Duan-Clique, und seinen sowjetischen Oberherrn entgehen.

Aus diesem feierlichen Anlaß ruft unser Kongreß auch alle Landsleute im In- und Ausland, alle unsere Kämpfer, Männer und Frauen, sowohl im Hinterland als auch an der Front auf, das Banner der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung Kampucheas hochzuhalten, das ruhmreiche Banner des Kampfes hochzuhalten, der unsere hohe und glorreiche Tradition ist, und entschlossen vereint gegen die Le Duan-Clique zu kämpfen, den Aggressor, Expansionisten, Landräuber und Vernichter der kampucheanischen Rasse, bis er vollständig vernichtet und aus unserem geliebten Kampuchea vertrieben ist.

Lebenslauf der Mitglieder der Regierung des Demokratischen Kampuchea

1. Herr **Khieu Samphan:** Ministerpräsident, 49 Jahre. Doktor der Wirtschaftswissenschaften, promoviert an der Universität Paris, früher Herausgeber einer Phnom Penher Zeitung in französischer Sprache „L'observateur"
Parlamentsmitglied (1962 - 1967)
Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Nationale Verteidigung und Oberkommandierender der Volksarmee der Nationalen Befreiung Kampucheas (1970 - 1976)
Präsident des Staatspräsidiums seit April 1976

2. Herr **Ieng Sary:** Für Auswärtige Angelegenheiten zuständiger stellvertretender Ministerpräsident, 50 Jahre.
Früher Professor für Geschichte in Phnom Penh
Sondergesandter der Nationalen Einheitsfront Kampucheas und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kampucheas (1971 - 1975)
Für auswärtige Angelegenheiten zuständiger stellvertretender Ministerpräsident seit 1975

3. Herr **Son Sen:** Für Nationale Verteidigung zuständiger stellvertretender Ministerpräsident, 49 Jahre.
Früher stellvertretender Leiter des Pädagogischen Instituts von Phnom Penh.
Für nationale Verteidigung zuständiger stellvertretender Ministerpräsident seit April 1976

4. Herr **Thiounn Thioum:** Minister für Wirtschaft und Finanzen, 56 Jahre
Doktor der Rechte, promoviert an der Rechtswissenschaftlichen Universität Paris, Professor für Rechtswissenschaft an der Universität für Rechts- und Wirtschaftswissenschaft in Phnom Penh (1954 - 1960), Leiter privater Gesellschaften, die mit Handels- und industriellen Tätigkeiten befaßt waren (Export und Import Trade Company, „Les huileries khméres s.a." Pflanzenölfabrik) (1956 - 1975)

5. Herr **Thiounn Thioeun:** Gesundheitsminister, 59 Jahre
Doktor der Medizin, promoviert an der Universität in Paris, Professor für Chirurgie an der Medizinischen Universität Phnom Penh, früherer Rektor der Medizinischen Universität von Phnom Penh, Gesundheitsminister seit 1971.

6. Frau **Ieng Thirith:** Sozialminister, 48 Jahre
Graduiert an der TVE Sorbonne (Paris), frühere Direktorin der Khmer-English-High School in Phnom Penh, Minister für Erziehung und Jugend (1970 - 1976), Sozialminister seit April 1976

7. Frau **Yun Yat:** Minister für Kultur und Erziehung, 45 Jahre
Früher Professor in Phnom Penh, Minister für Nationale Erziehung seit April 1976.

8. Herr **Keat Chhon:** Minister im Amt des Ministerpräsidenten, 45 Jahre.
Ingenieur, graduiert an der Ecole Nationale Supérieure, Frankreich, Ingenieur für Kerntechnik in Saclay, Frankreich, Dekan der Universität Kampong Cham (1965 - 1968), Industrieminister (1967 - 1969), Minister im Amt des Ministerpräsidenten (1970 - 1974)

9. Herr **Thiounn Mumm:** Vorsitzender der Nationalen Kommission für Wissenschaft und Technik im Rang eines Ministers, 54 Jahre.
Telegraphenbauingenieur, Doktor der Mathematik, graduiert an der Sorbonne, Paris, Minister für Wirtschaft und Finanzen (1970 - 1974), Präsident des Instituts für Wissenschaft und Technik Phnom Penh (1976 - 1979).

10. Herr **Tuch Rinn:** Staatssekretär für Information, 45 Jahre
Graduiert an der Literaturuniversität in Phnom Penh, früher Professor in Phnom Penh.

11. Herr **Sar Kim Lomouth:** Staatssekretär für Transport und Nachschub, 49 Jahre.
Magister der Wirtschaftswissenschaften, Inspektor der Eisenbahnen in Kampuchea (1954 - 1964), Manager der Bank Inadana Jati, Phnom Penh (1964 - 1975), Vizepräsident der Außenhandelsbank Kampucheas (1976 - 1979).

12. Herr **Chhorn Hay:** Staatssekretär für Post-und Telegraphenwesen, 43 Jahre.
Ingenieur, graduiert an der Ecole Nationale Supérieure des Telecommunications, Paris, Professor für Elektronik in Phnom Penh (1976 - 1979).

Materialien zu den Lohnverhältnissen in Österreich

Vorbemerkung:

Mit diesen Materialien legen wir einige erste Überlegungen und Analysen zu Fragen der Lohnverhältnisse und Lohnpolitik vor, die in den nächsten Ausgaben des „Kommunist" fortgeführt und weiterentwikkelt werden sollen.
Der erste Abschnitt befaßt sich mit Fragen der Reallohnberechnung und dem tatsächlichen Verhältnis der Frage der Reallohnentwicklung zur Frage der Reproduktion der Arbeitskraft.
Der zweite Abschnitt analysiert die in der Lohnstruktur der Metallarbeiter angelegten Spaltungslinien und die praktischen Probleme, die dadurch aufgeworfen werden. Diese Analyse zeigt, daß die bisher vom KB verfolgte Linie, allgemein für lineare Lohnerhöhungen (Erhöhung um den gleichen Schillingbetrag für alle gleich) einzutreten, dieser objektiv angelegten Spaltung nicht wirklich begegnen kann, wenn sie nicht mit anderen gewerkschaftlichen Maßnahmen entsprechend verbunden wird.
Der dritte Abschnitt behandelt die Wirkung der KV-Abschlüsse und der anderen Formen der Lohnsteigerung auf die Spaltungslinien, die in der Lohnstruktur angelegt sind.

Red.

I.: Reallohn und Reproduktion der Arbeitskraft

Jedes Jahr aufs Neue ist der österreichische Arbeiter mit einem wunderlichen Phänomen konfrontiert. Ein Minister, ein Spitzenfunktionär der Bundeswirtschaftskammer oder des ÖGB tritt im Fernsehen auf und präsentiert ihn eine Rechnung, nach der de rArbeitslohn real um soundsoviel Prozent gestiegen sei. Die Festigkeit und Unverfrorenheit, mit der diese Behauptung vorgetragen wird, macht den Arbeiter schwankend. Für sich selbst stellt er fest - und das ohne besondere Berechnung -, daß er mit seinem Lohn mehr schlecht als recht das Auslangen findet und daß er von dieser Reallohnerhöhung kaum etwas verspürt oder sogar erleben muß,daß es noch knapper für ihn geworden ist. Ist es nun glatter Betrug, was ihm da von Reallohnerhöhungen erzählt wird ? Oder hat er bloß das Pech, nicht zum Durchschnitt der Arbeiter zu zählen, die die festgestellte Reallohnerhöhung bekommen haben sollen ? Oder kann es sein, daß es ihm trotz aller Reallohnerhöhungen immer knapper wird ?

Die Wahrheit enthält in diesem Fall oft von allen dreien etwas. Betrug ist fast immer dabei, unter den Durchschnitt fallen stets wesentlich mehr als die Hälfte der Arbeiter, und tatsächlich kann der Arbeiter trotz aller Reallohnerhöhungen immer weiter heruntergedrückt werden. Das ist nähere Betrachtung wert.

Reallohn-Berechnungen

Die Reallohnberechnung ist eine dehnbare Angelegenheit in jeder Hinsicht und bietet daher auch ein breites Feld für jede Art der Manipulation und des Betrugs. Es kommt daher nich selten vor, daß aus ein und derselben Ecke die verschiedensten Reallohnerhöhungen gemeldet werden. Es ist hier nicht möglich, alle Varianten dieser Berechnungen darzustellen - für unseren Zweck mag es genügen, einige Beispiele für das Zustandekommen sehr unterschiedlicher Ergebnisse von Reallohnberechnungen zu nennen.

Bekanntlich ist der Lohn, der dem Arbeiter ausgezahlt wird, nicht identisch mit dem, was der Kapitalist an „Lohnkosten" hat. Was der Arbeiter auf die Hand bekommt, ist der *Netto*lohn, also das, was ihm vom vereinbarten *Brutto*lohn nach Abzug der Lohnsteuer, der Sozialversicherung und der Betriebsratsumlage etc.bleibt. Dem Kapitalisten kostet die Arbeitskraft des Arbeiters aber mehr als nur den Bruttolohn: Er muß von Gesetzes wegen zusätzlich pro Arbeiter bestimmte Beiträge zur Sozialversicherung zahlen, Rücklagen für die gesetzlich vorgeschriebenen Abfertigungen bilden usw. Mit Jahresbeginn wurde z.B. der Beitrag zur Sozialversicherung pro Arbeiter um 1 Prozent gesetzlich erhöht: 1/2 Prozent wird dem Arbeiter zusätzlich vom Bruttolohn abgezogen[1] ,1/2 Prozent muß der Kapitalist zusätzlich an die Sozialversicherung zahlen. Schon dieses Beispiel bietet nun drei Möglichkeiten zur „Reallohnberechnung":

1.Möglichkeit: Man verstehe unter Reallohn die Kaufkraft des Nettolohns. Dieser hat sich nun um 1/2 Prozent verringert. Bei gleichbleibenden Preisen hätte sich demnach der Reallohn um 1/2 Prozent *verringert*. Man könnte das in diesem Fall auch so ausdrücken: Die Ware Sozialversicherung ist für den Arbeiter um 1/2 Prozent seines Lohns teurer geworden, sein Reallohn ist also um 1/2 Prozent *gesunken*.

2.Möglichkeit: Man verstehe unter Reallohn die Kaufkraft des Bruttolohns. Am Bruttolohn tritt durch die Erhöhung eines Abzugspostens gar keine Veränderung ein. Bei gleichbleibenden Preisen wäre demnach der Reallohn *gleichgeblieben*.

3.Möglichkeit: Man verstehe unter Reallohn die gesamten Lohnaufwendungen des Kapitalisten. Diese haben sich um 1/2 Prozent des Bruttolohns des Arbeiters erhöht. Es wäre demnach eine entsprechende Reallohn*erhöhung* eingetreten (wiederum bei gleichbleibenden Preisen).

Daß das Ganze, vor allem die dritte Variante, völlig an den Haaren herbeigezogen klingt, ist nicht unsere Schuld. Tatsächlich werden mit solchen Methoden beliebige Reallohnberechnungen fabriziert.

Ein bekanntes Beispiel dafür sind die Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich: Auch sie wurden in der Vergangenheit schon wiederholt in Reallohnerhöhungen umgerechnet, ohne daß sich an der Höhe des Lohns, den der Arbeiter auf die Hand erhielt, das geringste änderte. Das ging so: Als Ausgangsbasis wurde nicht der Wochen- oder Monatslohn genommen, sondern der *Stunden*lohn. Wurde bei einem Stundenlohn von 30 Schilling bei 45 Wochenstunden die Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich reduziert, dann ergab sich folgende Berechnung: DerLohnausgleich führte dazu, daß der frühere Wochenlohn von 1.35o.-Schilling (45 mal 3o Schilling) nun auf 4o Wochenstunden aufzuteilen war. Das ergab einen neuen Stundenlohn von 33.75 Schilling. Der „Reallohn" (also in diesem Fall die Kaufkraft des Stundenlohnes bei gleichbleibenden Preisen) *stieg* also demnach um 12,5 Prozent. Tatsächlich bekam der Arbeiter natürlich keinen Groschen mehr zur Deckung seines Lebensunterhaltes auf die Hand.

Wäre man bei der ganzen Berechnung vom Wochen-oder Monatslohn ausgegangen, wäre das auch offensichtlich geworden,denn am Wochen- oder Monatslohn hatte sich ja tatsächlich gar nichts verändert. Die Zerlegung des Preises der Arbeitskraft in Stundenpartikel wurde hier also benutzt, um den Anschein zu erwecken, der Arbeiter hätte nun mehr Mittel zur Erhaltung seiner Arbeitskraft zur Verfügung, was in keiner Weise der Fall war. (Dies ist im übrigen bei allen Reallohnstatistiken zu beachten, die auf Stundenlohnbasis berechnet sind: In ihnen sind stets in der hier ausgeführten Weise alle Arbeitszeitverkürzungen in „Reallohnerhöhungen" umgerechnet.)

FUSSNOTE:
(1) Der Sozialversicherungsbeitrag wird auf Basis der Bemessungsgrundlage berechnet, die nicht immer identisch mit dem vollen Brutto-Lohn sein muß. Davon wird hier der Einfachheit halber abgesehen.

Sinngemäß kann das gleiche Verfahren zur Vortäuschung von Reallohnerhöhungen bei Urlaubsverlängerungen bei vollem Lohnausgleich angewendet werden.

Damit wollen wir die Darstellung der Hauptvarianten der Manipulation mit den Reallöhnen von dieser Seite her, also von der Seite der Lohnbasis, abschließen. Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, besteht vor allem darin, daß jede beliebige Reallohnverlautbarung genau daraufhin geprüft werden muß, von welcher Lohnbasis sie eigentlich ausgeht. In der Regel - wenn es nicht zu allzu plumpen Propagandazwecken dienen soll - werden zur Reallohnberechnung die Bruttolöhne herangezogen und gilt die oben erwähnte Variante, von den gesamten Aufwendungen des Kapitalisten zum Ankauf der Arbeitskraft auszugehen, eher als „unseriös", was allerdings die Bourgeoisie auch noch nie daran gehindert hat, bei Bedarf auch darauf zurückzugreifen. Sollen möglichst hohe Reallohnsteigerungen herauskommen, wird immer von der Stundenlohnbasis ausgegangen, was die Einberechnung aller Arbeitszeitverkürzungen ermöglicht.

Wir werden noch sehen, daß *jede* Art von Reallohnberechnung für die Beurteilung der wirklichen Entwicklung der Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeiter nur eine sehr relative Bedeutung hat. *Soweit* sie eine Bedeutung hat, ist von unserem Standpunkt aus betrachtet die Stundenlohnbasis absolut untauglich und müssen stets die Wochen- oder Monatslöhne herangezogen werden. Weiters ist für bestimmte Zwecke auch die Basis *Brutto*lohn untauglich. Der Arbeiter, der seineArbeitskraft erhalten muß, kann dies ja nur aus dem Lohn tun, der ihm zur Deckung der dazu notwendigen Ausgaben tatsächlich zur Verfügung steht. Dies ist aber natürlich der Netto-Lohn und nicht der Brutto-Lohn, da sich Mieten, Fleisch und Kleidung schwerlich mit der abgezogenen Lohnsteuer bezahlen lassen. (Generell darf bei der Reallohnberechnung der Bruttolohn allerdings nicht außer Betracht bleiben, weil damit die Frage der Lohnabzüge auf ihre wirtschaftliche Wirkung reduziert und der unbedingt nötige politische Kampf gegen diese staatlichen Abzüge ausgeklammert würde.) Bei eigenen Reallohnberechnungen auf Wochen- bzw. Monatslohnbasis und in bestimmten Fällen auf Basis der Nettolöhne stößt man allerdings auf erhebliche Probleme,weil für ersteres Kenntnis der tatsächlichen Arbeitszeiten, für zweiteres Kenntnis der Nettolöhne Voraussetzung ist. Zu beidem sind statistische Daten nur schwer in brauchbarer Form zugänglich und ist man immer auf mehr oder weniger wacklige Schätzungen und annähernde Berechnungen angewiesen.

Damit kommen wir zur zweiten Seite der Reallohnberechnung. Der Begriff des Reallohns bezieht sich ja auf die Kaufkraft des Lohns,also auf das Verhältnis zwischen dem Lohn als Preis der Arbeitskraft und den Preisen der anderen Waren, die in die Reproduktion der Arbeiskraft eingehen. Mit den Warenpreisen kommt nun eine zweite Sphäre der Betrugs- und Manipulationsmöglichkeiten ins Spiel. Die Lohnentwicklung (wie immer sie nun angesetzt wird) wird in Relation zur Preisentwicklung gesetzt, die in der Regel durch den Index der Verbraucherpreise repräsentiert wird. Dabei ergeben sich nun zwei Möglichkeiten der Manipulation: die eine steckt im Index selbst, die andere in der Umgehung des Index.

Bei letzterem müssen wir uns nicht lange aufhalten. Das bekannteste Beispiel dafür aus der letzten Zeit war der „Vorschlag" von Androsch, die von der Ölverteuerung ausgehenden Preiserhöhungen im Zusammenhang mit den Löhnen unberücksichtigt zu lassen, da das ja eine „von außen" (sprich: Ölscheichs) gemachte Verteuerung sei, auf die man leider keinen Einfluß habe. Dienstfertige Wirtschaftswissenschaftler waren auch rasch mit Berechnungen bei der Hand, wieviel man dementsprechend von der Preissteigerungsrate abziehen müßte. Bekanntlich wurde dieses allzu plumpe Manöver von den Gewerkschaften gleich wieder vom Tisch gewischt und konnte dementsprechend zum allgemeinen Bedauern nicht realisiert werden.

Mehr ließe sich mit dem Index selbst machen, doch stößt dies auch auf einige Probleme. Der Preisindex ist für die Bourgeoisie nicht einfach und in erster Linie ein Betrugsinstrument, sondern in gewisser Hinsicht notwendiges statistisches Instrument, das eine bestimmte Aussagekraft behalten muß, wenn es für ihre eigenen Zwecke nicht völlig untauglich werden soll. Vor allem die jeweiligen Regierungen haben aber immer wieder größtes Interesse daran, den Index möglichst niedrig zu halten und die entsprechenden Manipulationsmöglichkeiten zu nutzen. Diese sind vielfältig. Der Verbraucherpreisindex wiederspiegelt die Erhöhung einer bestimmten Auswahl von Warenpreisen, die im sogenannten „Warenkorb" zusammengefaßt sind. Von früher her ist bekannt, wie das zur Manipulation des Index benutzt werden kann: So war etwa früher im Warenkorb die Smart-Export die „Index-Zigarette",die im Warenkorb alle anderen Rauchwaren zu vertreten hatte. Wurde sie teurer, zeigte der Index eine Verteuerung des Rauchens und eine entsprechende Verteuerung der gesamten Lebenshaltungskosten an. Wurde sie im Preis stabil gehalten, obwohl gleichzeitig alle anderen Zigaretten teurer wurden, zeigte der Index keine Verteuerung an. Es versteht sich, daß keine Regierung die Chance ungenützt ließ, die in einem solchen System steckt. Standen staatlich geregelte bzw. beeinflußte Preise zur Erhöhung an, wurde die Erhöhung der „Index-Waren" einfach umgangen oder zumindest möglichst gering gehalten. Mit Anfang 1977 wurde eine größere Änderung am Verbraucherpreisindex durchgeführt, die diese Möglichkeiten der Regierung etwas einschränkt, wenn auch nicht beseitigt, indem die Anzahl der Indexwaren wesentlich erhöht wurde. Außerdem wurde der Warenkorb auf Grundlage einer Konsumerhebung wesentlich verändert, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß heute eben wesentlich andere Waren in den allgemeinen Verbrauch eingehen und mit anderem Gewicht, als das vor zehn Jahren der Fall war.

So oder so gibt der Verbraucherpreisindex die Entwicklung der Lebenshaltungskosten der Masse der Arbeiter und Angestellten verzerrt wieder, da in ihm die Kostenerhebung aller Haushalte, also einschließlich der Haushalte der Bourgeoisie, zugrundeliegt. Damit werden im Warenkorb die Bedarfsgüter der Massen relativ zu niedrig gewichtet und gehen zugleich die Konsumgüter der Bourgeoisie in den Warenkorb ein, die für die Massen wenig oder gar keine reale Bedeutung haben. Da auch die Preisentwicklung dieser unterschiedlichen Konsumgüter verschieden ist, entsteht eine Verzerrung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten in der Richtung, daß die Verteuerung der Lebenshaltung der Massen beschönigt wird. (Wir werden in einer der nächsten Ausgaben eine eingehendere Analyse des Verbraucherpreis-Index vornehmen. Für den hier angestrebten Zweck mag das Gesagte genügen.)

Eine andere Manipulationsmöglichkeit der Reallohnberechnung über den Preisindex bietet sich dadurch an, daß der Preisindex jedes Monats durch eine Preiserhebung an einem bestimmten Tag des Monats ermittelt wird. Besteht (etwa im Zusammenhang mit KV-Abschlüssen) Interesse daran, daß ein bestimmter Monatsindex niedrig gehalten wird, dann braucht die gewichtigste Preiserhöhung nur über diesen Erhebungstag hinausgezögert werden. Schon ist wieder ein Monat gewonnen, in dem diese Preiserhöhung nicht auf den Index durchschlägt. Diese Methode wird gerade von Androsch & Co. vorexerziert: Durch Zerlegung der ganzen Preis-und Tariferhöhungswelle in Raten und durch Ausnutzung der Möglichkeiten des Erhebungs-Stichtags werden große Indexsprünge vermieden, um eine zu rasche Konfrontation mit den Gewerkschaften hinauszuzögern.

Mißtrauen gegenüber dem Verbraucherpreisindex, der jeder Reallohnberechnung zugrundeliegt, ist daher allemal angebracht, auch wenn seine vorsichtige Verwendung unter den gegenwärtigen Umständen angesichts des Fehlens zuverlässigerer Daten auf Sicht nicht zu umgehen sein wird.

Durchschnittliche Reallohnentwicklung

Die in der Öffentlichkeit genannten Zahlen zur Reallohnentwicklung sind immer Durchschnittswerte, die mit Vorsicht zu genießen sind. In diesen Durchschnittswerten verschwinden die realen Verhältnisse der Spaltung der Arbeiterklasse von der Lohnseite her, es verschwinden die großen Ungleichmäßigkeiten der Lohnentwicklung in deren Gefolge, die Hineinnahme der unmittelbaren Funktionäre des Kapitals als „Angestellte" verfälscht die Werte nach oben, die mit hohen Löhnen besoldete Arbeiteraristokratie trägt in gleicher Weise zur Beschönigung der Darstellung der Lohnentwicklung bei usw. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesen wirklichen Verhältnissen, die in diesen Durchschnittswerten verschwinden, leiten die folgenden Abschnitte dieser Materialien ein.

Daß die Masse der Arbeiter und einfachen Angestellten in den Verlautbarungen zur Rallohnentwicklung ihre eigene Lohnentwicklung nicht wiedererkennt, hängt mit all

diesen Faktoren zusammen, Man könnte dagegen einwenden, daß die kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen in der Regel nach einheitlichen Prozentsätzen erfolgen und damit die Erhöhungs*raten* für alle Lohnniveaus gleich sein müssen, daß die Durchschnittswerte der Reallohnentwicklung daher allgemeine Geltung haben müßten. Dies wäre jedoch nur dann der Fall, wenn die KV-Erhöhungen tatsächlich die einzigen Veränderungen im Effektivlohnniveau wären. In Wahrheit ist die Effektivlohnentwicklung jedoch natürlich viel komplexer. Die von den Reallohnberechnungen erfaßten Löhne unterliegen einer Vielfalt von Veränderungen.

Erstens machen die KV-Erhöhungen nur einen Teil der Effektivlohnentwicklung aus. Dazu kommen betriebliche und individuelle Lohnerhöhungen, Erhöhungen durch die mit den Leistungslohnsystemen verbundene gesteigerte „Selbstausbeutung“, Erhöhungen durch das Hinzukommen von Zulagen im Gefolge der Ausdehnung der Schichtarbeit und Nachtarbeit und der Ausbreitung von Arbeitsbedingungen, für die kollektivvertragliche Zulagen gewährt werden müssen (z.B. Erschwerniszulagen verschiedener Art), Überstundenarbeit und die damit verbundenen Lohnschwankungen etc. Die Aushöhlung des Kollektivvertragswesens durch die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften hat dazu geführt, daß diese betrieblichen und individuellen Formen der Lohnentwicklung, bei denen die Arbeiterklasse voll dem Druck und der Spaltung der Konkurrenz ausgesetzt ist, einen entscheidenden Anteil an der Lohnentwicklung ausmachen und damit selbst wiederum das Kollektivvertragswesen weiter untergraben. In diesem Bereich kommt die Spaltung der Arbeiterklasse voll zum Tragen. Das hat zur Folge, daß für Teile der Arbeiterklasse zu den KV-Erhöhungen wesentliche andere Lohnerhöhungen dazukommen und damit den Gesamtdurchschnitt anheben, für die Masse der Lohnabhängigen diese zusätzlichen Lohnerhöhungen aber entweder überhaupt flachfallen oder bedeutend geringer ausfallen, sie also dementsprechend auch unter dem Durchschnitt im Lohnanstieg zu liegen kommen.

Zweitens wirken auf die Effektivlohnentwicklung auch alle Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse, die Konjunkturschwankungen, die Folgen von Betriebsschließungen, Produktionsveränderungen und damit verbundener Umschichtungen, Dequalifizierung usw. Auch diese Entwicklungen gehen in der Masse in der Richtung, die Differenzierung und die damit verbundene Spaltung im Lohnniveau der Arbeiterklasse noch zu verstärken und die Masse der Lohnabhängigen unter die ausgewiesene durchschnittliche Zuwachsrate der Reallöhne zu drücken.

Reallohn und Reproduktion der Arbeitskraft

Ein österreichisches Meinungsforschungsinstitut führt seit Jahren eine Erhebung über die sogenannte „subjektive Inflation“ durch. Den befragten Arbeiter- und Angestelltenfamilien wird die Aufgabe gestellt, anzugeben, wieviel Geld ihrer Meinung und Erfahrung nach für die Deckung der laufenden Haushaltsausgaben gebraucht wird. Indem dann diese Angeben von Jahr zu Jahr verglichen werden, wird festgestellt, wie stark die Lebenshaltungskosten „subjektiv“ gestiegen sind. Ein Vergleich mit der offiziellen Steigerung des Lebenshaltungskostenindex zeigt dann, wie stark die Entwicklung dieses Index und die „subjektiv empfundene“ Entwicklung der Lebenshaltungskosten differiert. Im langjährigen Vergleich zeigte sich, daß diese „subjektive Inflation“ doppelt so hoch war als die offiziell ausgewiesene „objektive“. Mit anderen Worten: Nach dem Lebenshaltungskostenindex hatte sich die Lebenshaltung z.B. um das Dreifache verteuert, die Befragten gaben aber für diesen Zeitraum eine Versechsfachung der erforderlichen Haushaltsausgaben an.

Wir wollen uns hier nicht lange dabei aufhalten, auf die Zwecke, Methoden und Interpretationen solcher Untersuchungen durch die bürgerlichen Meinungsforscher einzugehen. Im Grunde zeigen diese Untersuchungen nur das, was fast jeder Arbeiter eben auch auf Grund seiner eigenen individuellen Erfahrung empfindet: daß nämlich die offiziellen Preisentwicklungsziffern und Reallohnberechnungen an der Entwicklung seiner tatsächlichen Reproduktionsmöglichkeiten vorbeigehen. Dies ist kein Zufall oder individuelles Schicksal, sondern zeigt eben die äußerst relative Bedeutung der Kategorie des Reallohns auf.

Der Reallohn bezieht sich immer nur auf die Kaufkraft des Lohns. Die Reallohnentwicklung ist keineswegs identisch mit der Frage, ob der Arbeiter seine Arbeitskraft über oder unter ihrem Wert verkauft. Beträchtliche Reallohnsteigerungen können durchaus Hand in Hand gehen damit, daß der Arbeiterlohn immer mehr unter seinen Wert herabgedrückt wird. Dies ist die notwendige Folge der Tatsache, daß sich der Wert der Arbeitskraft verändert. Anders ausgedrückt: in die Reproduktion der Arbeitskraft gehen erstens Waren ein, deren Wert steigen oder fallen kann, womit sich auch der Wert der Arbeitskraft verändert; zweitens gehen in diese Reproduktion nicht immer die gleichen Waren ein, sondern erweitert und verändert sich das Spektrum von Waren, die für die Reproduktion erforderlich sind.

Dafür nur ein Beispiel: Die Ausdehnung des Pendlerwesens und andere Umstände im Gefolge der kapitalistischen Stadt-Land-Entwicklung, die Ausdehnung der Schichtarbeit etc. führen dazu, daß im Unterschied zu früheren Zeiten für eine immer größere Masse der Arbeiterklasse der Kauf und Betrieb von eigenen Autos zu einer Notwendigkeit wird, die zum regulären Bestandteil ihrer Reproduktionserfordernisse wird und in den Wert der Arbeitskraft eingeht. Solche durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktion und ihrer Folgen selbst erzwungene Erweiterung der Reproduktionserfordernisse gehen Hand in Hand mit den sich historisch herausbildenden und entwickelnden Gewohnheiten und Lebensansprüchen der Arbeiter, der Erweiterung ihrer Bedürfnisse und der damit ebenfalls verbundenen Erweiterung der Reproduktionserfordernisse und Steigerung des Werts der Arbeitskraft.

Der bekannten Formel „Es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute“ liegt die demagogische Verzerrung der Tatsache zugrunde, daß etwa seit dem 2. Weltkrieg die Reproduktionserfordernisse der Arbeitskraft und dementsprechend ihr Wert gewaltig angestiegen sind und sich das notwendigerweise in der Steigerung des Preises der Arbeitskraft niederschlagen muß. Demagogie steckt in der Sache vor allem in dem Sinn, daß die Grundlage dieser Entwicklung verschwiegen und zugleich stillschweigend oder explizit die Behauptung damit verbunden wird, daß die festzustellende Reallohnentwicklung bedeute, daß der Preis der Ware Arbeitskraft mit der stattgefundenen Steigerung ihres Werts Schritt gehalten habe. Daß dies der Fall war, bestreiten wir. Wir halten es vielmehr für eine Tatsache, daß sich in der Lohnentwicklung der letzten Jahre für immer breitere Teile der Arbeiterklasse eine zunehmende Tendenz widerspiegelt, den Preis der Arbeitskraft unter ihren gestiegenen Wert zu drücken. Wir stehen heute vor der Notwendigkeit, diese Feststellung wissenschaftlich zu untermauern, da es für die Entwicklung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik auf Dauer nicht genügen wird, sich dabei nur auf den Augenschein und die subjektive Erfahrung der Arbeiterklasse zu stützen, wie sie sich z.B. in solchen Erhebungen der „subjektiven Inflation“ wiederspiegelt, die wir eingangs zitiert haben. Entsprechende Untersuchungen stellen wir uns für die weiteren Ausgaben des „Kommunist“ in diesem Jahr zur Aufgabe.
(ZR-gst)

II.: Die Entwicklung der Bruttostundenlöhne 1973-79 in der Metallindustrie — Aufspaltung und Aufsplitterung nach allen Seiten

Die folgende Untersuchung über die Entwicklung der Bruttostundenlöhne 1973 - 1979 in der Metall-Industrie beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage der Entwicklung und der derzeitigen Lage in Bezug auf die Aufspaltung und Aufsplitterung der Lohnstruktur, sowie mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die betriebliche und gewerkschaftliche Lohnpolitik. Daß diese Offenlegung notwendig ist, wird jeder leicht einsehen, der sich, sei es als einfacher Arbeiter oder als Funktionär, einmal mit dem Problem des Kampfs gegen den Lohnabbau beschäftigt hat.

Die Aufgabe, dieser objektiv vorhandenen materiellen Spaltung und Aufsplitterung durch eine entsprechende Lohnpolitik entgegenzuwirken, ist von der Aufgabe der Sicherung ausreichender Löhne nicht zu trennen. Mit der Frage der notwendigen Höhe der Forderungen, die sich aus einer Analyse der Entwicklung der Reproduktionserfordernisse ergeben muß, befaßt sich dieser Abschnitt jedoch nicht.

Eine wichtige Rolle spielt die hier abgehandelte Seite der Lohnpolitik deshalb, weil ja mit der Festlegung der Höhe der Forderung noch nicht alles getan ist und die Bedingungen für der erfolgreichen Kampf um die Durchsetzung der Forderung möglichst genau analysiert und eingeschätzt werden müssen.

Um einem Mißverständnis von vorneherein vorzubeugen: daß es unterschiedlich hohe Löhne gibt, liegt keineswegs an einer besonders teuflischen Perfidie des Kapitals, sondern vorerst einmal am unterschiedlichen Wert der Arbeitskraft. Daß z.B. der Wert der Arbeitskraft eines Facharbeiters, in die u.a. seine Qualifikationskosten eingehen, höher ist als der eines Hilfsarbeiters, ist leicht einzusehen.

Die Perfidie des Kapitals beginnt auf der Grundlage dieser unterschiedlichen Werte. Mit allen Mitteln nützt sie diese Unterschiede zur bewußten und planmäßigen Spaltung der ganzen Arbeiterklasse, zur Aufsplitterung nach allen Seiten und damit zur Isolierung jedes Teils der Arbeiterklasse vom anderen. Zweck ist die Steigerung der Ausbeutung wie insgesamt die Aufrechterhaltung der Ausbeutung.

Bei der Untersuchung der tatsächlich vorhandenen materiellen Spaltung der Arbeiterschaft in der Metallindustrie sowie ihrer Entwicklung stellt sich als erstes die Frage, welche objektiven Spaltungslinien das Kapital zur Verfügung hat:

Erstens ist dies die Spaltung *in die Lohngruppen*, die im KV festgelegt ist. Heute gibt es im Metall-Industrie-KV acht Lohngruppen, wovon drei Lohngruppen auf die Facharbeiter entfallen (1-3), drei Lohngruppen auf angelernte Arbeiter, eine auf Hilfsarbeiter und eine auf jugendliche Arbeiter. Darüberhinaus gibt es in fast jedem Betrieb noch eine Reihe von betrieblichen Zwischengruppen, die die ganze Struktur noch weiter aufsplittern.

Zweitens steht dem Kapital die Spaltungslinie der *Lohnform* zur Verfügung, grob also die Aufspaltung in Zeitlohn, Leistungslohn (Akkord) und Leistungslohn (Prämie), wobei es auch hier so ist, daß es in allen drei Lohnformen natürlich Dutzende und Hunderte Aufsplitterungen gibt.

Als Grundlage unserer Untersuchung haben wir die „Lohnerhebung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft“ über die Industrielöhne in Österreich und speziell die Industrielöhne der Metallindustrie genommen. Diese Lohnerhebung, die halbjährlich erscheint, umfaßt regelmäßig ca. 80 % der Betriebe und der Arbeiter, wobei Lehrlinge, Teilzeitarbeiter und Heimarbeiter sowie die in der Jugendlohngruppe eingestuften Arbeiter nicht berücksichtigt werden.

Erhebungszeitraum ist jeweils eine Woche Ende März/Anfang April bzw. Ende September/Anfang Oktober. Erfaßt werden die effektiv ausbezahlten Bruttostundenlöhne inklusive aller platzgebundenen Zulagen, die lohnartigen Charakter haben, sowie die Vor-

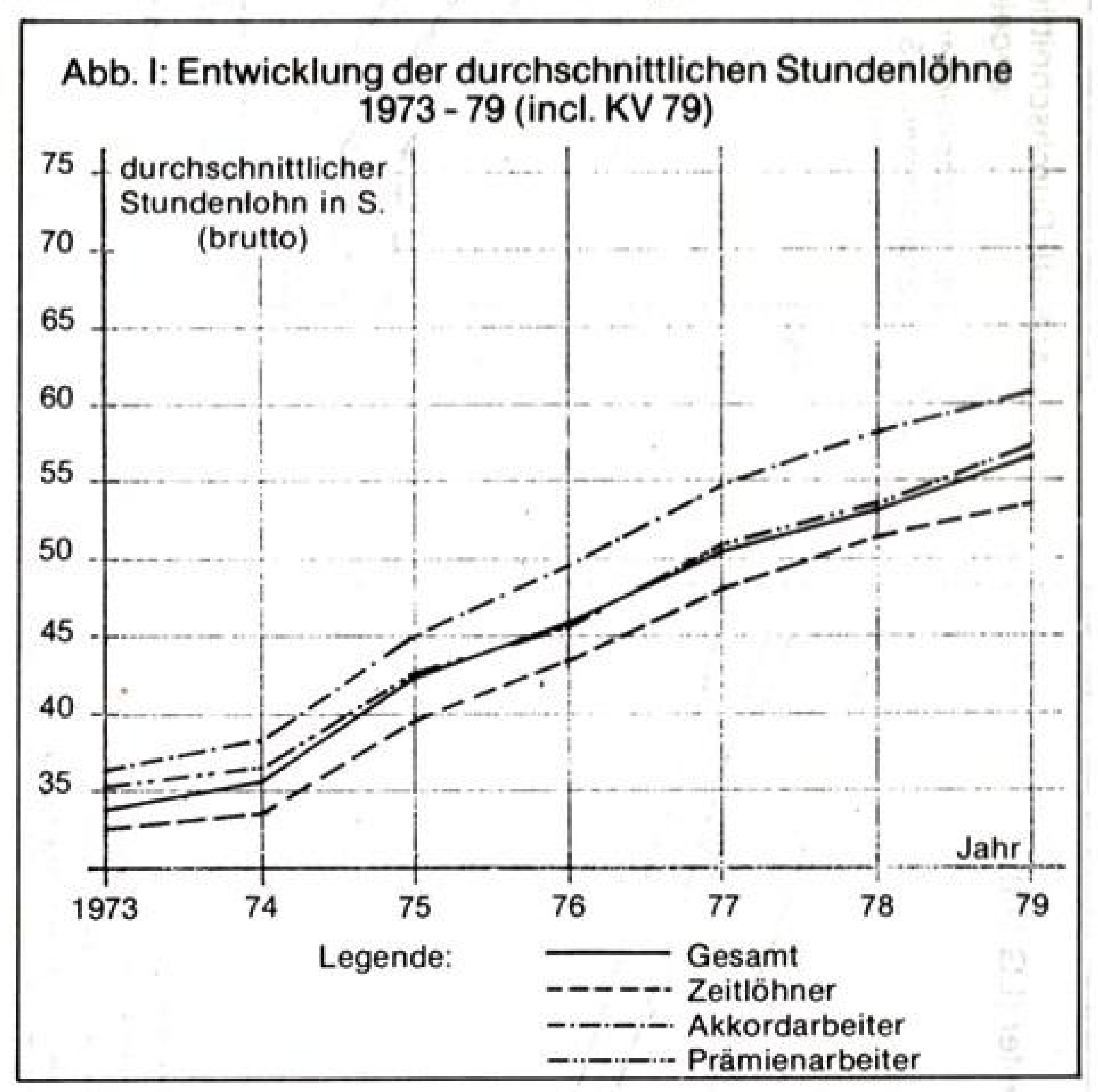


Tabelle I

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Metallarbeiter von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	33,96	32,36	36,2o	35,11
1974	35,38	33,67	37,9o	36,37
1975	42,48	39,73	45,o6	42,67
1976	45,78	43,67	49,59	45,67
1977	5o,2o	47,78	54,48	5o,56
1978	53,59	51,12	57,89	53,82
1979	56,46	53,84	61,o2	57,o3

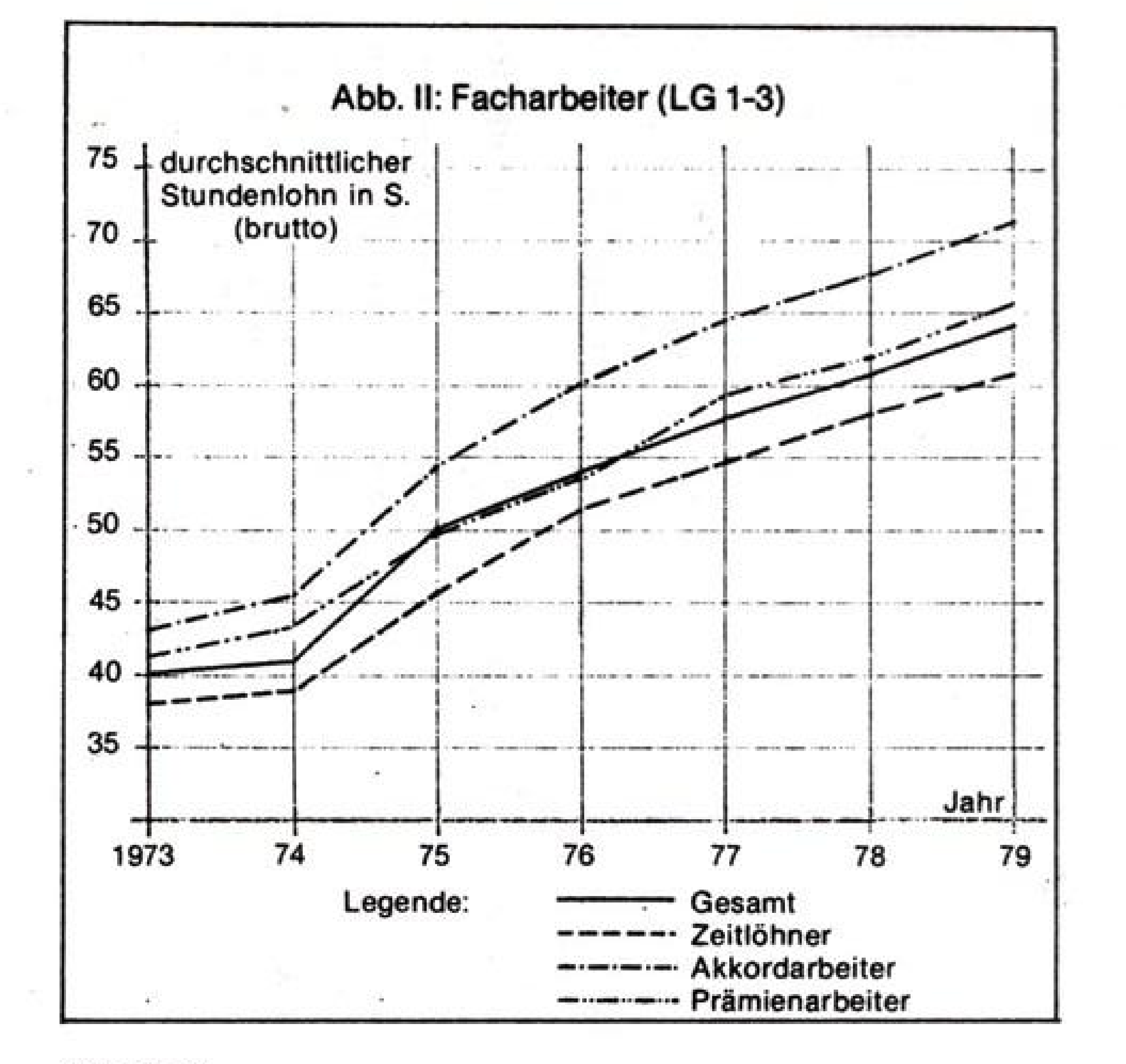


Abb. II: Facharbeiter (LG 1-3)

Tabelle 2

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Facharbeiter in der Industrie (Metall) von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	39,88	38,18	43,71	41,3o
1974	41,o2	39,15	45,13	42,62
1975	5o,27	46,4o	54,6o	49,82
1976	54,o1	51,49	6o,o7	53,68
1977	57,62	54,71	64,57	59,29
1978	6o,87	57,99	67,87	61,74
1979	64,o8	6o,98	71,39	65,67

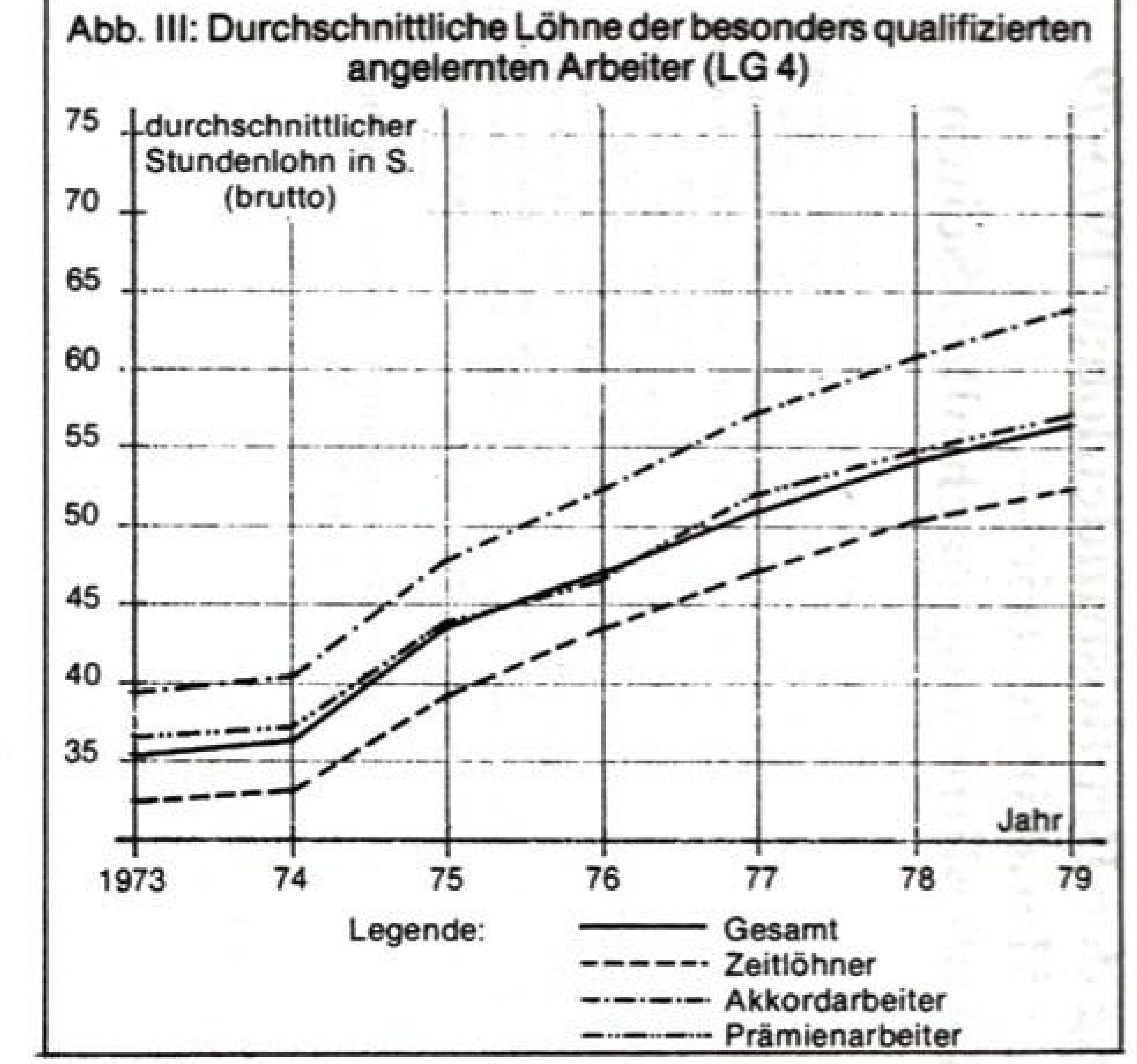


Abb. III: Durchschnittliche Löhne der besonders qualifizierten angelernten Arbeiter (LG 4)

Tabelle 3

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne besonders qualifizierter angelernter Arbeiter in der Industrie (Metall) von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	35,54	32,48	39,39	36,85
1974	36,49	33,51	4o,5o	37,32
1975	43,76	39,2o	48,15	43,95
1976	47,25	43,59	52,63	47,12
1977	51,32	47,3o	57,67	52,29
1978	54,48	5o,5o	61,1o	54,7o
1979	56,94	52,73	63,97	57,34

Abb. IV: Durchschnittliche Löhne der qualifizierten angelernten Arbeiter (LG 5)

durchschnittlicher Stundenlohn in S. (brutto)

Legende: Gesamt, Zeitlöhner, Akkordarbeiter, Prämienarbeiter

Tabelle 4

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne qualifizierter angelernter Arbeiter in der Industrie (Metall) von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	33,35	29,93	37,82	34,14
1974	34,55	31,13	38,6o	35,o5
1975	41,o6	36,59	45,95	4o,66
1976	44,1o	4o,3o	49,23	43,6o
1977	48,43	44,o7	54,61	48,47
1978	51,66	47,o7	58,o7	51,7o
1979	54,12	49,38	61,38	54,o7

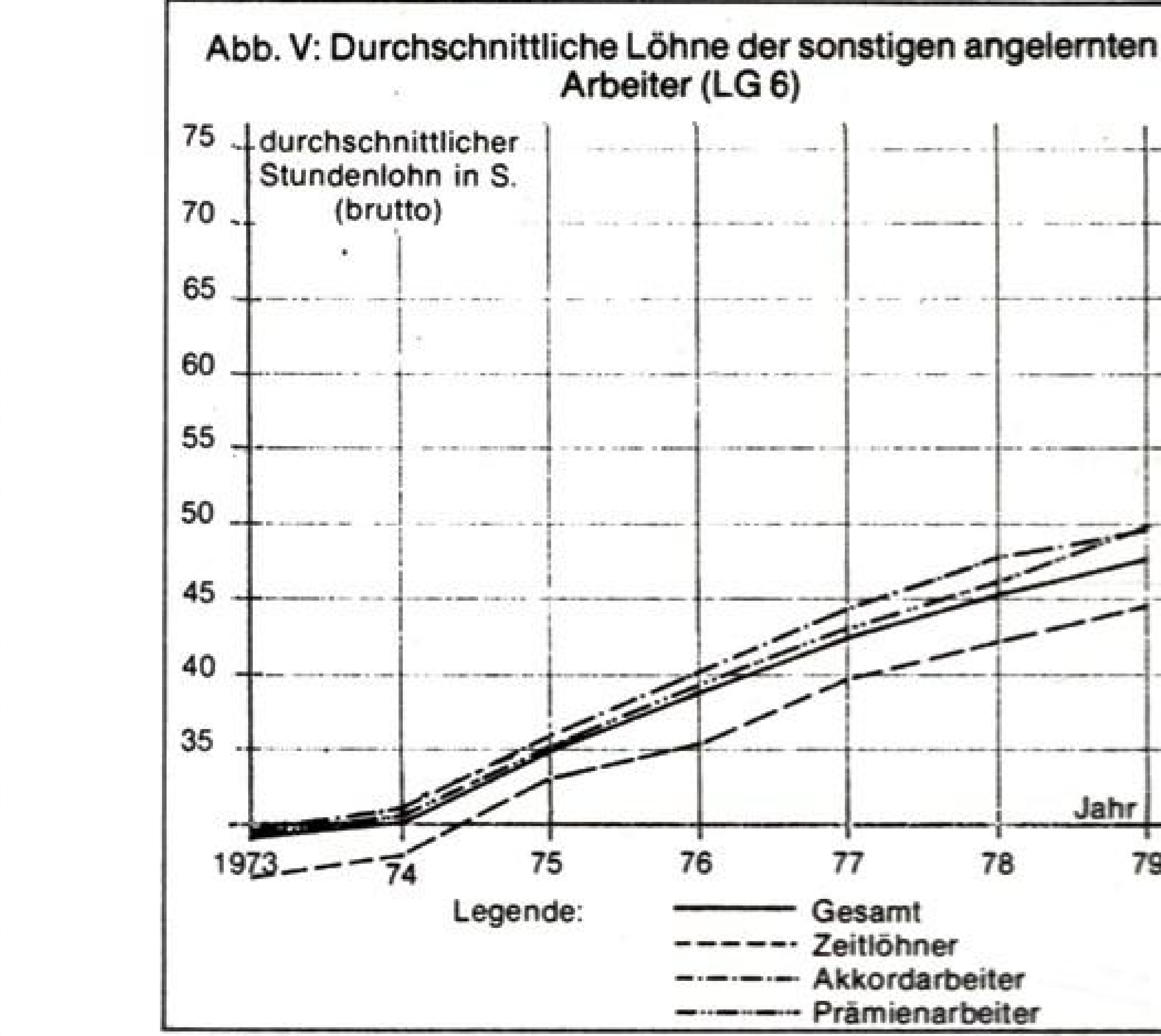


Abb. V: Durchschnittliche Löhne der sonstigen angelernten Arbeiter (LG 6)

Tabelle 5

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne sonstiger angelernter Arbeiter in der Industrie (Metall) von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	28,51	26,6o	29,64	29,76
1974	29,8o	27,82	31,o7	3o,44
1975	35,o7	33,o5	36,74	35,42
1976	38,42	36,16	4o,26	31,18
1977	42,45	39,55	44,47	43,31
1978	45,27	42,o3	47,56	46,14
1979	47,73	44,4o	49,76	49,94

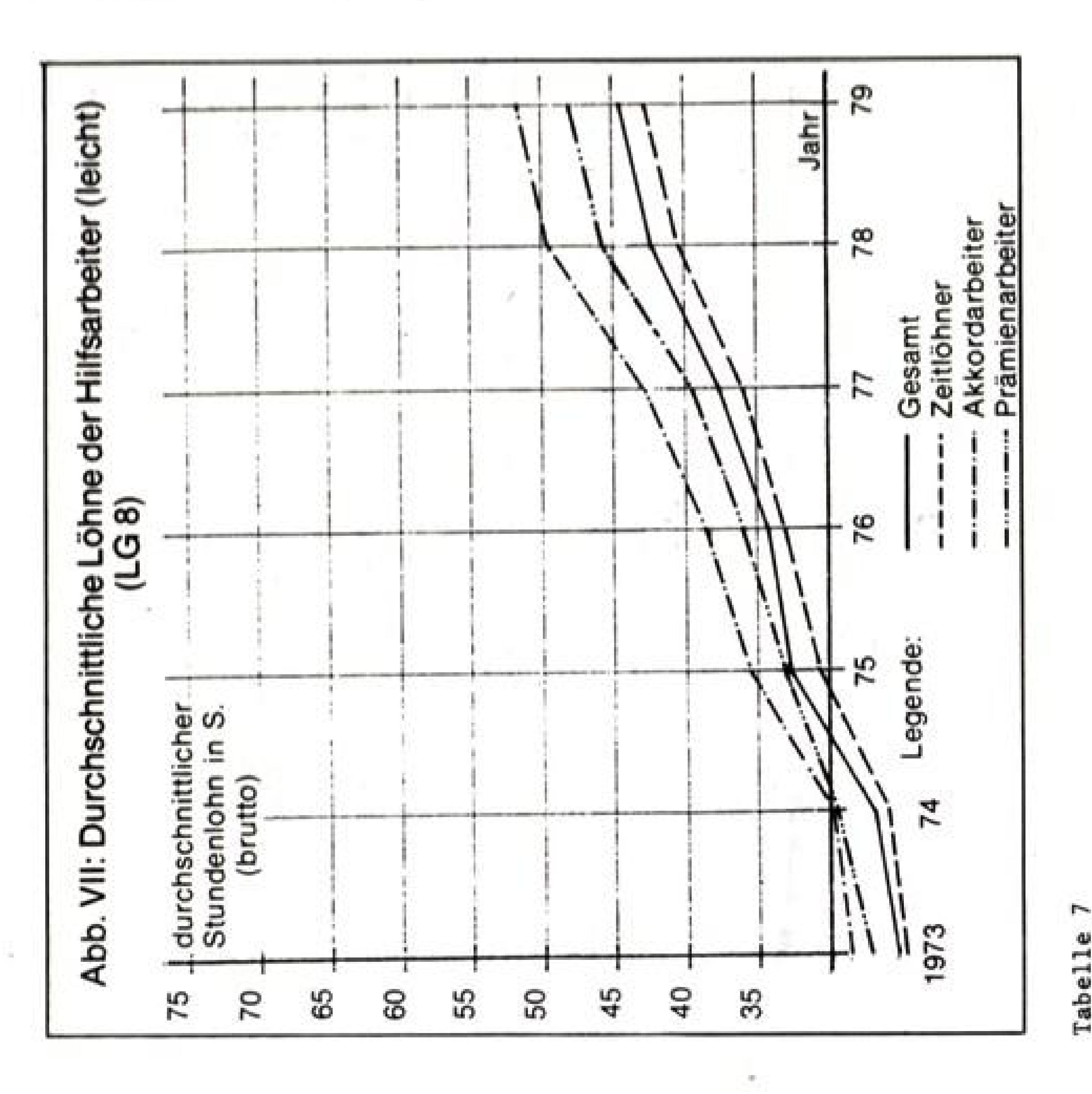


Tabelle 7

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Hilfsarbeiter (leicht) in der Industrie (Metall) von 1973 bis Oktober 1979 in S

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	25,37	24,73	28,38	27,23
1974	26,47	25,46	29,79	29,76
1975	33,04	30,38	35,46	33,30
1976	34,12	32,93	38,46	36,26
1977	37,45	36,04	42,31	39,43
1978	42,27	40,27	49,28	45,79
1979	44,39	42,75	51,65	48,07

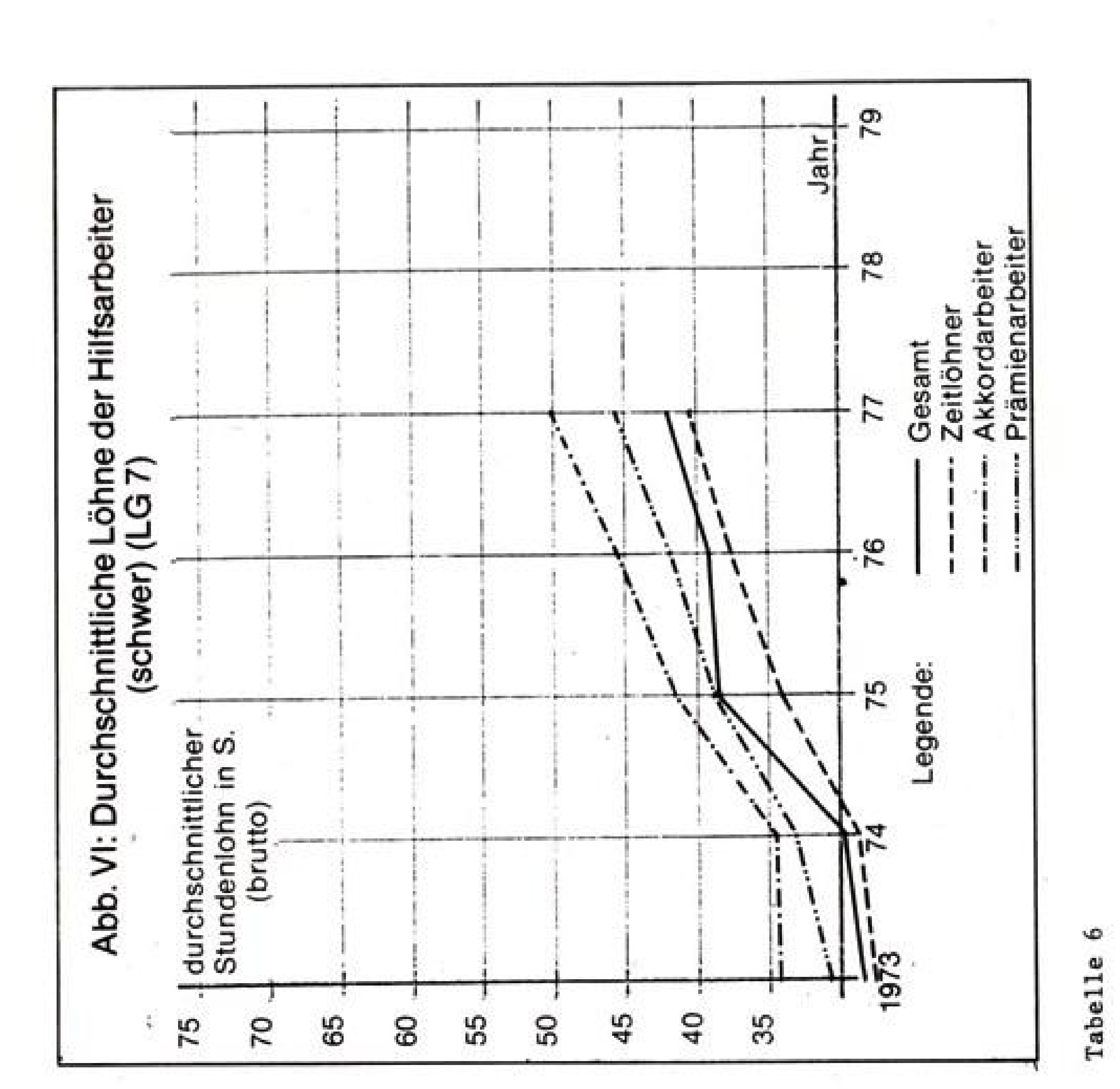


Tabelle 6

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Hilfsarbeiter (schwer) in der Industrie (Metall) von 1973 bis Oktober 1979 in S

Jahr	Gesamt	Lohnarbeit	Akkord	Prämie
1973	28,60	27,60	34,33	31,26
1974	29,81	28,68	34,42	33,36
1975	38,37	34,00	42,24	38,87
1976	39,21	37,60	45,65	42,43
1977	42,15	40,48	50,14	45,60
1978	---	---	---	---
1979	---	---	---	---

arbeiterzulagen und Akkordablösen. Nicht enthalten sind die Überstunden- und Nachtschichtentgelte, sowie verschiedene Beihilfen, wie z.B. die Familienbeihilfe. Die Lohnerhebung ist sowohl gegliedert in die Lohngruppen (wobei die Lohngruppen 1—3 zusammengefaßt werden) als auch in die Lohnformen (Akkord, Prämie, Regie).

Für das, was wir hier brauchen, also relativ tauglich und noch eines vom Besten, was es auf diesem Gebiet derzeit gibt.

Natürlich hat die Statistik ihre Schwächen, so z.B. die Zusammenfassung der drei Facharbeiterlohngruppen oder die Nichtberücksichtigung der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter, Teilzeitarbeiter und Heimarbeiter. Sie ist trotzdem jedem Betriebsrat als Arbeitsbehelf zu empfehlen. In den meisten Fällen bezieht die Direktion diese Lohnerhebung; dann soll man sie dort anfordern. Ansonsten kann man sie in jeder Arbeiterkammer einsehen.

Um die ganze Sache übersichtlicher zu machen, haben wir die Lohnerhebung in verschiedene Grafiken und Tabellen gefaßt, und zwar so, daß auf der waagrechten Linie die Jahre aufgetragen wurden und senkrecht die Stundenlöhne. Durch die Jahreseinteilungen tauchen zwar gewisse Abweichungen auf, die aber des leichteren Verständnisses wegen durchaus in Kauf genommen werden können.

In jeder abgebildeten Grafik gibt es vier Linien. Die durchgezogene Linie zeigt den Gesamtdurchschnittslohn in den erfaßten Lohngruppen, die strichlierte Linie den Durchschnittslohn der Zeitlöhner, die strichpunktierte Linie den Durchschnittslohn der Akkordarbeiter und die durch zwei Punkte unterbrochene Linie den Durchschnittslohn der Prämienarbeiter.

Grafik I — Gesamt-Durchschnittslöhne aller Lohngruppen
Grafik II — Facharbeiter (Lohngruppe 1 — 3 zusammengefaßt)
Grafik III — Besonders qualifizierte angelernte Arbeiter (Lohngruppe 4)
Grafik IV — qualifizierte angelernte Arbeiter (Lohngruppe 5)
Grafik V — Arbeiter mit Zweckausbildung - sonstige angelernte Arbeiter (Lohngruppe 6)
Grafik VI — Hilfsarbeiter - schwer (Lohngruppe 7)
(diese Gruppe wurde offiziell 1977 aufgelöst, was im wesentlichen dazu geführt hat, daß die ca. 8.000 Arbeiter, die 1974 noch darunter gefallen sind, heute teils in die Gruppe der „sonstigen angelernten Arbeiter", teils in die Gruppe „Hilfsarbeiter - leicht" umgestuft wurden.)
Grafik VII — Hilfsarbeiter - leicht (Lohngruppe 8)

Welche Schlüsse muß man aus den Schaubildern ziehen?

1. Systematische Aufspaltung zwischen den in den einzelnen Lohngruppen beschäftigten Arbeitern

Betrachtet man die Grafiken II bis VII, so erkennt man recht deutlich die zunehmende Schere zwischen den einzelnen Lohngruppen. Während z.B. der Durchschnittsstundenlohn des Facharbeiters von 1973 bis 1979 um S 24,20 gestiegen ist (Tabelle II), hat sich der eines normalen angelernten Arbeiters um S 20,70 erhöht (Tabelle IV) und der Stundenlohn eines Hilfsarbeiters nur um S 19,02 (Tabelle VII). Der absolute Stundenlohn ist also, je nach der Ausgangsbasis 1973, umso weniger gestiegen, je niedriger er schon war.

Das macht die Herstellung der notwendigen Einheit im Lohnkampf umso schwieriger. Was für den Facharbeiter eine ausreichende Forderung ist, um seine Reproduktionserfordernisse zumindest einigermaßen decken zu können, kann für den Hilfsarbeiter völlig ungenügend sein.

2. Verstärkung der Aufspaltung in den Lohngruppen zwischen Zeit-, Akkord- und Prämienlöhnern

Diese Tendenz ist praktisch in allen Lohngruppen gegeben und gilt auch in Bezug auf die Gesamtentwicklung (Tabelle I). Vor allem das Zurückbleiben der Zeitlöhne gibt es überall. Es wird also nicht nur zwischen den Lohngruppen, sondern auch innerhalb der einzelnen Lohngruppen nach den verschiedenen Lohnformen kräftig gespalten und auseinanderdividiert. Das für die Einheit der Arbeiterklasse wie jeder Belegschaft schädlichste System, das Akkordsystem, wird auch am besten bezahlt. Kein Wunder, birgt es doch bereits in sich die Spaltung und die gegenseitige Antreiberei der Arbeiter zum Zweck der individuellen Abwehr des Lohnabbaus über Erhöhung der Leistung.

Diese Art der Spaltung aufzuheben, wird für die Arbeiterbewegung nicht leicht sein. Dem Schein nach ist gerade das für die Arbeiterklasse schlechteste System, das Akkordsystem, das „gerechteste" von allen, und diesen Schein zu wahren und zu festigen, bemühen sich ganze Legionen von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die durch die Bank diesem System bereits durch Karriere selbst entronnen sind. Trotzdem zeigt gerade die Aufspaltung der Löhne in allen Lohngruppen und die dadurch hervorgerufene Abspaltung der Akkordlöhner von den Zeitlöhnern ihre Schädlichkeit. Die Arbeiterbewegung wird auf Dauer auch dieses Problem beseitigen müssen, und zwar in Richtung Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Systeme. Auch wenn *diese* Spaltung heute aktuell nicht unbedingt den Lohnkampf *verhindert*, *behindert* wird er dadurch auf jeden Fall.

3. Abspaltung der Facharbeiter von allen anderen Arbeitern

Der Vergleich zwischen Tabelle I und II zeigt, daß die Lohngruppen 1 — 3, also die Facharbeiter, systematisch abgespalten werden sollen von allen anderen Lohngruppen, d.h. vom Großteil der Arbeiter in der Metallindustrie. Diese Entwicklung hat eine besondere Bedeutung für das Kapital insgesamt: Die Facharbeiter bilden praktisch den Kernteil der Produktion, ohne sie geht es überhaupt nicht. Sie sind auch der Teil, der traditionell am kampfstärksten und damit am gefährlichsten ist. Es geht also darum, sie erstens von den anderen Arbeitern abzuspalten und zweitens aus einem Teil von ihnen den Kader herauszurekrutieren, der als Arbeiteraristokratie zum direkten Erfüllungsgehilfen der Kapitalsinteressen degeneriert.

Dabei kommt als besondere Perfidie noch die Spaltung der Facharbeiter selbst in drei Lohngruppen dazu, in „Spitzenfacharbeiter" (meist Vorarbeiter, Partieführer, u.ä.), in „qualifizierte Facharbeiter" und „Facharbeiter". Im Jahr 1976 verdiente z.B. ein Spitzenfacharbeiter im Durchschnitt 57,-S, ein qualifizierter Facharbeiter 51,38 S und ein Facharbeiter 46,11 S.

Um erläutern zu können, welches Ausmaß die Spaltung und die Aufsplitterung bereits angenommen hat und wie sie sich gegen die Herstellung der Einheit der Arbeiter auch nur eines Betriebes im Lohnkampf richtet, müssen wir uns die Mühe machen, die ganze Sache an einem Beispiel rechnerisch durchzuarbeiten.

Nehmen wir einen Betrieb mit 500 Arbeitern an, der seiner Lohnstruktur und seiner Lohnhöhe nach identisch ist mit der Lohnstruktur und der Lohnhöhe der gesamten Branche, wie sie aus der angeführten Lohnerhebung hervorgeht.
Siehe Tabelle A, Seite 18.

In Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Firmenleitung über eine aus verschiedenen Gründen notwendige Erhöhung der Löhne bietet die Firmenleitung letztlich folgenden „Kompromißvorschlag" an: Die Gesamtlohnsumme der Arbeiter, abgesehen von den „Unternehmerbeiträgen", steht derzeit auf 4,840.660 Schilling. Die Firmenleitung ist bereit, 10% dieser Gesamtlohnsumme, also 484.066,- Schilling monatlich für Lohnerhöhungen zur Verfügung zu stellen. Der Betriebsrat, dessen Vorstellungen sich, sagen wir, anfangs auf ca. 55o.000,- Schilling beliefen, stimmt diesem Kompromiß zu, lehnt aber die Bedingung der Firmenleitung ab, die 484.066,- prozentmäßig zu verteilen.

Er tut dies auch aus gutem Grund, wie folgende Tabelle zeigt:
Siehe Tabelle B, Seite 18.

Nicht nur, daß die unteren Lohngruppen, die ja die Lohnerhöhung noch nötiger haben als die oberen, wesentlich schlechter aussteigen, nicht nur, daß die bereits vorhandene Spaltung noch mehr verstärkt wird, wäre auch die zukünftige Basis für den Lohnkampf durch einen solchen Prozentabschluß weiter verschlechtert worden.

Als konsequenter Gewerkschafter und unter dem Druck v.a. der unteren Lohngruppen tendiert er zur Verteilung für alle gleich: (In den nun folgenden Varianten ergibt die Summe aller Lohnerhöhungen bei unterschiedlicher Verteilung stets wieder die Gesamtsumme 484.066,- Schilling):
Siehe Tabelle C, Seite 18.

Ihm scheint das gerecht, und mit diesem Argument will er auch die Belegschaft gewinnen, Druck auf die Firmenleitung auszuüben, damit sie zu einer solchen Verteilung gezwungen werden kann. Nur: 56% der Arbeiter

sehen zwar den Aspekt der Gerechtigkeit allgemein ein, was sie aber nicht einsehen ist, daß sie jetzt tatsächlich weniger herausbekommen als bei der Prozenterhöhung und daß sie dafür auch nur einen Finger rühren sollen. Und weitere 14%, die lediglich 28,- mehr monatlich dazu bekommen würden, sind auch nicht gerade begeistert von der Aussicht, dafür einen Kampf riskieren zu müssen. Die dem Betriebsrat und der Belegschaft im Prinzip also am besten erscheinende Form erweist sich plötzlich nicht viel weniger spalterisch als die rein prozentuelle Erhöhung. Zwangsläufig sucht er nach einem Kompromiß. Einerseits hält er es für notwendig, daß die unteren Lohngruppen möglichst hoch beteiligt werden an der Lohnerhöhung, andererseits kann und will er die große Gruppe der Facharbeiter, die immerhin über 40% der Belegschaft ausmachen, nicht vor den Kopf stoßen. Er kommt zu folgender Lösung: wenn jeder auf ein bißchen verzichtet, geht alles halbwegs glatt. Das sieht so aus: Erhöhung um 9,5%, aber mindestens um 950,-.

Siehe nebenstehende Tabelle D

Ein Kompromiß also, bei dem niemand viel verliert, die Facharbeiter und die besonders qualifizierten angelernten Arbeiter von der Sicht der Prozentforderung und alle sonstigen von der Sicht der Festgeldforderung aus. Das wird gehen, aber keine Zufriedenheit wecken. Objektiv ist in diesem Fall so vorgegangen worden, daß auf *Kosten der Arbeiter* die Einheit hergestellt werden mußte. Das ist zweifellos keine Grundlage, auf der die Belegschaft ihre Kampfstärke aufbauen kann.

Unzufrieden sind die Arbeiter und unzufrieden ist auch der Betriebsrat. Offensichtlich gibt es keine Möglichkeit, auf diesem Weg der Spaltung zu entrinnen.

Um es vorwegzunehmen: Es gebe eine Methode, und die ist nicht so schlecht. Nur wird es viel Kampf kosten, sie durchzusetzen. Bleiben wir bei dem Betrieb. Dem Betriebsrat, dem ja die Bilanzrechnung der Firma bekannt ist, fällt im Zuge der Verärgerung ein, daß, im Gegensatz zum Vorgehen der Betriebsleitung im Fall der Lohnverhandlungen, in der Bilanz die Gesamtlohnsumme für die Arbeiter und die Gesamtgehaltssumme für die Angestellten nicht getrennt ausgewiesen werden, sondern als gemeinsamer Posten. Diese Gesamt-Lohn- und Gehaltssumme macht in unserem Bespiel S 9,681.320,- aus, also genau das Doppelte der Lohnsumme, wieder gerechnet ohne den „Unternehmeranteil". Gleichzeitig beschäftigt die Firma 280 Angestellte.

Nach Kontaktaufnahme mit dem Angestelltenbetriebsrat ergibt sich folgende Gehaltssummenverteilung:(Um das ganze nicht übermäßig zu komplizieren, haben wir, wie man aus der Tabelle ersieht, bei den Angestellten einen sehr groben Raster angelegt.)

Siehe Tabelle E, Seite 19 oben.

Das heißt für die Gesamtlohn- und -gehaltssummenverteilung:

Auf 735 von 780 Beschäftigten oder 94% der Gesamtbelegschaft entfallen 7.413.160 Schilling der Lohn- und Gehaltssumme oder 76%. Auf den Rest von 45 Beschäftigten oder 6%

Tabelle A

Anzahl der Arbeiter	Lohngruppeneinteilung	% der Arbeiter-gesamtzahl	Monatslohn
2o5	Facharbeiter	41	11.o85,--
75	Bes qual ang Arbeiter	15	9.85o,--
7o	Qual ang Arbeiter	14	9.362,--
1o5	Sonst ang Arbeiter	21	8.257,--
45	Hilfsarbeiter	9	7.679,--

Tabelle B

Lohngruppeneinteilung	Lohn alt	Erhöhung 1o%	Lohn neu
Facharbeiter	11.o85,--	1.1o8,5o	12.193,5o
Bes qual ang Arbeiter	9.85o,--	985,--	1o.835,--
Qual ang Arbeiter	9.362,--	936,2o	1o.298,2o
Sonst ang Arbeiter	8.257,--	825,7o	9.o82,7o
Hilfsarbeiter	7.679,--	767,9o	8.446,9o

Tabelle C

Lohngruppeneinteilung	Lohn alt	Erhöhung 968,-	Lohn neu
Facharbeiter	11.o85,--	968,--	12.o53,--
Bes qual ang Arbeiter	9.85o,--	968,--	1o.818,--
Qual ang Arbeiter	9.362,--	968,--	1o.33o,--
Sonst ang Arbeiter	8.257,--	968,--	9.225,--
Hilfsarbeiter	7.679,--	968,--	8.647,--

Tabelle D

Lohngruppeneinteilung	Lohn alt	Erhöhung 9,5% mind 95o,--	Lohn neu
Facharbeiter	11.o85,--	1.o53,--	12.138,--
Bes qual ang Arbeiter	9.85o,--	95o,--	1o.8oo,--
Qual ang Arbeiter	9.362,--	95o,--	1o.312,--
Sonst ang Arbeiter	8.257,--	95o,--	9.2o7,--
Hilfsarbeiter	7.679,--	95o,--	8.629,--

Tabelle F

Anzahl der Arbeiter bzw Angestellten	Lohngruppeneinteilung	Verdienst alt	Erhöhung	Verdienst neu
2o5	Facharbeiter	11.o85,--	1.241,--	12.326,--
75	Bes qual ang Arbeiter	9.85o,--	1.241,--	11.o91,--
7o	Qual ang Arbeiter	9.362,--	1.241,--	1o.6o3,--
1o5	Sonst ang Arbeiter	8.257,--	1.241,--	9.498,--
45	Hilfsarbeiter	7.679,--	1.241,--	8.92o,--
45	Angestellte	7.5oo,--	1.241,--	8.741,--
85	Angestellte	9.ooo,--	1.241,--	1o.241,--
7o	Angestellte	11.ooo,--	1.241,--	12.241,--
35	Angestellte	2o.ooo,--	1.241,--	21.241,--
25	Angestellte	35.ooo,--	1.241,--	36.241,--
2o	Angestellte	7o.ooo,--	1.241,--	71.241,--

Tabelle E

Anzahl der Angestellten	Verdienst bis zu Schilling
45	7.5oo,--
85	9.ooo,--
7o	11.ooo,--
35	2o.ooo,--
25	35.ooo,--
2o	7o.ooo,--

entfallen jedoch 2.268.160,- Schilling oder 24%. Es sind dies, wie leicht zu erkennen ist, die direkten Handlanger der Firmenleitung, leitende Angestellte und dergleichen.

Unser Betriebsrat, immer noch gedrängt von der Arbeiterschaft nach einer solchen Lohnerhöhung, die jedem genug bringt und keinen zurückläßt, rechnet, gestärkt durch den Angestelltenbetriebsrat, die 10% des Firmenleitungsangebots auf die Arbeiterlohnsumme um auf eine 10% Forderung auf die Gesamtlohn-und Gesamtgehaltssumme und erhält eine Forderungssumme von 968.132,- Schilling. Diese Forderungssumme gleich verteilt auf die ganze Belegschaft, ergäbe nun einen Festgeldbetrag von 1.241,- für alle Arbeiter und Angestellten gleich. Damit wäre auf jeden Fall jede Spaltung in der Arbeiterschaft beseitigt und hinaufverlegt in Regionen, die den Zusammenschluß der Arbeiter und kleinen Angestellten ermöglicht (im dem Fall 75% der Belegschaft) und die höheren Angestellten sowie besonders die Büttel der Firmenleitung abspaltet. Folgende neue Lohn-und Gehaltssituation würde sich nun ergeben:

Siehe Tabelle F auf der nebenstehenden Seite 18.

Man sieht also: Der vorhanden objektiven Spaltung kann man nicht so leicht entgehen. Die Frage steht nur so, wie es zu lösen ist, daß nicht die, die wirklich arbeiten gespalten werden, sondern daß die Spaltungslinie dorthin verlegt werden kann, wo sie auch praktisch verläuft: in die Region der höheren Angestellten und der „Führungskäfte".

So lange, wie das heute in der Industrie die Regel ist, für die Arbeiter separat ausgehandelt wird, wird ihnen diese Möglichkeit weitgehend genommen. Bei einer feststehenden Erhöhungssumme geht jeder Versuch in Richtung linearer (fester, einheitlicher Schillingbetrag für alle, „Festgeld") Erhöhung immer auf Kosten der Facharbeiter aus und kann die Spaltung nicht über die Arbeiter hinausverlagert werden. Nur in Betrieben, wo schon jetzt für alle Arbeiter und Angestellten gemeinsam verhandelt wird, oder z.B. im Öffentlichen Dienst, wo es zu einem gemeinsamen Abschluß für die einfachen Arbeiter und Angestellten und die hohe Bürokratie kommt, ist es schon jetzt unmittelbar möglich, eine Lohnpolitik im Sinne der Verlagerung der Spaltungslinie in die „höheren Regionen" anzustreben. In allen anderen Bereichen gilt es, an der Durchsetzung gemeinsamer Lohn- und Gehaltsverhandlungen für Arbeiter und Angestellte zu arbeiten. Dem entspricht auf gewerkschaftlicher Ebene der Kampf um die Durchsetzung des Industriegruppenprinzips (also der gemeinsamen Organisierung der Arbeiter und Angestellten in einheitlichen Branchen-Fachgewerkschaften anstelle der heutigen separierten gewerkschaftlichen Organisierung in der Privatangestelltengewerkschaft.

(ZR-gsch)

III.: Entwicklung der Lohnspaltungen und Wirkungen der KV-Politik

Die Frage, die wir in diesem Abschnitt erst anschneiden, aber noch nicht erschöpfend behandeln können, ist die nach der Wirkung der kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen einerseits, der verschiedenen betrieblichen/-individuellen Lohnbewegungen andererseits auf die Aufspaltung der verschiedenen Arbeiter-bzw. Lohngruppen. Bekanntlich setzt sich die Effektivlohnentwicklung infolge der weitgehenden Aushöhlung des Kollektivvertragswesens in Österreich in den meisten Branchen nicht nur aus den Veränderungen zusammen, die sich durch die KV-Abschlüsse ergeben, sondern schließt zusätzlich alle Formen betrieblicher und individueller Lohnerhöhungen in einem insgesamt beträchtlichen Ausmaß mit ein. Aufgrund vorläufiger Berechnungen nehmen wir an, daß im Zeitraum 1974 bis 1979 **mehr als ein Viertel** der feststellbaren Effektivlohnerhöhungen in den Metallbranchen auf solche außerkollektivvertraglichen Lohnerhöhungen zurückgehen. (Hierin sind auch „Lohnerhöhungen" im Gefolge der Ausdehnung der Schichtarbeit und anderer zulagenpflichtiger Arbeitsbedingungen, Akkordsteigerungen etc. miteingeschlossen.)

Nun zuerst zur Wirkung der KV-Erhöhungen: Wenn z.B. die Lohngruppe 6 einen Lohn in der Höhe von 73 Prozent des Durchschnittslohns der Facharbeiter erhält und dann alle Lohngruppen eine kollektivvertragliche Lohnerhöhung um 10% erhalten, dann liegt der Lohn der Lohngruppe 6 im Ergebnis wieder bei 73 Prozent des neuen Durchschnittslohns der Facharbeiter. Die Erhöhung aller Lohngruppen um einen einheitlichen Prozentsatz ändert also nichts am Größenverhältnis der Löhne der verschiedenen Lohngruppen untereinander, ebnet die Lohnunterschiede zwischen den Lohngruppen also weder ein, noch verstärkt sie sie. Nur der **absolute** Abstand zwischen den Lohngruppen in Schilling dehnt sich damit aus, nicht jedoch der **relative**.

Diese Wirkung ist in der Praxis allerdings keineswegs so neutral, wie das hier erscheinen mag. Zwar tritt bei einheitlicher Prozenterhöhung keine Verschiebung in den Relationen der Löhne der verschiedenen Lohngruppen untereinander ein. Doch kann das gleichzeitig damit verbunden sein, daß die prozentmäßig gleiche Erhöhung der Löhne für die unteren Lohngruppen einen Schillingbetrag ergibt, der bereits unter der Steigerung der Lebenshaltungskosten liegt, während der gleiche Prozentsatz für die oberen Lohngruppen die Steigerung noch ausgleicht. Von dieser Frage wollen wir hier aber im weiteren einmal absehen.

Betrachtet man nur die Wirkung der KV-Erhöhungen auf die Lohnstruktur, also auf das Verhältnis der Löhne der verschiedenen Lohngruppen untereinander, muß festgestellt werden, daß eine KV-Politik auf Grundlage einheitlicher Prozenterhöhungen diese Lohnstruktur unverändert läßt, die relativen Lohnunterschiede also weder vermindert noch verstärkt. Jede Veränderung der effektiven Lohnstruktur kann dann also nur noch von den betrieblichen/individuellen Lohnbewegungen ausgehen.

Wie hat diese Entwicklung nun in den Jahren 1973-1979 ausgesehen? Wir müssen hier den zweimaligen Abschluß von Mindestbeträgen vernachlässigen, der ein leichtes Nachziehen der unteren Lohngruppen bewirkt und insofern eine gewisse vereinheitlichende Wirkung auf die Lohnstruktur gehabt hat. Sieht man davon ab, müssen alle anderen Veränderungen der Lohnstruktur auf die betrieblichen/individuellen Lohnbewegungen zurückgeführt werden.

Die Analyse der Effektivlohnentwicklung zwischen 1973 und 1979 zeigt, daß die Unterschiede zwischen den verschiedenen Lohngruppen, wie sie durch die von uns verwendeten Lohnstatistiken erfaßt werden, zwischen diesen beiden Jahren eingeebnet wurden.

Allerdings handelt es sich dabei um keine Nivellierung als Ergebnis bewußt in dieser Richtung arbeitender Gewerkschaftspolitik. Das geht aus folgenden Tatsachen hervor: **Erstens** waren die KV-Erhöhungen in diesem Zeitraum praktisch neutral in Hinblick auf die Lohnunterschiede, da es sich fast ausschließlich um einheitliche Prozenterhöhungen handelte, die auf die relativen Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Lohngruppen keine Auswirkung haben. Soweit also Änderungen im Lohngefüge eingetreten sind, gehen sie nicht auf die gewerkschaftliche KV-Politik zurück, sondern fast ausschließlich auf die betriebliche/individuelle Lohnbewegung.

Zweitens handelt es sich bei der festgestellten Nivellierung zwischen 1973 und 1979 keineswegs um eine einheitliche Tendenz. Zwischen diesen beiden Jahren hat es in dieser Beziehung ständig Schwankungen gegeben

und zwar Schwankungen entsprechend der Konjunktur. Diesen Schwankungen der Konjunktur ist die Entwicklung der Lohnstruktur völlig ausgeliefert, wenn - wie dies der Fall ist - die KV-Politik auf der Linie der strukturneutralen einheitlichen Prozenterhöhungen liegt. Ob die Lohnunterschiede eingeebnet oder verstärkt werden, hängt dann eben nicht mehr von den gewerkschaftlichen KV-Abschlüssen ab, die darauf keinen Einfluß nehmen, sondern vom Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und der damit verbundenen Konkurrenzbedingungen der verschiedenen Arbeitergruppen. Die Analyse zeigt, daß in Jahren guter Konjunktur für die Kapitalisten die Lohnunterschiede zwischen den Lohngruppen anwachsen, in Jahren schlechter Konjunktur sich einebnen. Das erklärt auch den Unterschied in der Lohnstruktur zwischen 1973 und 1979. Gleichzeitig weist dieser Umstand darauf hin, daß jede Nivellierung der Lohnunterschiede unter solchen Umständen eine Nivellierung **nach unten** im Gefolge von **Lohnabbau** ist und nicht eine Nivellierung nach **oben** im Sinne eines stärkeren Nachziehens der unteren Lohngruppen in einer allgemeinen Bewegung der Lohn**steigerung.**

Resümee: Die Entwicklung der Metallarbeiter-Lohnstruktur zeigt deutlich, daß die gewerkschaftliche KV-Politik keinerlei Maßnahmen gegen die Aufspaltung der verschiedenen Lohngruppen ergreift, sondern diese dem „freien Spiel" der Konkurrenzbedingungen am Arbeitsmarkt überläßt, das Einebnung der Lohnunterschiede nur als Begleiterscheinung von Lohnabbau kennt.

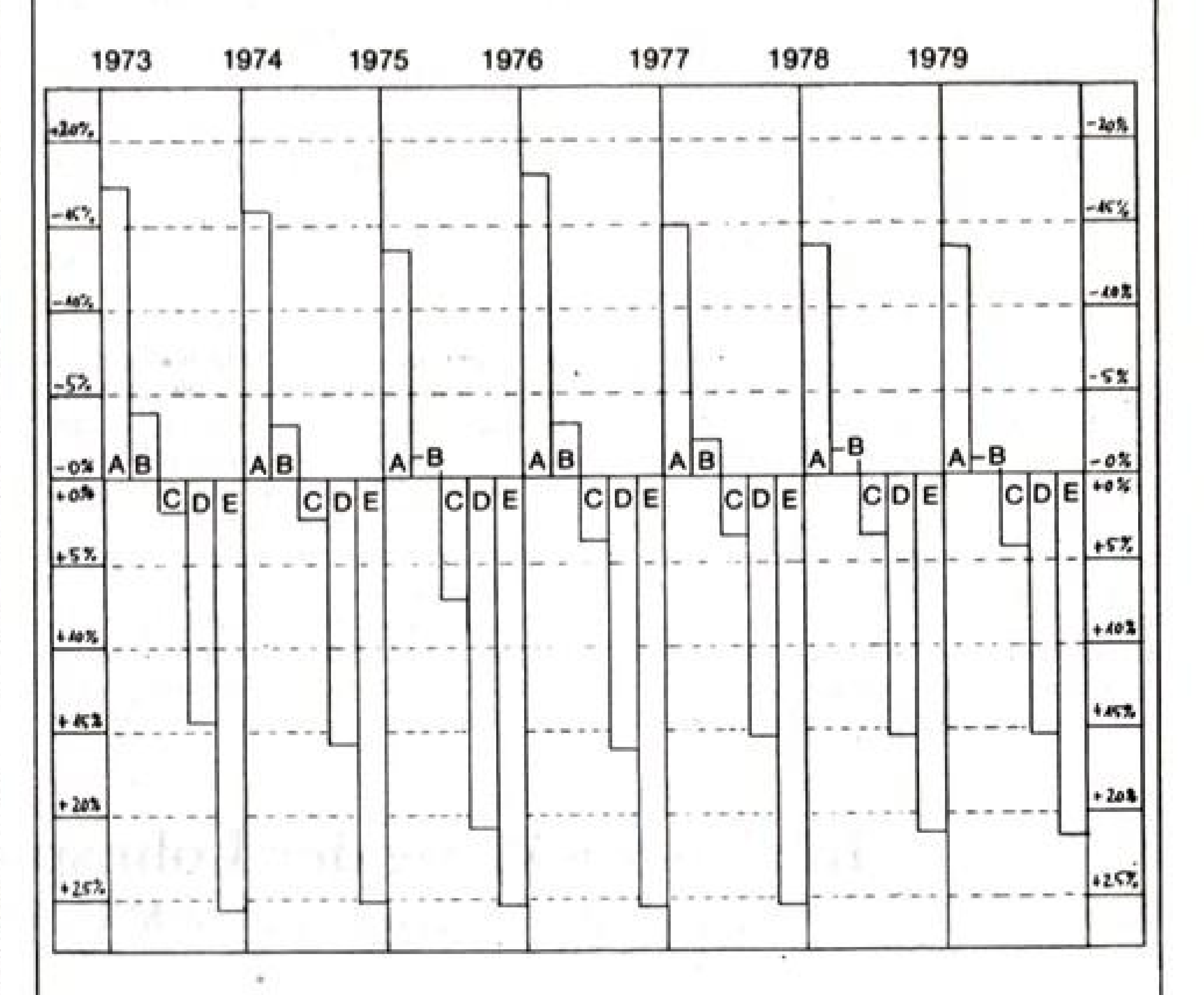
Wir wollen dies anhand eines Schaubildes verdeutlichen die Abb. VIII zeigt, wie sich die Lohnstruktur der Metallarbeiter in den Jahren 1973 bis 1979 in Hinblick auf die Aufspaltung entwickelt hat. Wir haben in dieser Grafik für jedes Jahr eingetragen, wieviel jede Lohngruppe bei einer einheitlichen Schillingerhöhung (um einen Schillingbetrag, der 10 Prozent des Durchschnittslohns aller Lohngruppen beträgt) gegenüber einer allgemeinen 10-prozentigen Lohnerhöhung prozentmäßig verlieren oder gewinnen würde.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung: 1973 betrug der Durchschnittslohn aller Lohngruppen 33,96 Schilling. Für unsere Annahme ergibt sich also eine einheitliche Schillingerhöhung um 3,40 Schilling. Der Lohn in den Lohngruppen 1-3 lag 1973 durchschnittlich bei 39,88 Schilling. Eine 10-prozentige Erhöhung hätte diesen Lohngruppen demnach einen Schillingbetrag gebracht, der um 17,3 Prozent über einer einheitlichen Erhöhung aller Lohngruppen um die 3,40 gelegen wäre. Sie hätten also bei einheitlicher Erhöhung um diesen festen Schillingbetrag um 17,3 Prozent weniger erhalten als bei einer „einheitlichen" Anhebung um 10 Prozent. Die Lohngruppe 7 dagegen hätte dabei um 25,4 Prozent mehr erhalten. Daß eine solche Spaltungslinie quer durch die Arbeiterschaft verläuft, solange es nicht gelingt, sie dorthin zu verlegen, wo sie hingehört, haben wir im letzten Abschnitt behandelt. So wie in unserer Grafik verläuft sie natürlich nur unter den angegebenen Voraussetzungen (einheitlicher Schillingbetrag in der Höhe von 10 Prozent des Durchschnittslohns bzw. 10 Prozent „einheitliche" Erhöhung). Daß es sich hier nur um eine willkürliche Annahme handelt, tut hier nichts zur Sache. Die Grafik soll nur zeigen, wie sich unter gleichbleibenden Annahmen die Aufspaltung in den Jahren 1973 bis 1979 entwickelt hat. Deutlich ist zu sehen, daß sich in Jahren schlechter Konjunktur die Aufspaltung im Gefolge von Lohnabbau einebnet, in Jahren besserer Konjunktur verstärkt.

Es muß hier allerdings darauf hingewiesen werden, daß sich die Frage der Verstärkung oder Abschwächung der Spaltung auf dieser Ebene allein nicht vollständig beantworten läßt, weil hier die **Qualität** der Aufspaltung außer Acht gelassen wird. Es ist naturgemäß ein entscheidender Unterschied, ob es sich beim Vorteil, den die oberen Lohngruppen aus einer Prozenterhöhung ziehen, noch um eine Steigerung ihres Lohns handelt (womöglich sogar über den Wert ihrer Arbeitskraft) oder bereits darum, ihren Lohn zu erhalten. Im letzteren Fall, also in einer Phase allgemeinen Lohnabbaus, mag die Nivellierung der Lohngruppen zwar relativ weit fortgeschritten sein, dennoch wird sich die Spaltung **qualitativ** ungeheuer verstärkt haben, da die oberen Lohngruppen eine Verteidigung von einheitlichen Prozenterhöhungen bereits als Existenzfrage für sich selbst stellen. Ein genaueres Eingehen auf diese Frage setzt nun aber eine Analyse der Lohnentwicklung in Hinblick auf die Frage voraus, wie weit die verschiedenen Lohngruppen mit ihrem Lohn über oder unter dem Wert der Arbeitskraft liegen, und muß daher hier noch außer Betracht gelassen werden. *(ZR-gst)*



Abb. VIII: Entwicklung der Lohnspaltung in der Metallindustrie
(Erläuterung im Text)



A: Lohngruppe 1 - 3 (Facharbeiter)
B: Lohngruppe 4 (Besonders qualifizierte angelernte Arbeiter)
C: Lohngruppe 5 (Qualifizierte angelernte Arbeiter)
D: Lohngruppe 6 (Sonstige angelernte Arbeiter)
E: Lohngruppe 8 (Hilfsarbeiter leicht)
Lohngruppe 7 (Hilfsarbeiter schwer) wurde 1977 aufgelassen

Bürgerliche Arbeitswissenschaft und Produktion

Die drei Gewerkschaftsbünde DGB, ÖGB, SGB lassen eine Broschüre „menschengerechte Arbeitsgestaltung" folgendermaßen beginnen: „*Seit Jahrtausenden gestaltet der Mensch seine Umwelt zur Sicherung seiner Existenz. Technische Entwicklung, Arbeitsteilung, Rationalisierung und Automation haben die menschliche Arbeit grundlegend verändert; sie wurde in erster Linie nach wirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Prinzipien gestaltet. Die Gesundheit des Menschen, sein Wohlbefinden und seine Zufriedenheit mit und bei der Arbeit haben darunter sehr stark gelitten. Darum fordern die Gewerkschaften die menschengerechte Gestaltung der Arbeit.*" Der Mensch in den Jahrtausenden war jedoch immer ein anderer. Es genügt nicht einmal zu sagen: der Mensch im Altertum, im Mittelalter oder in der Neuzeit. Denn für den Sklaven im Altertum sah seine „Umwelt zur Sicherung seiner Existenz" garantiert ganz anders aus als für den Sklavenhalter. Genauso sieht diese Umwelt ganz anders aus für den modernen Arbeiter als für den modernen Kapitalisten. Immer schon waren es die Inhaber der wirtschaftlichen Macht, die die Arbeit gestalteten und zwar nach ihren „wirtschaftlichen Prinzipien". Dem haben sie auch sämtliche anderen Prinzipien untergeordnet. Sonst wäre das Ganze ja nicht erklärbar: Wenn „der Mensch" seine Arbeit gestaltet, warum tut er es dann nicht „menschengerecht"? Natürlich war es auch in allen Gesellschaften immer so, daß die arbeitenden Klassen mehr oder weniger darauf Einfluß genommen haben, unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Das waren immer mehr oder weniger harte Kämpfe gegen die Besitzer der wirtschaftlichen Macht. Spätestens seit es die moderne Arbeiterbewegung gibt, gibt es auch die Einsicht: Es handelt sich hier um einen tagtäglichen Kleinkrieg, der unbedingt notwendig ist, damit die Arbeiter Existenz, Gesundheit und Kampfkraft erhalten können. Dieser Kampf ist aber beschränkt, beginnt immer wieder von Neuem, ist im Wesentlichen ein Kampf gegen Auswirkungen eines Wirtschaftssystems. Ein Kampf gegen Wirkungen, aber nicht gegen die Ursachen dieser Wirkungen.

Selbst in diesem Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft auf die Arbeiter braucht man Klarheit — und keine frommen Wünsche. „*Gesundheit und menschliches Wohlbefinden müssen Vorrang vor ökonomischen und technischen Zielen haben*". Gesundheit und menschliches Wohlbefinden — wer will das nicht? Aber wer bloß solche schönen Sprüche klopft, vernebelt die Wirklichkeit. Wie soll in einem Wirtschaftssystem, dessen oberstes Ziel die Erwirtschaftung von Profit ist, plötzlich „*menschliches Wohlbefinden und Zufriedenheit der Arbeiter mit und bei der Arbeit*" Vorrang bekommen können?.

Kein Wunder — wer eine solche Sicht der Dinge hat, muß auch falsche Hoffnungen auf die Wissenschaft setzen. Der Zentralsekretär der GPA, Helmut Braun, setzt auf ein Bündnis zwischen Wissenschaft und Gewerkschaft, „*um zu gewährleisten, daß Technik und Wissenschaft in voller Entfaltung den wichtigsten Anliegen der Menschen, ihrer Versorgung, ihrer Sicherheit, ihrem Wohlbefinden und nicht zuletzt ihrer Persönlichkeitsentwicklung dienstbar gemacht werden.*" *(Der Privatangestellte, 12/79)*

Wir werden im weiteren zeigen, was „die Wissenschaft" alles geleistet hat, um ebenso zur Schaffung von Maximalprofit beizutragen und wie wenig sie sich um das Wohlbefinden der Arbeiter kümmert. Denn auch die „Wissenschaft" ist nicht einfach Wissenschaft, sondern Wissenschaft in der Hand der Kapitalisten. Teilweise gibt das Braun selbst zu:

„*Was Menschengeist entwickelt hat, was dem Menschen nützen und ihn befreien sollte, wird benützt, um ihn noch mehr einzuengen und fremden Zwängen zu unterwerfen. Kann man es da den Menschen verargen, wenn sie dieser Technik mit Mißtrauen und Ablehnung begegnen? Wissenschaft und Technik werden dabei für Konsequenzen verantwortlich gemacht, deren eigentliche Ursachen im Versagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems liegen.*" Doch auch Wissenschaft und Technik sind nicht rein, das „Wirtschafts-und Gesellschaftssystem" drückt ihnen seinen Stempel auf.

Wir haben es hier mit einem Widerspruch zu tun, der die Beurteilung der Rationalisierung schwierig macht. Betrachtet man die Mechanisierung, jede einzelne Maschine für sich genommen, so sieht man natürlich, daß sie die menschliche Arbeit erleichtert (im Sinne der Einsparung von Muskelkraft). Genauso die ganzen „ergonomischen" Maßnahmen, die in der genannten Gewerkschaftsbroschüre angeführt sind: eine ordentliche Beleuchtung, ein richtig gestalteter Stuhl, günstige klimatische Verhältnisse, etc. — all das trägt für sich genommen sicher zur Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter, zur Vermeidung von körperlichen Schäden bei. Insofern ist es richtig und notwendig, sich damit zu beschäftigen, auch in der betrieblichen Wirklichkeit solche Maßnahmen durchzusetzen. Doch die Möglichkeiten, die sich durch die Mechanisierung, durch die ergonomischen Maßnahmen etc. ergeben könnten, und die praktische Anwendung sind zwei verschiedene Sachen. Kein Kapitalist wird eine neue Maschine einführen, nur damit sich seine Arbeiter leichter tun. Jeder Kapitalist wird als „Gegenleistung" verlangen: „Die Arbeit ist leichter geworden, dafür arbeitet jetzt mehr!" Darum ist es falsch, nur die eine Seite (die „Erleichterung") zu sehen, und von daher anzunehmen, es gäbe eine „Humanisierung". Was die Arbeiter auf der einen Seite vielleicht gewinnen könnten, verlieren sie auf der anderen Seite. (Mehr oder weniger natürlich, weil auch das den konkreten Kräfteverhältnissen zwischen Arbeitern und Kapitalisten unterworfen ist.) Die Arbeitswissenschaft muß diesen Widerspruch selbst zugeben: „*Die wechselseitig erforderliche Anpassung von Mensch und Arbeit hat den Menschen in seinen individuellen und sozialen Bindungen wie auch als Teil des Arbeitssystems zu sehen, Maßnahmen der Arbeitsgestaltung richten sich deswegen vor allem auf die Verwirklichung der Ziele des individuellen Gesundheitsschutzes, der sozialen Angemessenheit der Arbeit und der technisch-wirtschaftlichen Rationalität. Diese Ziele laufen nur zum Teil in die gleiche Richtung. In vielen Fällen führen sie zu einem Interessenkonflikt, so daß der in der Arbeitswissenschaft angestrebte optimale Ausgleich nicht über die Maximierung eines der Ziele, sondern über das Optimieren des gesamten zu gestaltenden Systems unter Berücksichtigung aller drei Teilziele zu erreichen ist*". Diesen „optimalen Ausgleich" gibt es jedoch in der kapitalistischen Wirklichkeit nicht; es gibt nur die „Maximierung" des Ziels der sogenannten „technisch wirtschaftlichen Rationalität". Mit dieser ist gemeint: „*Funktional richtige Zuordnung im Mensch-Maschine-System (Nutzung von Leistungsfähigkeiten, Beachtung von Leistungsgrenzen); Steigerung der Leistungsfähigkeit von Mensch-Maschine-Systemen; wirtschaftlicher Einsatz von Menschen*". Der Mensch soll angeblich „Ausgangspunkt und Ziel" der Arbeitswissenschaft sein. Ausgangspunkt ist er, Ziel ist er nicht. Der Begriff „menschengerecht" erhält einen anderen Inhalt - so ungefähr wie „maschinengerecht", wenn man eine EDV-Anlage in einen klimatisierten Raum stellen muß, weil sie sonst kaputt geht. Es geht hier um nichts Humanistisches, nicht um das Wohlbefinden, sondern darum, daß der Mensch (der Arbeiter) ordentlich funktioniert, möglichst viel für den Kapitalisten leistet. Insofern ist die Arbeitswissenschaft eine inhumane Wissenschaft.

Wir wollen im folgenden die Ergebnisse der Arbeitswissenschaft untersuchen. Wir beginnen damit bei F.W. Taylor und gehen bis zur „modernen" Arbeitswissenschaft. Man wird dabei sehen, daß es hier eine durchgehende Linie gibt: den Arbeiter dazu zu bringen, mehr Arbeit flüssig zu machen. Obwohl das natürlich von den verschiedenen Lohn („Anreiz")- systemen nicht zu trennen ist, soll es hauptsächlich um Maßnahmen in der Arbeitsorganisation bzw. technische Maßnahmen gehen. Wir werden dabei Maßnahmen im Bereich der industriellen Fertigung behandeln. Man wird dabei sehen, was es mit dem Anpruch „die Arbeit an den Men-

schen anpassen auf sich hat.

Taylor — Der Beginn der Arbeitswissenschaft

Der Name Taylor ist vielen geläufig. Mit ihm verbindet sich Stoppuhr und Antreiberei, Fließband und geisttötende, monotone Arbeit, Akkordsystem und Lohnsenkung — kurz unmenschliche Ausbeutung. Taylor entwickelte und erprobte seine Vorstellungen Anfang dieses Jahrhunderts. Naturgemäß stieß er von Anfang an auf Widerstand bei Arbeitern und Gewerkschaften. Eine Broschüre der Wiener Arbeiterkammer aus dem Jahre 1928 über Rationalisierung beschreibt dies so: *„Allmählich wurden Klagen über unerträgliche Arbeitsintensivierung laut, und die amerikanische Gewerkschaftsorganisation sah sich veranlaßt, die Klagen ihrer Mitglieder gegen die arbeitsorganisatorische Rationalisierung zu sammeln und für eine großangelegte Agitation zu verwerten. Die Arbeiter waren überzeugt, daß die „wissenschaftliche Betriebsführung" Raubbau an der physischen und sittlichen Persönlichkeit des Arbeiters bedeutet und daß das Alter, bis zu dem der Arbeiter leistungsfähig bleibt, durch sie stark herabgesetzt wird. Sie hatten sich bisher für den gleichen Lohn weniger anstrengen müssen und konnten eine Neuerung, die von ihnen für den gleichen Lohn mehr Arbeit verlangte, naturgemäß nicht als Fortschritt ansehen."*

Die Ablehnung des Taylorismus gilt auch heute noch. Aber Taylor ist mehr zum Buhmann geworden. Alle Kritik an der Rationalisierung im Kapitalismus war — was Taylor betrifft — berechtigt; was die heutige Rationalisierung betrifft, soll das nicht mehr gelten. Denn: Der Taylorismus sei überwunden, heute diene die Rationalisierung erstens (noch immer) dem Fortschritt, und zweitens (auch) der Humanisierung der Arbeit.

Das Gegenteil ist wahr: Der Taylorismus wurde nicht verworfen, sondern weiterentwickelt, bereichert, verfeinert. Der Zweck der Rationalisierung, die Grundzüge in den Methoden sind geblieben. Viel Aufwand wurde jedoch gemacht, um diesen Zweck zu verschleiern. Taylor hat zwar auch seine eigene Philosophie entwickelt. Aber dort, wo er seine praktischen Vorschläge macht, nimmt er sich kein Blatt vor den Mund. Sagt offen: Mehr Arbeit in der gleichen Zeit; die Erfolge seiner Arbeit mißt er an den eingesparten Arbeitern.

Darum ist es sinnvoll, sich auch heute noch Taylors Arbeiten genau anzusehen. Man kann sie dann auch durch die moderne Arbeitswissenschaft verfolgen.

Taylors Rationalisierung

Taylor arbeitete anfangs selbst mit jenen Arbeitern zusammen, denen er später als Antreiber gegenüberstand. So wußte er Bescheid über die Ansichten der Arbeiter, was ein „gerechtes Tagewerk" sei. Er hielt sich damals auch selbst an diese Ansicht.

Dann wurde er Vorarbeiter. Jetzt geht er von der Meinung aus, daß die Arbeiter viel mehr arbeiten könnten, als sie es tatsächlich taten. Er mußte jedoch feststellen, daß alle seine Bemühungen, die Arbeiter zu einer Leistungssteigerung zu bringen, scheiterten. Das deswegen, weil sein Wissen darüber, wie der Arbeitsgang zu gestalten sei, um ihn in der kürzesten Zeit zu erledigen, weniger genau war als das Wissen der Arbeiter. Die Arbeiter taten sich aber gegen ihn zusammen. Taylor war fest davon überzeugt, daß die Arbeiter nicht einmal die Hälfte von dem arbeiteten, was sie sollten. Er erhielt dann die Erlaubnis, Experimente über die Metallbearbeitung anzustellen, um sich zumindest das Wissen, das seine Arbeiter hatten, anzueignen. (Das alles beschreibt Taylor selbst in seinem Hauptwerk: The Art of Cutting Metalls — Die Kunst des Metallschneidens — 1906).

Er stieg zum Chefingenieur der Abteilung auf. Zuerst versuchte er durch striktes Vorgehen und kühl berechnete Disziplinierungsstrafen die Arbeiter zu vergrößerter Arbeitsleistung zu bringen. Das gab natürlich eine Menge Reibereien mit den Arbeitern. Darum forderte er dann: *„An Stelle der Strenge und Härte muß Gerechtigkeit, an Stelle der Faustregeln muß die Organisation treten; die aufeinanderprallenden Meinungen einzelner müssen durch das objektive Wissen verdrängt, an Stelle des Menschen muß das System gestellt werden". („Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung").* Man darf sich durch Worte wie „Gerechtigkeit" nicht täuschen lassen. Gerecht ist für Taylor, wenn das Aufeinanderprallen der widerstreitenden „Meinungen" — eben der Klasseninteressen — beseitigt wird durch die „objektive" Wissenschaft der Ausbeutung.

Taylors Untersuchungen erstreckten sich nun auf die einzelnen Arbeitsoperationen. Er zerlegte sie in möglichst viele Teiloperationen und stellte die dazu benötigte Zeit fest. Durch diese Berechnungen und einzelne Experimente suchte er für die verschiedenen Arbeitsoperationen den „einzig richtigen Weg". Dieser Weg ist der zeitsparendste. Festgelegt wird daraufhin also nicht bloß, was getan werden muß. Es wird auch festgelegt, wie es getan werden muß und wieviel Zeit für diesen Arbeitsgang gestattet ist. Aus dem Bestreben heraus, den einzig richtigen Weg zu finden, veränderte Taylor zahlreiche Maschinenteile, den Werkfluß und die Lagerhaltung.

Taylor nutzte so eine allseits bekannte Tatsache: Die Spezialisierung und Einübung auf einfache, immer wiederkehrende Teiloperationen bringt eine Beschleunigung mit sich. Die konsequente Folge aus dieser Tatsache ist, diese einzelnen Teiloperationen in ihrer zeitlichen Abfolge räumlich hintereinander anzuordnen und — durch ein Band zu verbinden. So entwickelte Taylor das Fließband und wendete es als erster praktisch an: in den großen Fleischfabriken Chikagos zur Zerlegung der Schlachttiere Ende des 19. Jahrhunderts.

Im Vordergrund bei Taylors Arbeiten steht also: es muß ein „wissenschaftlicher" Weg gefunden werden für die raschere Arbeitsverrichtung durch den Arbeiter. Das setzt voraus, daß die Kontrolle über die Arbeit dem einzelnen Arbeiter entrissen wird und völlig in die Hände des Mangagements gelegt wird. Taylors Studien umfassen somit die detaillierte Untersuchung der Arbeitsvorgänge und eine Veränderung bzw. Festlegung von der Art, daß nur die zeitsparendste Methode angewendet werden darf.

Gespart wird an der Zeit, die der Arbeiter für eine bestimmte Operation zur Verfügung hatte oder die er sich nahm — entsprechend seiner Vorstellung, was ein „gerechtes Tagewerk" sei. Taylor startete einen massiven Angriff auf die Reserven des Arbeiters, v.a. auf seine Zeitreserven. Verbunden ist dieser Angriff mit einem bestimmten Lohnsystem — die Festlegung der bestimmten Art und Zeit der Arbeitsoperationen sollte auch Grundlage für die Lohnberechnung sein.

Der Kern von Taylors Arbeiten sind also Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsausgabe in der gleichen Zeit oder umgekehrt Senkung der Zeit für die gleiche Arbeitsausgabe. Die technischen Veränderungen sind diesem Zweck untergeordnet.

„Ökonomie der Zeit" — das ist der Grundgedanke, der grundlegende Zweck der ganzen Sache. Die ganze Wissenschaft, die auf das Taylorsystem und angeblich gegen es angewendet wurde, hat diesen Grundgedanken nicht zum Verschwinden gebracht. Sie hat die ganze Sache — im Grunde genommen die Antreiberei — erst richtig praktizierbar gemacht. Um dieses Zeitregime zu errichten, ist dreierlei erforderlich — und damit hat sich auch die ganze auf Taylor folgende Wissenschaft beschäftigt:

— *erstens* äußerst genaue Kenntnis über den konkreten Arbeitsprozeß, das Tun des Arbeiters bzw. den Arbeiter selbst dabei mit eingeschlossen,

— *zweitens* das möglichst weitgehende Ausschalten des Denkens des Arbeiters in Bezug auf seine Arbeit,

— *drittens* ein System zur Disziplinierung des Arbeiters, Maßnahmen, mit denen erreicht werden soll, daß der Arbeiter mitspielt.

Zum ersten forderte Taylor: *„Der Industriebetrieb muß zum Gegenstand wissenschaftlicher - exakter und systematischer - Forschung und die Arbeit des Menschen muß in allen Details untersucht werden."* Der Taylorismus setzte einen relativ hohen Entwicklungsgrad der industriellen Maschinerie schon voraus, sodaß bei der Erfassung der menschlichen Arbeitstätigkeit von den konkreten Fertigkeiten, der Geschicklichkeit des einzelnen Arbeiters abgesehen werden konnte. Die technische Arbeitsorganisation mußte soweit fortgeschritten sein, daß sie die Auflösung der menschlichen Arbeitstätigkeit in „reine Bewegung in der Zeit" ermöglichte. Zeitaufnahmen und Bewegungsstudien spielten so die Hauptrolle bei Taylors Untersuchungen. Sie waren erforderlich zur „einzig richtigen" Anpassung der Motorik des Arbeiters an die maschinelle Produktion. Eine Weiterentwicklung Taylors, die aber die Sache noch nicht wesentlich „bereichert", sind die Bewegungsstudien von Frank B. Gilbreth und die darauf aufbauenden *„Verfahren vorbestimmter Zeiten"* (Methods Time Measurement-MTM). Die menschliche Arbeit wird in wenige „Elementarbewegungen" zerlegt, für die jeweils eine immer und überall geltende „Standardzeit" festgelegt

wird. Der Unterschied zu Taylor ist: Nicht die konkreten Bewegungen für einen bestimmten Arbeitsvorgang werden festgestellt, sondern allgemeingültige, elementare Bewegungen. Dazu reicht nicht mehr die Stoppuhr, sondern man braucht dazu eine Filmkamera. Braucht man dann eine Vorgabezeit für einen bestimmten Arbeitsgang, stellt man fest, aus welchen Elemtarbewegungen er sich zusammensetzt, entnimmt die Standardzeiten einer Tabelle und zählt sie zusammen. Dazu kommen dann noch eventuelle Zuschläge. Ein weiterer Unerschied zu Taylor ist, daß nicht mehr die „Bestzeit" genommen wird, sondern eine durch Schätzung korrigierte (durchschnittliche) „Normalzeit" für jede Bewegung.

Der Vorteil für den Kapitalisten bei dieser Weiterentwicklung ist natürlich, daß der Mann mit der Stoppuhr wegfällt. Denn er konnte zumindest noch hintergangen werden. Der Nachteil für den Arbeiter ist, daß die Summe der Standardzeiten noch unrealistischer ist, als die Taylorsche Bestzeit. Vorbestimmte Zeiten für einzelne Bewegungen lassen sich nicht absolut fixieren, weil die Zeit für jede Bewegung auch durch den Zusammenhang mit den Bewegungen vorher und nachher beeinflußt wird. Und diese sind eben nicht fix, sondern unterschiedlich. Und schließlich ist alleine schon durch das Schätzen dessen, was als „normal" zu gelten hat, selbst der Anspruch der „Wissenschaftlichkeit" beim Teufel.

Zum zweiten forderte Taylor, daß man *„die Planungs- und sonstigen Geistesarbeiten soweit wie möglich von der Handarbeit trennt."* (Shop Management — Die Betriebsleitung — 1903) Es soll *„bei der Betriebsleitung die große Masse von Erfahrung und Wissen angesammelt werden, die in der Vergangenheit in den Köpfen der Arbeiter und auch in ihrer Geschicklichkeit und Handfertigkeit enthalten war".* Warum? Wenn von der Betriebsleitung der einzig richtige Weg festgelegt ist, so kann das individuelle menschliche Denken nur „störend" auf die Ausführung der Tätigkeit wirken. Was Taylor hier so offen ausspricht, ist weitgehend in der Maschinerie selbst verwirklicht. Denn sie stellt ja das Wissen und die Geschicklichkeit der Arbeiter früherer Generationen dar. Eine weitere geistige Beschäftigung des Arbeiters bei seiner Arbeit ist nicht nötig, er soll selbst als ein Teil dieser Maschinerie funktionieren. So wird die Arbeit geisttötend, die in der Arbeit liegende Kraft, die den menschlichen Geist befruchtet, wird unterdrückt. Hier lohnt es sich, einen Blick auf die „moderne Arbeitswelt" zu werfen. Es wird oft gesagt: Die Mechanisierung hat den Menschen die körperlich schwere Arbeit abgenommen, die Automation nimmt ihm jetzt auch noch das Denken ab. Man sieht jetzt, daß das nicht stimmt. Schon mit der Mechanisierung wurde dem Arbeiter das Denken weggenommen, die bewußte Gestaltung des Arbeitsprozesses; das ist also nichts Neues, das es erst mit der Automation gäbe.

Zum dritten wurde schon angeführt, daß Taylor zunächst mit Strafen etc. versuchte, die Arbeiter zur vermehrten Arbeitsausgabe zu bringen. Das war natürlich nicht erfolgreich. Sobald Maschinen entsprechend verändert, das Fließband eingeführt sind, zwingt die Geschwindigkeit der Maschinen selbst dem Arbeiter ein bestimmtes Arbeitstempo auf. Aber auch das können die Arbeiter vielleicht regulieren, im äußersten Fall können sie die Maschinen abstellen. Man muß die Arbeiter also dazu bringen, sich der Antreiberei quasi freiwillig zu unterwerfen. *„Daß der Arbeiter auch wirklich mehr Arbeitskraft flüssig macht, dafür sorgt das Kapital durch die Methode der Zahlung"* (Marx, Kapital). Genau daran hat sich Taylor gehalten. Die ganzen Leistungslohnsysteme sind ein Versuch, den Arbeiter dazu zu bringen, sich der Antreiberei zu unterwerfen; sei das Stücklohn, Akkordlohn, oder Prämienlohn. Taylor entwickelte den „Differential-Stücklohn". Es werden zwei verschiedene Stücklohnsätze festgelegt; einer für den Fall, daß das „Pensum" erreicht wird (die Vorgabezeit wird eingehalten oder unterschritten) und einer für den Fall, daß die Vorgabezeit überschritten wird. Erreicht der Arbeiter das Pensum, erhält er den höheren Stücklohn, gelingt ihm das nicht, wird ihm der niedrigere verrechnet. Nach Taylors Ansicht ist der Mensch „von Natur aus" geneigt, nicht mehr zu arbeiten als unbedingt nötig ist, bzw. die Arbeit in einem gemütlichen Tempo auszuführen. Daß dies vielleicht ein Moment des Protests des Arbeiters ist, der weiß, daß er nicht zu seinem, sondern zu des Kapitalisten Wohl arbeitet — das kann Taylor natürlich nicht sehen. Da muß der Mensch schon von Natur aus so sein. Jedenfalls um diese „Natur" des Menschen zu überwinden, braucht Taylor die strenge Bindung des Lohnes an die Leistung, verbunden mit dem Anreiz zur Lohnsteigerung bzw. eher mit der Drohung von Lohnverlust. Die genaue Zerlegung der Leistung liefert die „wissenschaftliche" Grundlage für die „gerechte" Lohnfindung. Daß die Lohnfindung nichts mit Wissenschaft zu tun hat, wissen die Kapitalisten ganz genau. Sie haben nach wie vor das Problem der Festsetzung der Vorgabezeit und des entsprechenden Stück- oder Prämienlohns. Ist dieser zu knapp bemessen, entfällt der Anreiz zur Leistungssteigerung bzw. auch die Möglichkeit dazu. Ist das Ganze zu „großzügig" bemessen, steigen die Lohnkosten zu stark. Letzteres kann auch zustande kommen, wenn der Arbeiter bei der Zeitermittlung bestimmte (nur ihm bekannte) „Kniffe" nicht anwandte oder sie erst nachher herausfand. *„Hoher Lohn ist für die Firma dann das Signal, hier nachzuprüfen, ob sich bessere Methoden der Bedienung ergeben haben und diese eventuell noch zweckmäßiger gestaltet werden können... und es wird eine neue Akkordbasis, auf der mehr Arbeitsgänge pro Zeiteinheit zu absolvieren sind, festgelegt"* (Wiedmann, Rationalisierung aus der Sicht des Arbeiters). Hier wird der Schein der Wissenschaftlichkeit und der Gerechtigkeit auch für den Arbeiter ganz offensichtlich zerrissen, wenn die Leistungslohnbasis verändert wird — alleine aus dem Grund, weil die Löhne zu stark gestiegen sind. Die Kapitalisten verhandeln ja dementsprechend in den meisten Fällen zuerst über die gesamte Lohnsumme, und nicht über einzelne Leistungslöhne. Es bleibt dabei, daß die „Lohnfindung" eine Frage der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitern und Kapitalisten ist.

Die scheinbare Überwindung des Taylorismus

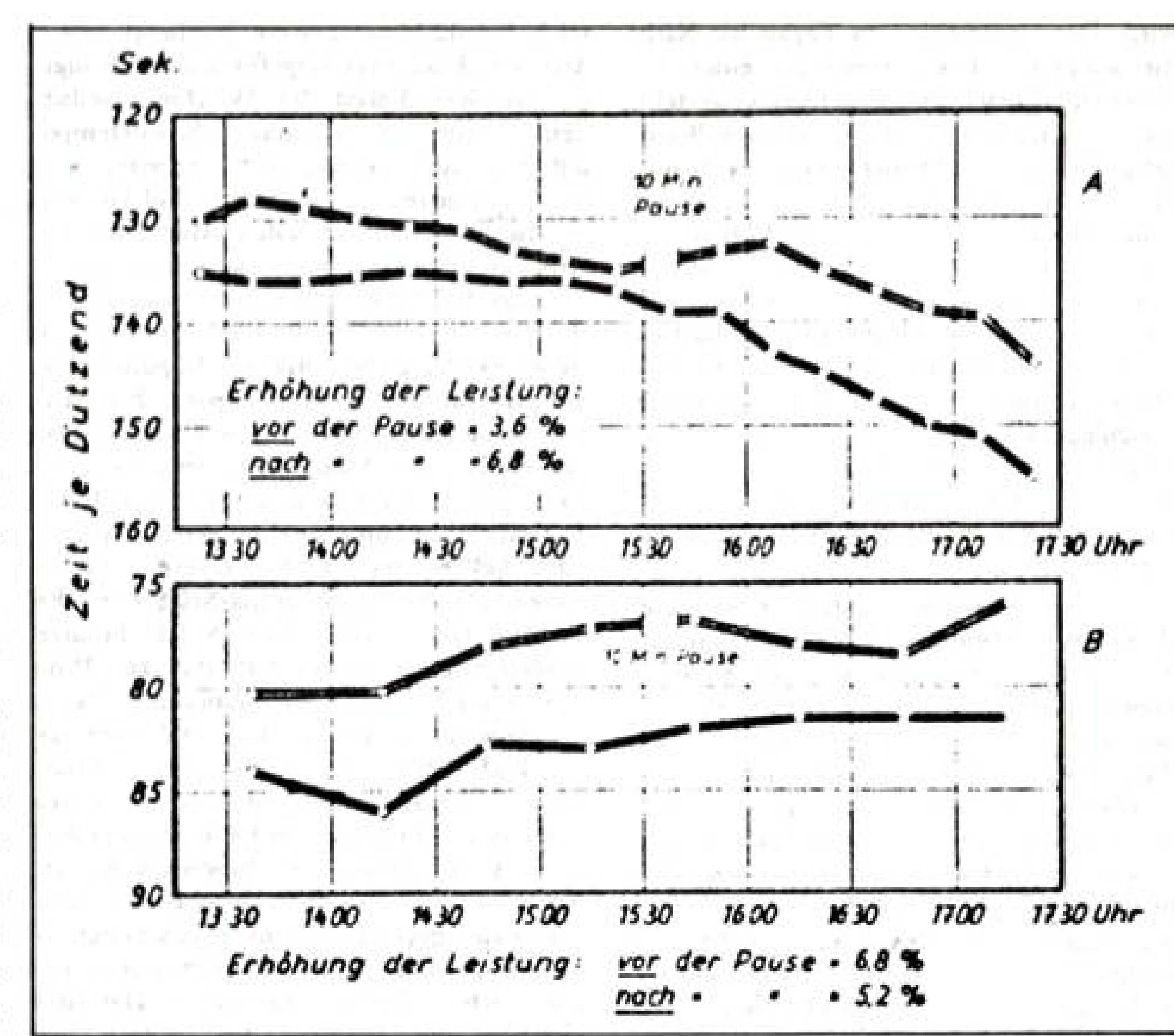
Die scheinbare Überwindung des Taylorismus durch die ihm nachfolgende Arbeitswissenschaft knüpfte an zwei Kritikpunkten an: erstens, daß der Mensch auch eine Psyche habe, und zweitens, daß der Mensch auch ein soziales Wesen sei. Im folgenden werden daher die „Leistungen" der Psychologie und der Soziologie auf dem Gebiet der Arbeitswissenschaft behandelt. Man wird sehen, wie sie Taylor überwunden haben, indem sie ihn durch zusätzliche Erkenntnisse über den Menschen bereichern.

Die erste Richtung geht aus von den deutlichen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung: der Verschleiß der Arbeitskraft, Erschöpfung und Monotonie führen zu steigenden Unfallzahlen und zu stagnierender Leistung. Die Kritik richtet sich also in erster Linie auf die physiologischen und psychologischen Auswirkungen der Rationalisierung. Auf Tatsachen also, um die sich Taylor nicht kümmerte. Diese Richtung der Kritik an Taylor nicht kümmerte. Diese Richtung der Kritik an Taylor läßt sich unter der Bezeichnung „Psychotechnik" zusammenfassen. Sie beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Arbeitszeit und Arbeitspausen, von Einflüssen wie Beleuchtung, Temperatur, Lärm usf. auf die Leistungsfähigkeit des menschlichen Organismus. Im wesentlichen beschäftigt sich diese Richtung also mit ganz äußeren Dingen, die auch in der modernen „Ergonomie" die Hauptrolle spielen. (Ergonomie: die einen übersetzen das einfach mit „Arbeitswissenschaft", die anderen mit „menschengerechter Arbeitsgestaltung"; eigentlich heißt es soviel wie eine Wissenschaft, die sich mit den Gesetzen der Leistung beschäftigt.)

Die Psychotechnik geht über den Taylorismus insofern hinaus, als sie auch die spezifischen Bedingungen des menschlichen Organismus (physisch und psychisch) berücksichtigt bei der Organisierung des Arbeitsprozesses. Münsterberg, der als Begründer der Psychotechnik gilt, spricht von *„Leistungssteigerung der Industrie durch psychologische Anpassung und durch Verbesserung der psychophysischen Bedingungen"* (Münsterberg, Psychology and Industrial efficiency — 1913). Georges Friedmann grenzt die Psychotechnik ab, indem er den Taylorismus als „technizistisch" bezeichnet. Wie oben ausgeführt, hatte Taylor nur Veränderungen an Maschinen, Werkfluß etc. vorgenommen, also im wesentlichen technische Änderungen. Der Taylorismus war *„nur ein vervollkommnetes System von Mitteln zur sofortigen Leistungssteigerung von technischer Ausrüstung und Arbeitskraft".* Die Psychotechnik oder „biologische Rationalisierung" hat dagegen den *„Ehrgeiz, besser als die Taylorsche Rationalisierung (mit ihrem ausschließlichen Ingeieursblickwinkel) zur Ausarbeitung von Arbeitsformen zu kommen, die für Mensch und Betrieb, die besten' sind"* (Friedmann, Der Mensch in der mechanisierten Produktion). Richtig an der Kritik ist, daß Taylor

den Menschen, seine „psychische und physische Einheit", nicht berücksichtigte. Aber doch hat die biologische Rationalisierung den „Technizismus" nicht überwunden. Sie liefert im wesentlichen zum Technizismus Taylors die Materialkenntnisse über die Maschine „Arbeiter" hinzu. Auch hier ist es so wie bei Taylor, daß man sich durch die schönklingenden Phrasen nicht täuschen lassen darf: *„Die industrielle Experimental-Psychologie bietet keinen herrlicheren Gedanken, als diese wechselseitige Abstimmung von Arbeit und menschlichem Geist, die die Unzufriedenheiten, die seelischen Depressionen und Mutlosigkeiten in unserer sozialen Gemeinschaft durch eine Flut von Freude und vollkommener Harmonie aller ihrer Glieder ersetzen kann."* (Münsterberg)

An einem Beispiel — der Arbeitspausenregelung — soll der Charakter der Psychotechnik verdeutlicht werden. Arbeitswissenschafter haben festgestellt, daß *„jedem Arbeitnehmer pro Stunde mindestens 6 Minuten Pause zum Ausgleich der Arbeitsermüdung und 3 Minuten Zeit für die Erledigung persönlicher Bedürfnisse gewährt werden müssen"* (Broschüre der Gewerkschaften DGB/ÖGB/-SGB über menschengerechte Arbeitsgestaltung, 1978). Andere Untersuchungen zeigen, daß sich die Arbeiter diese Pausen auch einfach nehmen: *„Die auf diese Weise zusammengekommenen Zeiten belaufen sich häufig auf 5 bis 10 % der gesamten Arbeitszeit, das sind bis zu 45 Minuten bei einer Acht-Stunden Schicht."* (Ulich, Psychologie und Rationalisierung — 1956) Die Gewerkschaftsbroschüre stellt jedoch dazu fest: *„Das persönliche Empfinden des Arbeiters hinsichtlich physiologisch zweckmäßiger Pauseneinteilung ist nicht genügend zuverlässig."* Die Wissenschaft (und mit ihr auch die Gewerkschaft) spricht also dem Arbeiter die Möglichkeit ab, selbst zu beurteilen, wann, wie lange und zu welchem Zweck er eine Pause braucht. Dagegen steht fest: für die „physiologische Zweckmäßigkeit" ist das eigene Empfinden wohl genügend zuverlässig. Weniger zuverlässig ist es schon für die Zwecke der Profitproduktion — denn die „willkürlichen" Pausen, die sich der Arbeiter dann nimmt, wenn er sie braucht, wirken nicht als sogenannte „lohnende" Pause. Dazu sagt der Betriebswirt Wöhe: *„Richtige Pausengestaltung sollte zu einer Leistungssteigerung führen, die nicht nur den – aufgrund der Pausen – verursachten Zeitverlust voll kompensiert, sondern darüberhinaus noch das Tagesergebnis erhöht. Arbeitswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre sprechen in diesen Fällen von einer ‚lohnenden Pause'. Die lohnende Pause wird durch das Optimun zwischen zu kurzen und zu langen Pausen bestimmt. Zu kurze Pausen können relativ wenig Ermüdungsausgleich bieten, während zu lange Pausen verhindern, daß der Arbeitsverlust durch gesteigerte Mehrleistung nach der Pause aufgeholt wird". (Wöhe, Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1973)* Graf (Arbeitszeit und Arbeitspausen, 1961) führt das Beispiel einer Wäschefabrik an, in der zwei Gruppen von 8 bzw. 4 Arbeiterinnen mit Bügeln bzw. Falten von Taschentüchern beschäftigt waren. Alle Arbeiterinnen waren gut eingearbeitet. Am Nachmittag wurde eine festgelegte Kurzpause von 10 Minuten eingeführt.



Wie die Abbildung zeigt, liegt die Leistungskurve mit Kurzpause zu jedem Zeitpunkt höher als die Leistungskurve bei pausenloser Arbeit; und zwar ist dies bei beiden Arbeitsgruppen so.

Bei der Gruppe A beträgt die Leistungserhöhung gegenüber pausenloser Arbeit vor der Pause 3,6 %, nach der Puase 6,8%. Bei der Gruppe B ist sogar die Leistungssteigerung vor der Pause (6,8%) höher als nach der Pause (5,2%).

Dieses Beispiel zeigt, wie die Untersuchung der „physisch-psychischen Einheit Mensch" im Arbeitsprozeß unter kapitalistischen Bedingungen tatsächlich nicht der Erleichterung der Arbeit dient, sondern die Ergebnisse als Mittel zur Steigerung der Verausgabung von Arbeit angewandt werden. Verhindert soll werden, daß sich der Arbeiter in einer Form erholt, die dem Kapitalisten nichts bringt; er soll sich so erholen, daß er mehr leistet, und zwar noch mehr, als der Pausenverlust ausmacht. So kann Graf feststellen, *„daß in unserer Arbeitsgestaltung noch kaum oder jedenfalls viel zu wenig die Einschaltung von Pausen als Maßnahme der Rationalisierung zur wirtschaftlichen Gestaltung der industriellen Arbeit erkannt ist. Die Einführung von lohnenden Arbeitspausen gehört ebenso zu den Mitteln der Erhöhung der Produktivität wie zweckmäßiges Anpassen von Arbeitsgerät und anderen Arbeitsbedingungen an die menschliche Leistungsmöglichkeit. In einer Pause, in Analogie zu den Verhältnissen bei der Maschine, nur einen Arbeitszeit- und damit Produktionsverlust zu sehen, ist eine durch die Wissenschaft von den Gesetzen des arbeitenden Menschen längst überholte Anschauung."*

Die soziologische Kritik am Taylorismus

Zu Anfang wurde festgestellt, daß die auf und „gegen" den Taylorismus angewendete Wissenschaft ihn einerseits verfeinerte, andererseits bestrebt war, den Zweck der kapitalistischen Rationalisierung zu vertuschen. Die soziologische Richtung der „Kritik" bemüht sich nun mehr um die Vertuschung des Zwecks der Rationalisierung, macht aber auch zu diesem Zweck bestimmte Vorschläge für die Änderung der Arbeitsorganisation. Sind diese Maßnahmen auch schon sehr verbrämt mit humanistischen Phrasen, so erkennt man in ihnen doch leicht ihren Charakter und Zweck: Mittel zur Leistungssteigerung zu sein.

Die soziologische Richtung der Kritik an Taylor will in die „betriebliche Sozialsphäre" vordringen. Taylors Sichtweise des Betriebs und der in ihm arbeitenden Menschen ergab eine Beschränkung auf Maßnahmen im technischen und eventuell ökonomischen Bereich. Das ist unzulänglich. Denn das *„Betriebsgeschehen"* wird *„unablässig geformt durch Wechselwirkungen"* zwischen *„dem technischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungsprinzip"* (Atteslander, Konflikt und Kooperation im Industriebetrieb, 1959). Damit Rationalisierung wirklich „vernünftig" ist, sind daher drei Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Der gewünschte Produktionsablauf muß technisch lösbar sein; die ökonomischen Voraussetzungen (Investitionsmittel, Rentabilität, Marktlage) müssen gegeben sein;und drittens *„die sozialen Bedingungen müssen die Einführung zulassen": „sei es, daß Fachleute vorhanden sind, sei es, daß überflüssig gewordene Arbeitskräfte anderweitig integriert werden können, ohne daß es zu sozialen Konflikten kommt, die ihrerseits den Stillstand des Gesamtbetriebs verursachen könnten (Streiks)."* Atteslander nennt selbst keine anderen Beweggründe für Rationalisierung als technische und wirt-

schaftliche. Er verlangt lediglich, daß bei ihrer Einführung auch die soziale „Zulässigkeit" überprüft wird. Sonst könnte sie unter Umständen nicht den gewünschten Erfolg bringen: Z.Bsp. würde ein noch so ausgeklügeltes Lohnsystem nur dann den gewünschten Erfolg bringen, wenn es den „Gruppennormen" der betroffenen Arbeitergruppe entspricht. Gemeint sind damit die Vorstellungen der Arbeiter, was eine angemessene Leistung der Gruppe ist, bzw. der dafür entsprechend angemessene Lohn.

Atteslander gehört zur Richtung der sogenannten „reinen" Betriebssoziologie, die natürlich so rein nicht ist. *„Die Betriebssoziologen sind ... nicht etwa an der Erhöhung der Produktion, an der Erfüllung des Betriebszweckes, wohl aber am Betrieb als sozialer Organisation interessiert. Wenn ihre Forschungsergebnisse zur Beseitigung von sozialen Konflikten beitragen, die etwa den Produktionsablauf stören, so sind dies zwar erfreuliche Nebenprodukte ihrer Bemühungen, aber nicht Beweggrund für ihre Arbeit".* „Soziale Konflikte" — das gibt es immer dann, wenn sich die Arbeiter gegen schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Wenn solche Soziologen von Beseitigung von sozialen Konflikten reden, dann überlegen sie in der Regel, wie man die Arbeiter davon abbringen kann, sich zur Wehr zu setzen. Sie überlegen nicht, wie man die Ursachen solcher „sozialen Konflikte" beseitigen könnte.

Es gibt noch eine zweite Richtung, deren Untersuchungen direkt auf die Erforschung von „Krisensituationen" in Industriebetrieben und deren Behebung abzielen. Die ersten Soziologen, die sich mit der Untersuchung von Arbeitsgruppen beschäftigen, waren v.a. Roethlisberger und Mayo. Mayos Untersuchungen in den Hawthorne-Werken (USA, Elektrobranche, in den Jahren 1927-1939) gingen zunächst ganz in die psychotechnische Richtung: Untersuchungen des Einflusses von Beleuchtung, Pausen usf. auf die Arbeitsleistung. Durch widersprüchliche Beobachtungsergebnisse wandte man sich dann der Untersuchung der sozialen Faktoren zu. *„Die Forscher"*, sagt Friedmann, *„die ihre gutwilligen Versuchsobjekte wie voneinander isolierte Atome hatten betrachten wollen, sahen sich von der Wirklichkeit zur Ordnung gerufen".* Dementsprechend stellte Mayo fest: *„Die Menschen, aus denen eine arbeitende Betriebsabteilung besteht, sind nicht einfach bloß Individuen; sie stellen eine Gruppe dar, in deren Inneren die einzelnen Menschen Beziehungen untereinander, Beziehungen zu ihren Vorgesetzten, zu ihrer Arbeit und zu den Verordnungen der Gesellschaft entwikkelt und sich an diese gewöhnt haben".* (Mayo, The human problems of an industrial civilization, 1933)

Der tayloristische Ansatz des „homo oeconomicus", dessen Arbeitsleistung sich durch einfache Aussicht auf höheren Lohn steigern ließe, erwies sich als ungenügend. Genauso der psychotechnische Ansatz, daß dabei auch die äußeren Bedingungen der Arbeit wie z.Bsp. Beleuchtung oder auch Pausenregelungen berücksichtigt werden müßten. Die Annahmen um die Bestimmungsgründe des „Arbeitsverhaltens" wurden so um die „soziale Dimension" erweitert. Die Hawthorne-Werke sahen sich mit dem „Bremsen" — absichtlicher „Leistungszurückhaltung" — der Arbeiter und einer sehr hohen Fluktuation konfrontiert. Wolle man also die Arbeitsleistung steigern und die „Bindung an den Betrieb" verstärken, so müsse man auch berücksichtigen, daß das Arbeitsverhalten von den sozialen Beziehungen der Arbeiter beeinflußt wird. Neugewonnene Erkenntnisse in den Hawthorne-Untersuchungen wurden sofort in Handlungsanweisungen für die Unternehmungsleitung umgesetzt. (Nebenbei sei nur bemerkt, daß soziale Beziehungen nur isoliert in der Testraumsituation betrachtet wurden; daß die ganzen Untersuchungen in einer Zeit der Wirtschaftskrise mit bedrohlicher Arbeitslosigkeit durchgeführt wurden, wird nur beiläufig behandelt.)

Insgesamt geht es bei der Berücksichtigung der „sozialen Dimension" um eine allgemeine „Einstimmung" des Arbeiters durch „Gruppenpflege", um Leistungswillen und Betriebsloyalität zu erreichen.

Zum Technizismus Taylors und zur Psychotechnik kommt also noch die „Soziotechnik".

Auch über diese bloßen „Sozio"techniken hinausgehen will jene Richtung in der Soziologie, die Rationalisierung direkt zur „Humanisierung des Arbeitsverhältnisses" verlangt. *„Überwindung einer kreativitätshemmenden Arbeitsteilung"* und Schaffung einer *„positiven Arbeitsgesinnung durch die Ermöglichung wertbezogener Identifikationen"* (Fürstenberg, Industrielle Arbeitsbeziehungen, 1975) sind die Forderungen. Verwirklicht soll das werden v.a. durch die „neuen Formen der Arbeitsorganisation": Arbeitsplatzwechsel, Aufgabenvergrößerung und Aufgabenbereicherung. Denn *„der moderne Arbeiter wünscht mehr Spielräume für Eigenentscheidungen, mehr Möglichkeiten, auch sich selbst bei der Arbeit wenigstens teilweise verwirklichen zu können".* Was groß als „Humanisierung des Arbeitsverhältnisses schlechthin" angekündigt wurde, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als relativ bescheidenes Programm: *„Der Arbeitsinhalt soll den Einzelnen fordern, und zwar unter anderen Gesichtspunkten als der reinen Anstrengung; er soll auch ein Minimum an Abwechslung bieten. Der Einzelne soll an seinem Arbeitsplatz dazulernen ... und sich weiterbilden können. Auch hier geht es darum, daß man weder über- noch untertreibt. Es muß irgendeinen kleinen Bereich geben, in dem der Einzelne alleine Entscheidungen trifft. Es muß ein Minimum an sozialem Rückhalt sowie ein Mindestmaß an Anerkennung für den Einzelnen am Arbeitsplatz geben. Der Einzelne muß in der Lage sein, einen Bezug herzustellen zwischen dem, was er während der Arbeit tut und was er produziert, und seinem Leben in der Gesellschaft. - Der Einzelne muß das Gefühl haben, daß seine Arbeit zu einer wünschenswerten Zukunft führt."* (Klein, Die Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation, 1975)

Bei diesen neuen Formen der Arbeitsorganisation geht es darum, eine „zu weit getriebene Arbeitsteilung" rückgängig zu machen. *„Es wird angenommen, daß eine wachsende Routinisierung zu einer nachlassenden physischen Leistungsdisposition, Langeweile und Unzufriedenheit führt. Insbesondere in Hinblick auf die induzierte Unzufriedenheit wird hervorgehoben, daß sie ein aktives, leistungsschädigendes und damit kostensteigerndes Verhalten – wie z.Bsp. entschuldigtes und unentschuldigtes Fehlen, Kündigungen, individuelle und/oder durch Gruppensanktionen erhärtete Leistungsrestriktionen – nach sich zieht."* Wo der *„leistungsbezogene Wendepunkt des Prinzips der Arbeitsteilung mißachtet wurde, soll eine ‚Reintegration' der Arbeit verwirklicht werden". (Reber, Die minimale personale Arbeitsaufgabe, Überlegungen zur Bestimmung der Untergrenze der Arbeitsteilung, 1974). In erster Linie geht es um die Beachtung des „leistungsbezogenen" Wendepunktes. Erst in zweiter Linie stellt Reber fest, „daß die lang anhaltende Beschäftigung mit simplen, routinierten Tätigkeiten inhuman ist, daß sie die einzelmenschliche Entfaltung behindert".* Ein wirklich großartiges Programm, wenn das schon „Humanisierung" sein soll, wenn man bloß vor dem leistungsbezogenen Wendepunkt haltmacht oder wieder zu ihm zurückgeht! Betrachtet man die einzelnen Formen genauer, so bleibt tatsächlich von der Humanisierung nicht viel übrig.

Mit Hilfe von Arbeitsplatzwechsel soll v.a. der leistungssenkenden Auswirkung der Monotonie entgegengewirkt werden. Und zur Freude des Kapitalisten: Die Maschine Mensch dankt mit Leistungssteigerung. Friedmann führt ein Experiment an, wo durch sechsmaligen Platzwechsel am Tag eine Leistungssteigerung von rund 10% festgestellt werden konnte. Und dabei eine „interessante Einzelheit": Die Ankündigung eines Beschäftigungswechsels für den Nachmittag genügte, um die Leistung während des Vormittags zu steigern. Wir haben hier eine ähnliche Wirkung wie oben bei den Arbeitspausen: Allein durch rechtzeitigen Wechsel in den Arbeitsverrichtungen tritt schon eine Erholung ein. Mehrartige Arbeit erfordert daher weniger Arbeitspausen als eintönige Arbeit.

Bei der Aufgabenerweiterung werden ursprünglich von verschiedenen Arbeitern durchgeführte Detailoperationen wieder von einem Arbeiter durchgeführt. Es wird nicht viel zur Entfaltung der Kreativität des Arbeiters beitragen, wenn er jetzt statt vier Schrauben acht anzieht. Umgekehrt wird es wahrscheinlich ähnlich wie beim Arbeitsplatzwechsel zur Leistungssteigerung beitragen: In einer deutschen Autofabrik wurde (in Anwendung des Mantel- bzw. Lohnrahmentarifvertrags II in Nordbaden/Nordwürttemberg, 1973) am Motorenband die Zahl der Stationen verringert und somit der Aufgabenbereich des Arbeiters in der jeweiligen Station vergrößert. Dies ermöglichte den Abzug einiger Arbeiter von diesem Band; die Zahl der an diesem Band hergestellten Motoren blieb aber gleich.

Die größte Hoffnung setzen die Humanisierer in die Aufgabenbereicherung. Hier werden verschiedenartige Tätigkeiten, die

vorher isoliert voneinander ausgeführt wurden (Vorbereitung, Fertigung, Kontrolle und Korrektur) an einem Arbeitsplatz zusammengefaßt. Es geht um „*Maßnahmen, die einem einzelnen Arbeiter erlauben, sein eigenens Arbeitstempo (innerhalb bestimmter Grenzen) zu bestimmen, sein eigener Inspektor zu sein, und damit die Verantwortung für die Qualität seiner Arbeitsleistung zu übernehmen, seine Fehler selbst zu korrigieren, verantwortlich für die eigene Maschine und ihre Reperatur zu sein*" (Hulin/Blood). Die beschränkte Bedeutung dieser Maßnahmen sieht man gleich, wenn man sich anschaut, in welchen Branchen sie zur Anwendung kommen. Den Hauptteil stellen Firmen der Elektroindustrie. Die scharfe Konkurrenz führt zu hohen Qualitätsansprüchen; für das Problem des hohen Ausschußanteils, wie es bei Fließbandarbeit üblich ist, muß eine Lösung gefunden werden; es muß versucht werden, der Gleichgültigkeit des Arbeiters gegenüber seiner Arbeit entgegenzuwirken. Zum anderen führt die Konkurrenz zu einer äußerst raschen Entwicklung der Technologie der Elektronik und damit zu einer häufigen Veränderung der Produkte. Fließbandproduktion mit hoher Arbeitszerlegung würde dabei viel zu langwierige und kostspielige Umstellungen erfordern. Auch das Paradebeispiel — das Volvo-Werk Kalmar —, wo sogenannte autonome Arbeitsgruppen eingeführt wurden (ähnlich der Aufgabenbereicherung, nur nicht bloß für einen einzelnen Arbeiter, sondern für eine Arbeitergruppe), dürfte nicht viel Nachahmer gefunden haben. Doch abgesehen davon muß man sehen, wo die sogenannte Autonomie anfängt, v.a. wo sie aufhört. Die Gruppe kann zwar die Arbeitsgeschwindigkeit für die einzelnen Verrichtungen festlegen, aber insgesamt ist der Zeitbedarf im voraus festgelegt.

Einigen Aufschluß über den Zweck dieser „neuen" Formen der Arbeitsorganisation geben auch „Erfolgs"berichte über verschiedene Experimente: „*Eine Verbesserung der Produktqualität*", „*die Kosten des Programms werden mehr als aufgewogen durch höhere Produktivität, die sich in weniger stilliegenden Maschinen und niedrigeren Reperaturkosten niederschlägt*", „*eine Abnahme der Anzahl der Mitarbeiter um 20%, eine Abnahme der Aufsichtstätigkeit um 30% wurden verzeichnet*". Nicht verwunderlich ist es, daß bei einem Experiment (das von der Gewerkschaft gefördert wurde) in Norwegen die Arbeiter „*einfach nicht glauben konnten, ihre Gewerkschaftsführer hätten sie nicht verkauft, d.h. daß mehr Leistung für weniger Geld verlangt wurde.*" (Klein)

Weil die Fremdbestimmung der Arbeit nicht aus der Technik oder der Arbeitsteilung entspringt, kann sie auch nicht durch derartige Versuche aufgehoben werden. Wenn das Lohnarbeitsverhältnis ein „Arbeitsverhalten" hervorbringt, das in bestimmter Hinsicht (Leistungsbereitschaft, Qualitätsproduktion, Schonung der Maschinen) mit der Kapitalverwertung in Widerspruch gerät, so kann dieser Widerspruch nicht auf Dauer aufgehoben werden, solange dieses Verhältnis fortbesteht. Mit Humanisierung haben die neuen Formen der Arbeitsorganisation wenig zu tun. Das sieht man auch an den Erfolgsberichten. Es geht darum, entweder eine Form der Arbeitsorganisation, die beginnt, den Verwertungsbedingungen des Kapitals zuwiderzulaufen, rückgängig zu machen, oder (v.a. bei den einfacheren Formen) bloß eine intensivere Nutzung der Arbeitskraft zu erreichen. Verbunden ist das ganze mit dem gezielten Versuch, die ideologische Bindung an die kapitalistische Gesellschaft zu verstärken: indem dem Arbeiter durch die Schaffung eines „kleinen Bereichs", in dem er alleine Entscheidungen trifft, vorgespiegelt wird, er könnte seine Arbeit selbst bestimmen.

Ideologie und Wirklichkeit

Die Forderung nach „menschengerechter Arbeitsgestaltung"durch Rationalisierung hat hauptsächlich ideologische Bedeutung: Den Blick für den Charakter der Rationalisierung zu vernebeln. Jahrzehntelang wurde auf den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten äußerst umfangreiche Arbeiten geleistet, wie die Arbeit intensiviert, der Arbeiter zu mehr Arbeitsausgabe gebracht werden kann. Jetzt soll bei einer Fortsetzung dieser wissenschaftlichen Bemühungen plötzlich für den Arbeiter Sicherheit, Erfüllung in der Arbeit etc. herauskommen?

Die Vernebelung beginnt schon bei so geläufigen Erklärungen für Rationalisierung: Schon seit Jahrtausenden versucht der Mensch, sich die Arbeit zu erleichtern. Schon die bisherigen Ausführungen über die einzelnen wissenschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen machen deutlich, daß von einer Erleichterung der Arbeit - in einem umfassenderen Sinn als bloßer Wegfall körperlich schwerer Handarbeit - nicht die Rede sein kann.

Auch die Untersuchung, aus welchen Gründen praktische Rationalisierungsmaßnahmen gesetzt werden, zeigt nichts davon, daß die Arbeit den Menschen angepaßt werden soll.

Eine deutsche Untersuchung gibt folgende Zusammenfassung: „*Die entscheidende Maxime für die Auslösung und Planung technischer Veränderungen ist das Prinzip rein ökonomischer Rationalität. Dieses Prinzip prägt die Entscheidungen über die Inangriffnahme technischer Neuerungen ebenso wie deren Verwirklichung. Technische Neuerungen dienen vorrangig der Absicht, die Marktchancen des umstellenden Unternehmens zu verbessern. Seinen unmittelbaren Ausdruck findet dies in dem Umstand, daß ...bis auf eine Ausnahme mit allen untersuchten technischen Umstellungen direkt das Ziel einer Verbesserung der Kostensituation der betroffenen Fertigungen angestrebt wird ... Die Verbesserung der Arbeitssituation der Beschäftigten wird in keinem unserer Fälle als selbständige Handlungsmaxime bei der Entscheidung über eine technische Neuerung angeführt ... In den erfaßten Umstellungsfällen bestimmen im wesentlichen ökonomische und fertigungstechnische Gesichtspunkte (Sicherung einer hohen Qualität, geringe Investitionsaufwendungen, verfahrenstechnische Erfordernisse, Sicherung eines reibungslosen Ablaufs, Schutz vor Folgeschäden bei Störungen u.ä.) die industrielle Ausstattung, nicht aber Gesichtspunkte der Verbesserung der Arbeitssituation für den Arbeiter*" (RKW, Sieben Berichte-Kurzfassung der Ergebnisse, 1970)

Auch eine österreichische Untersuchung - vom Institut für Gesellschaftspolitik, ÖGB-AK) 1975 veröffentlicht - kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Es wurden Befragungen in 10 österreichischen Unternehmen in den verschiedensten Branchen und mit unterschiedlichen rechtlichen Eigentumsformen (u.a. 3 verstaatlichte Betriebe) durchgeführt. „*Als wir versuchten, der Motivation für den technischen Wandel auf den Grund zu gehen, trafen wir immer wieder auf betriebswirtschaftliche Motive. Volkswirtschaftliche, d.h. gesamtwirtschaftliche Überlegungen, wenn sie überhaupt angestellt wurden, kamen erst weit danach; und Erwägungen, die den Menschen betreffen, seine Arbeitssituation, seine Arbeitszufriedenheit, seine Entwicklungsmöglichkeiten - solche Erwägungen waren in unseren Erhebungen nicht nachweisbar, selbst wenn sie da und dort verbal angeführt wurden. Es fiel im Gegenteil immmer wieder auf, daß den Ingenieuren sogar Einhalt geboten wurde, wo technischer Fortschritt nur der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und nicht der Erhöhung der Rentabilität gedient hätte.*"

Die Befragung gibt auch einen gewissen Einblick über die Veränderung der Anforderungen an den Arbeiter und die Belastungen.

Es wurden jeweils mit den gleichen -Fragen alle Arbeiter eines Betriebes und speziell jene Arbeiter, an deren Arbeitsplätzen technische Umstellungen vorgenommen wurden („innovierte Arbeitsplätze"), befragt. Sie sollten die Anforderungen zur Zeit der Befragung einschätzen und vergleichen mit der Situation vor 5 Jahren.

Tabelle 1: Einstufung des eigenen Arbeitsplatzes
(in % von 4348 Antworten)

Anforderung „stark" durch:	zur Zeit der Befragung	5 Jahre vorher	Änderung
Geschicklichkeit	29.0	27.4	+ 1.6
Verantwortung	44.5	34.5	+10.0
Selbständigkeit	45.0	36.0	+ 9.0
Aufmerksamkeit	51.5	39.3	+12.2
Denkarbeit	35.6	27.8	+ 7.8
Umgang mit Kunden	4.8	6.6	— 1.8
Arbeitstempo	43.1	29.4	+13.7
häufiger Wechsel in der Arbeit	27.8	22.4	+ 5.4
Gleichförmigkeit der Arbeit*)	11.3	9.8	+ 1.5
Genaues Hinsehen und Hören	40.1	30.0	+10.1
körperliche Anstrengung	13.4	15.9	— 2.5

Bei beiden Ebenen der Untersuchung liegt die Steigerung des Arbeitstempos an der Spitze. Dort, wo Umstellungen vorgenommen wurden, sind weit mehr Arbeiter der Meinung, daß die Anforderung durch das Arbeitstempo zugenommen hat. Die Studie stellt dazu fest, daß diese Ergebnisse mit den Aussagen der Sozialmedizin und der Sozialversicherung über den vorzeitigen Verschleiß des Menschen in unserer Zeit übereinstimmen.

Tabelle 2: Einstufung des eigenen Arbeitsplatzes bei Arbeitern an innovierten Arbeitsplätzen (in % der 146 Antworten)

Anforderung „hoch" oder „sehr hoch" durch:	zur Zeit der Befragung	5 Jahre vorher	Änderung
Geschicklichkeit	32.1	28.0	+ 4.1
Verantwortung	58.9	39.6	+19.3
Selbständigkeit	56.9	47.8	+ 9.1
Aufmerksamkeit	67.2	47.2	+20.0
Denkarbeit	37.0	27.3	+ 9.7
Umgang mit Kunden	0.6	—	+ 0.6
Arbeitstempo	47.1	22.5	+24.6
häufiger Wechsel in der Arbeit	31.4	23.9	+ 7.5
Gleichförmigkeit der Arbeit*)	26.0	29.4	— 3.4
Genaues Hinsehen und Hören	69.0	49.9	+19.1
körperliche Anstrengung	10.9	27.3	—16.4

Bei der Einschätzung der Belastungen des Arbeiters vor und nach der Umstellung ergibt sich, daß geringfügigen Verbesserungen bei einzelnen Belastungsarten, teilweise starke Verschlechterungen bei anderen gegenüberstehen.

Tabelle 3: Belastungen am Arbeitsplatz
(in %)

Belastung „stark" durch:	zur Zeit der Befragung	5 Jahre vorher	Änderung
N	4348	3925	
Temperatur	16.9	17.9	—1.0
Nässe	5.2	7.1	—1.9
Lärm, Erschütterung	27.1	20.9	+6.2
Beleuchtung	5.3	5.4	—0.1
Schmutz, Staub	20.5	21.5	—1.0
Gase, Geruch	15.7	14.8	+0.9
Zugluft, Wind	14.0	13.5	+0.5
Unfallgefährdung	11.8	14.0	—2.2
Einsamkeit	2.8	3.1	—0.3

Tabelle 4: Belastungen am Arbeitsplatz
(in %)

Belastung „hoch" und „sehr hoch" durch:	innovierter Arbeitsplatz (zur Zeit der Befragung)	vor der Innovation (5 Jahre vorher)	Änderung
N	146	140	
Temperatur	19.9	23.6	—3.7
Nässe	4.1	7.9	—3.8
Lärm, Erschütterung	28.1	19.3	+8.8
Beleuchtung	2.7	5.0	—2.3
Schmutz, Staub	16.4	20.7	—4.3
Gase, Geruch	16.4	13.6	+2.8
Zugluft, Wind	8.2	7.1	+1.1
Unfallgefährdung	13.7	13.6	+0.1
Einsamkeit	6.8	3.6	+3.2

Auf der einen Seite soll die Rationalisierung dazu dienen, sparsamer mit Zeit, Material, Energie etc. umzugehen. Auf der anderen Seite geht die kapitalistische Wirtschaft verschwenderisch um mit der Arbeitskraft. Die Rationalisierung hält dem nichts entgegen, sondern verschärft das noch.

(siz-Linz)

Ernst Klee: Gefahrenzone Betrieb

Jeder 3. Arbeiter scheidet vor dem 60. Lebensjahr aus dem Berufsleben aus. „Ausscheiden aus dem Berufsleben" - so heißt die schöne Umschreibung für Invalidität und Krankheit, Verschleiß der Arbeitskraft, die zur Arbeitsunfähigkeit führt. Ernst Klee bechreibt anschaulich, wie die Produktion in der kapitalistischen Fabrik die Gesundheit der Arbeiter ruiniert: die Steigerung des Arbeitstempos, Nacht-und Schichtarbeit. Er schreibt über Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle. „Automation und Rationalisierung haben zwar dem Arbeitenden eine Erleichterung bei der schweren körperlichen Arbeit gebracht, doch diese bezahlt er mit Kreislaufstörungen, Schlaflosigkeit und Herzkrankheiten. Die Monotonisierung, die Industriealisierung, ist dabei längst nicht mehr allein auf den Industriesektor beschränkt. Selbstbedienungsläden, Supermärkte unterwerfen ihre Mitarbeiter an der Kasse beispielsweise dem gleichen Fließbandstreß. Die Angestellten erfahren die gleiche Unterwerfung unter die Automation, die gleiche Beschränkung ihres Handlungsspielraumes wie die Arbeiter. Die Produktionssteigerung verlangt auch hier ihren Preis.

Technischer Fortschritt verhält sich fast genau umgekehrt zum sozialen, menschlichen Fortschritt: Die Belastung wächst. Die Tätigkeitsmerkmale werden mehr und mehr vereinfacht. Wenige Beschäftigte können sich dabei höher gruppieren, wie jene, die reparieren oder kontrollieren. Die anderen werden in ihrer Arbeit dequalifiziert. Sie werden zum Funktionsteil der Maschine, also völlig austauschbar. Und diese Belastung erhöht den Streß. Die Beschäftigten müssen ihre Posten halten, sei es auch auf Kosten der Gesundheit. Dieses Muß, diese Unterordnung, verändert den Charakter. Man muß sich anpassen, einfügen, fügen. Der Abhängige bezahlt seine Abhängigkeit mit dem Preis seiner Gesundheit."

In leicht verständlicher Art behandelt Ernst Klee auch die Tätigkeit der Arbeitswissenschaft. Die Arbeitswissenschaft behauptet, die Arbeit menschengerecht zu machen, die Arbeit an den Menschen anzupassen. Die Wirklichkeit ist anders. Die Arbeitswissenschaft untersucht alle erdenklichen Methoden, aus dem Arbeiter noch mehr Leistung herauszuholen. „Es mag verwundern: Einmal ist über die Auswirkung von Streßfaktoren in der Arbeitswelt wenig bekannt, wie ja auch wenig Untersuchungenüber Schichtarbeit existieren. Zum anderen wird die menschliche Arbeitskraft seit Jahrzehnten erforscht: Die Arbeitswissenschaft untersucht und untersucht, hat jeden Arbeitsgriff gefilmt, zergliedert, bewertet. Doch das Ziel ist ein anderes, das Ziel ist der optimale Arbeitseinsatz des Menschen. Die Arbeitsleistung des Menschen soll optimal genutzt werden."

Eingestreut in den Text sind Berichte von Arbeitern. Ernst Klee hat ihre Lebensgeschichte aufgezeichnet und daran die „krankmachenden" Faktoren der „modernen Arbeitswelt" aufgezeigt. Die konkreten Beispiele stammen alle aus der Bundesrepublik Deutschland. Das mindert aber den Wert des Buches für den österreichischen Leser nicht wesentlich. Das Buch sollte lesen, wer sich mit den „modernen" Methoden der Ausbeutung genauer auseinandersetzen will. Auch zeigt das Buch sehr gut auf, was von dem Gerede über die „Humanisierung der Arbeit" zu halten ist.

Ernst Klee, Gefahrenzone Betrieb, Verschleiß und Erkrankung am Arbeitsplatz, Verlag Fischer, Informationen zur Zeit, Okt.1977

Verfahren vorbestimmter Zeiten

Vom 19.-21.11.1979 fand in der Schweiz die „Internationale Arbeitsstudientagung 1979" statt. Teilgenommen haben Gewerkschaftsdelegationen aus der Schweiz, der BRD, aus Luxemburg, Holland, Ungarn und Österreich. Die österreichische Delegation wurde von Kurt Prokop geleitet. Die Themenstellung der Tagung war (neben „Problemen der Nacht- und Schichtarbeit") die Entwicklung von Verfahren vorbestimmter Zeiten in Industrie, Gewerbe und Bürobereich.

In der Numer 1/80 der »Post und Telegraphie« (Fachblatt der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) ist ein Bericht über diese Tagung. Hauptsächlich wurde das MTM- (Methods Time Measurement) Verfahren besprochen. Jede Arbeitsverichtung läßt sich - nach dieser Theorie - in wenige elementare Bewegungen zerlegen. Für jede dieser elementaren Bewegungen benötigt man eine bestimmte Zeit - diese wird einmal festgelegt und soll dann immer und überall, gleich um welche konkreten Arbeitsgänge es sich handelt, gelten. Die vorbestimmten Zeiten dienen zur Ermittlung der Vorgabezeit. Das MTM-Verfahren dient dazu, den Arbeiter zu zwingen, nur die unbedingt benötigten Bewegungen pro Arbeitsgang zu machen; dies natürlich in der geringsten Zeit. Ein Beispiel führt die Gewerkschaftszeitung an: Für die Betätigung eines Drehschalters benötigt man 5 Drehbewegungen und einen Gesamtzeitbedarf von 34 TMU (Time Measurement Unit = Einheit des MTM-Verfahrens; 1 TMU = 36/100 sec.) Ein Kippschalter dagegen benötigt nur 30 TMU (um 12% weniger); ein Wippschalter (nur mehr 2 Grundbewegungen) braucht nur mehr 19 TMU (um 44% weniger). „Heute kann der Zeitbedarf noch wesentlich verringert werden, wenn man an die Sensortechnik denkt", schreibt die Gewerkschaftszeitung.

Die theoretischen Grundlagen des MTM-Verfahrens sind natürlich unrealistisch. Einerseits gibt es solche Grundbewegungen nicht, die man isolieren und aus denen man jede konkrete Gesamtbewegung zusammensetzen kann. Es kommt auf den Zusammenhang der Teilbewegungen an. Andererseits ist die „Vorbestimmung" der Zeiten für die einzelnen Grundbewegungen äußerst fragwürdig. Sie dient dazu, den Arbeitern jeden Einfluß auf die Vorgabezeiten zu entziehen, mit dem Hinweis auf die angeblich wissenschaftliche Bestimmung der Zeiten. Davon schreibt die Gewerkschaftszeitung nichts. Es wird lediglich angeführt, daß beim MTM-Verfahren die „biologische Situation nicht berücksichtigt wird, wie etwa die Tag/Nacht-Kurve". Das ist natürlich richtig und notwendig zu betonen. Aber es reicht einfach nicht aus. Die Tagung kommt daher auch zu dem Schluß, daß das MTM-Verfahren zumutbar sei, wenn nur „ausreichende Erholungszeiträume" bedacht werden.

Interessant an dem Bericht über die Tagung ist folgendes: Auch für den Bürobereich wurde eine entsprechendes MTM-Verfahren entwickelt - MCD (Master Clerical Data). Es soll sich für standardisierte Büroarbeit eignen und verwendet werden für Personalbemessung, Plenumvorgabe, Vorgabezeitermittlung mit Akkord- und Prämienbezahlung. Akkordarbeit also auch im Bürobereich?

Über die Verbreitung von MTM in Österreich wird v.a. die Elektroindustrie angeführt. Weiters heißt es in der Gewerkschaftszeitung: „In der Kraftfahrzeugindustrie werden in den neuen Werken von BMW und General Motors wahrscheinlich keine Einflußnahmen auf die Arbeitsplatzgestaltung möglich sein, weil wahrscheinlich ausländische Fertigungsverfahren angewendet werden dürften". Man fragt sich: Warum eigentlich keine Einflußnahme? Sollte die Gewerkschaft nicht gerade da Einfluß auf die Arbeitsplatzgestaltung nehmen?

Zur Einschätzung der Klassenkampfsituation in den Gründungsdokumenten des KB Österreichs (1976)

Die Gründungskonferenz des KB Österreichs (August 1976) hat ihre Darlegung und Analyse der politischen Lage und der Klassenkampfsituation in Österreich in folgender allgemeiner Form zusammengefaßt: „*Die politische Lage in Österreich ist heute durch eine zunehmende Polarisierung der Klassen gekennzeichnet. Eine Phase des Übergangs vom Zustand des relativen Klassenfriedens zum Zustand der raschen Veränderung und des offenen Klassenkampfes hat begonnen.*

Dem spontanen Linksdrang in der Arbeiterklasse und im Volk entspricht eine rasche Rechtsentwicklung der Bourgeoisie. Nach dem Niedergang der Arbeiter- und Volksbewegung, der auf ihre Niederlage in den Massenkämpfen 1950 und auf die politische Entwaffnung der Arbeiterklasse in den 50er Jahren folgte, wachsen seit einigen Jahren die Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegung heran. Auf der anderen Seite verschärft sich die politische Reaktion der Bourgeoisie zusehends. Ihr Ziel ist die Verhinderung eines Aufschwungs der Massenbewegung. Zugleich rüstet sie sich auf den drohenden Zusammenstoß mit einem solchen Aufschwung."(Gründungsdokumente, 25)

Ähnliche Einschätzungen hatten bereits die 1. (Februar 1975) und die 2. (April 1976) ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien sowie die entsprechenden Organe anderer marxistisch-leninistischer Zirkel getroffen. Die 1.ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des KB Österreichs (Jänner 1978) hat die Einschätzung der Gründungskonferenz im großen und ganzen bestätigt. Ähnlich die Taktische Resolution des ZK (Jänner 1979). Indessen ist es eine Tatsache, daß die von uns 1976 erwartete Entwicklung des Klassenkampfes nicht in dieser Art und Weise stattgefunden hat und die 1976 festgelegte und im weiteren im großen und ganzen aufrechterhaltene Globalbeurteilung des Klassenkampfes der Realität immer weniger gerecht und immer schlechter geeignet wurde, den komplizierten und windungsreichen Verlauf des Klassenkampfes zu erfassen. Da wir jedoch die Einschätzung von 1976 keiner kritischen Überprüfung und Weiterentwicklung unterzogen, sondern lediglich einige ziemlich fruchtlose „Anpassungsversuche" unternahmen, sind wir schließlich dahin gekommen, daß die alte unzureichende und mit einer Reihe von Fehlern behaftete, jedoch in ihrem Ansatz relativ richtige Einschätzung in die Brüche gegangen ist, ohne daß heute in unserer Organisation klar wäre, was richtig und was falsch war und was davon heute nach wie vor gültig ist und was nicht. Wir sind dahin gekommen, daß wir heute über überhaupt keine zusammenhängende und geschlossene Einschätzung in dieser Sache mehr verfügen. Das ist ein Faktor, der der Politik ständig den Boden entzieht und die schlechtesten Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Organisation hatte. Es hat auch dem Revisionismus, der heute in unserer Organisation bereits sehr stark geworden ist, Ansatzpunkte geboten. Unter dem Deckmantel der Abrechnung mit der sogenannten „Theorie der Linksentwicklung" werden heute die elementarsten Auffassungen des Marxismus-Leninismus über den Gang der Entwicklung des Kapitalismus und des Klassenkampfes revidiert. Mit der sogenannten „Theorie der Linksentwicklung" werden auch die Rolle und die Perspektiven der Arbeiterklasse und ihres Kampfes über Bord geworfen, die Abwendung von der Arbeiterklasse propagiert, die marxistische Klassenanalyse gestrichen, der Monopolbourgeoisie eine Allmacht bescheinigt, an die sie selbst nicht mehr glaubt, Stabilität und Dauerhaftigkeit von Klassenfrieden und Sozialpartnerschaft propagiert, der Kapitalismus und seine Folgen für die Volksmassen beschönigt. Wir stehen also vor der doppelten Aufgabe, einerseits unsere damalige Einschätzung und Analyse einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, die Fehler und Mängel in der Einschätzung, aber ebenso in der Methode der Analyse zu überwinden, zu überprüfen, wieweit diese Einschätzungdamals mit der Realität im Einklang war und wieweit nicht sowie wieweit sie heute noch gültig ist und weiweit nicht. Andrerseits gilt es den Kampf gegen die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die „Theorie der Linksentwicklung" unternommenen Vorstöße des Revisionismus zu führen. Schließlich müssen wir zu einer neuen, fundierten, geschlossenen Gesamtbeurteilung der heutigen Klassenkampfsituation kommen. Der vorliegende Artikel befaßt sich in diesem Zusammenhang mit der Darstellung sowie mit der kritischen Überprüfung der Einschätzung von 1976, das heißt mit der Frage, wieweit diese Einschätzung der damaligen Realität entsprach.

Ausgangspunkt: Die Einschätzung der Gründungskonferenz

Als erstes müssen wir diese Einschätzung ausführlich dokumentieren. Es ist nämlich heute eine beliebte Manier geworden, die Einschätzung der Gründungsdokumente zu einigen wenigen aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu verkürzen und auf die Vergesslichkeit der Genossen (bzw. die Unkenntnis unter den jüngeren Genossen) über die damaligen Dokumente bzw. über die damaligen Entwicklungen in der Gesellschaft, auf die sich die Gründungsdokumente bezogen, zu spekulieren, so daß die Einschätzung dieser Dokumente als eine vollkommen absurde „Theorie", als etwas willkürlich im Kopf Ausgedachtes und Haltloses erscheint, als typisches Produkt von Voluntarismus und Dogmatismus. Und genauso natürlich alle Veränderungen, die wir im Lauf der Zeit an dieser Einschätzung vorgenommen haben.

Im Anschluß an das obige Zitat setzen die Gründungsdokumente (auszugsweise) wie folgt fort: „*Der sich ankündigende Neuaufschwung der Massenbewegung hat seinen Nährboden in der wirtschaftlichen und politischen Krise des Imperialismus auf der Welt und in Österreich. Diese Krise hat 1974 und 1975 besondere Schärfe gewonnen durch das Zusammenfallen einer äußerst raschen Beschleunigung des Vormarsches der Dritten Welt und der damit verbundenen Einengung des Spielraums und der Schwächung des Imperialismus auf der einen Seite und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auf der anderen Seite. Der Imperialismus hat sich bis heute nicht aus dieser Krise erholt und hat auch keine guten Aussichten in dieser Richtung . . .Phasen der relativen Stabilisierung sind möglich, aber sie sind nur zeitweilig, erfassen jeweils nur einen Teil der Produktion und der entwickelten kapitalistischen Länder und tragen in sich den Keim eines noch tieferen Absinkens in die Krise . . . Dies alles führt die Überlebtheit und Verfaultheit des Kapitalismus nur noch schlagender vor Augen. . . Die ständig steigende Ausbeutung und Ausplünderung ruft verstärkt den Widerstand und Kampf der Arbeiter und werktätigen Volksmassen hervor.*

Das Heranwachsen der Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung hat seinen Ausdruck gefunden in der verstärkten Entwicklung der Selbständigkeit im Denken und Handeln der Massen. Diese ist seit Ende der 60er Jahre im Gefolge der damaligen Krise zutage getreten im Aufschwung der spontanen Rebellion in den Betrieben, in der Entfaltung vielfältiger Auseinandersetzungen an den verschiedensten Reibungspunkten mit dem bürgerlichen Staat, im Aufschwung einer breiten demokratischen Bewegung unter der arbeitenden und studierenden Jugend. Auf dem Boden dieser Entwicklung sind auch der kommunistischen Bewegung in Österreich neue Kräfte zugewachsen, haben ihren Neuaufschwung herbeigeführt und arbeiten am Aufbau einer neuen politischen Vorhutpartei der Arbeiterklasse. Nach wie vor besteht aber ein schreiender Widerspruch zwischen der Entfaltung der spontanen Bewegung unter den Massen und der Fähigkeit und den Möglichkeiten der Kommunisten, sich mit dieser

Bewegung zu verbinden und sie zu einer revolutionären Bewegung gegen die kapitalistischen Verhältnisse zu entwickeln.

Ob im herannahenden Aufschwung der Massenbewegung auf dem Boden der wirtschaftlichen und politischen Krise des Imperialismus auf der Welt und in Österreich der spontane Linksdrang in der Arbeiterklasse und im Volk zu einer anhaltenden Strömung und zur Grundlage des umfassenden Angriffs auf die Positionen der Bourgeoisie werden kann, hängt aber entscheidend davon ab, in welchem Maß die Kommunisten das bewußte Element in der Massenbewegung zu stärken und die Massen organisiert nach links zu führen imstande sind . . .

Die verschärfte Reaktion der Bourgeoisie . . . ist noch nicht offen mit der aufkeimenden Bewegung der Massen zusammengestoßen. Mit der Entwicklung dieser Massenbewegung auf der Grundlage der weiteren Verschärfung aller gesellschaftlichen Widersprüche ist dieser Zusammenstoß jedoch unvermeidlich. Die Arbeiterklasse muß sich darauf vorbereiten." (Gründungsdokumente, S.25-27)

Diese hier auszugsweise wiedergegebene globale Einschätzung stützte sich auf eine relativ ausführliche Analyse (Gründungsdokumente, S.27-43).

Drei Charakteristika dieses Dokuments fallen auf. Erstens: Es geht nicht von dem oberflächlichen Schein aus, ob im Klassenkampf „viel oder wenig los ist", um dann natürlich unter den heute gegebenen Bedingungen, wo es relativ wenig offene Klassenkämpfe gibt, falsche Schlüsse zu ziehen. Vielmehr geht die Einschätzung der Gründungsdokumente vor allem einmal von der - wie gut oder schlecht auch immer geleisteten - Analyse der Entwicklung der Widersprüche des kapitalistischen Systems und damit der objektiven Grundlagen und Triebkräfte der Entwicklung des Klassenkampfes aus. Davon ausgehend analysieren die Gründungsdokumente - auch hier wieder: so gut oder schlecht auch immer wir das damals zu machen imstande waren - wie weit diese Verschärfung der Widersprüche sich bereits in einer Verschärfung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes niederschlägt. Das ist eine richtige Methode, während man mit der Methode des „Augenscheins" die spontane Kampftätigkeit gar nicht beurteilen kann, weder in ihrer aktuellen Bedeutung, noch in ihren Perspektiven. Zweitens: Die Gründungsdokumente beurteilen die Klassenkampfsituation vor dem historischen Hintergrund der Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und nicht sozusagen „geschichtslos". Ob es im Klassenkampf aufwärts oder abwärts geht, kann man nur beurteilen, wenn man die großen Entwicklungstendenzen des Klassenkampfes in der Vergangenheit in Betracht zieht. Drittens: Die Gründungsdokumente analysieren die Klassenkampfsituation vor dem Hintergrund und im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung. Die internationale Entwicklung wirkt sich unweigerlich auf die innere Entwicklung jedes Landes aus - freilich immer auf der Grundlage der Entwicklung der inneren Widersprüche.

Die internationale Entwicklung hatte Auswirkungen auf den Klassenkampf in Österreich

Dazu hier nur einige ganz knappe Bemerkungen. Die 60er und die erste Hälfte der 70er Jahre haben einen enormen Aufstieg der Dritten Welt und Aufschwung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gebracht. Damit verbunden hat die amerikanische Supermacht eine Reihe von Niederlagen — insbesondere in Indochina - erlitten und einen allgemeinen Abstieg erlebt. Darin hat sich der Abstieg des Imperialismus überhaupt ausgedrückt. Die SU verwandelte sich zugleich in eine sozialimperialistische Supermacht, was 1968 seinen augenfälligen Ausdruck fand. „*Im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander ist heute im Weltmaßstab die sozialimperialistische Supermacht in der Offensive, die amerikanische Supermacht in der Defensive. Im Verhältnis der Völker der Welt und der beiden Supermächte jedoch verhält es sich so, daß sich die Völker im Weltmaßstab in der Offensive und die beiden Supermächte in der Defensive befinden.*" (Gründungsdokumente, S.19) Die Herausbildung der Ersten, Zweiten und Dritten Welt fällt v.a. in die 60er Jahre. In Europa selbst kam es - auf der Grundlage der objektiven Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche in den verschiedenen Ländern und der internationalen Entwicklung - zu heftigen Klassenkämpfen des Proletariats gegen die Bourgeoisie, vor allem in Frankreich 1968, in Italien 1969, aber auch in der BRD gab es 1969 erstmals wieder größere Streiks. Zugleich kam es zur Krise und zur schließlichen Beseitigung der faschistischen Regime in Griechenland (1973), Portugal (1974) und Spanien (1975) und zum Erstarken des Kampfes der osteuropäischen Völker gegen Sozialimperialismus und Sozialfaschismus (v.a.Polen 1970).

Der Befreiungskampf der unterdrückten Völker, der Aufstieg der Dritten Welt, der Neuaufschwung des Klassenkampfes in Europa auf der einen Seite, der Niedergang und die zunehmende Krise des Imperialismus, die massiven Wirtschaftskrisen der entwickelten kapitalistischen Länder seit 1966/67 - das alles hat sich auf die innere Entwicklung in Österreich ausgewirkt, und zwar auch subjektiv im Denken und Handeln der Massen. Die internationale Entwicklung hat sich in ideologischer und politischer Hinsicht befruchtend auf den Klassenkampf in Österreich ausgewirkt. Man braucht nur an die Indochina-Solidaritätsbewegung, an die Bewegungen gegen den Faschismus in Griechenland und Spanien, an die gegen den portugiesischen Kolonialismus denken. Noch schwerer aber wiegt vielleicht die Erschütterung der Vorurteile und Mythen über Kapitalismus und Imperialismus, die in den frühen 60er Jahren vorherrschend waren. Mehr denn je sind die Verhältnisse auf der Welt in dieser Zeit zugunsten der Völker und der proletarischen Weltrevolution in Bewegung geraten, was auch in Österreich seine Auswirkungen gezeitigt hat. Wie diese Entwicklung sich freilich konkret auswirkte, hing natürlich von der Entwicklung der inneren Verhältnisse im Klassenkampf ab. Auch diese waren nämlich in dieser Zeit in Bewegung geraten. Weitreichende Veränderungen gegenüber den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten hatten eingesetzt.

Niedergang der Arbeiterbewegung seit 1950

Als Österreich 1945 vom Hitlerfaschismus befreit wurde, hatte die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes die Rote Armee, nicht das österreichische Volk getragen (wenn es den Nazis auch nie gelungen war, den österreichischen Widerstand völlig zu zerschlagen). Dennoch war die Befreiung Österreichs auch ein Sieg der österreichischen Arbeiterklasse und des österreichischen Volkes. Aber die Arbeiterklasse konnte die Früchte dieses Sieges nicht ernten. Die Spaltung und Lähmung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie, aber in zweiter Linie auch die revisionistischen Fehler der KPÖ ermöglichte es den amerikanischen und anderen Imperialisten im Verein mit der österreichischen Bourgeoisie, die Weichen auf Restauration des Kapitalismus zu stellen. Gegen diese Entwicklung führte die Arbeiterklasse zunehmend Kämpfe, meistens wirtschaftliche Kämpfe gegen die schlechten Auswirkungen des Wiederaufbaus des kapitalistischen Systems, in denen jedoch auch die Ablehnung des in Österreich seit 1945 immer deutlicher eingeschlagenen Weges zum Ausdruck kam. Diese Kampftätigkeit der ersten Nachkriegsjahre widerspiegelt sich auch in der Streikstatistik.

Streikstatistik

	Insgesamt: Beteiligte	Insgesamt: Streikstunden	darunter: ohne Erfolg	darunter: ohne Unterstützung der Gewerkschaften
1945	300	7.600	*)	4.000
1946	4.360	54.880	*)	18.080
1947	9.175	294.200	*)	48.000
1948	5.120	2,440.320	*)	480
1949	25.157	691.964	*)	27.900
1950	28.093	4,042.368	*)	*)

In den 4 Mio. Streikstunden für 1950 ist der große Oktoberstreik, den die ÖGB-Führer als politischen Streik und „kommunistischen Putschversuch" nicht in die Streikstatistik aufgenommen haben, nicht enthalten. Aber auch nur die ausgewiesenen 4 Mio. Streikstunden bedeuten nahezu die größte Streikstundenzahl in der ganzen bisherigen Nachkriegsgeschichte (außer 1962 mit dem großen Streik in der Metallbranche, der allein 5 Mio. Streikstunden bedeutete). Entscheidend für den weiteren Gang des Klassenkampfes war aber der Oktoberstreik, in dem die Arbeiterklasse gegen den Wiederaufbau des kapitalistischen Systems auf ihrem Rücken rebellierte. Auch in diesem großen Kampf führte die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie und das Versagen der KPÖ in die Niederlage.

Mit dieser Niederlage beginnt eine lange Periode des Niedergangs der Arbeiterbewegung. Die hauptsächlichen Grundlagen bzw. Faktoren dieses Niedergangs sind die relative Stabilität des kapitalistischen Systems in den 50er und ersten 60er Jahren als Grundlage für Illusionen über dieses System, gegen das die Arbeiterklasse 1950 noch rebellierte, eine gewisse Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Massen (bei gleichzeitig zunehmender Steigerung der Ausbeutung) als materielle Basis dieser Illusionen, die vollständige Unterwerfung der Arbeiter-und Gewerkschaftsbewegung unter die Bourgeoisie vermittels der Sozialdemokratie in den Jahren nach 1950, die Entwicklung und Institutionalisierung der „Sozialpartnerschaft" in den späten 50er Jahren, vor allem aber natürlich die revisionistische Entartung der KPÖ.

Mit letzterem haben wir uns an anderer Stelle bereits relativ ausführlich beschäftigt (Walter Lindner: Der große Verrat - der Weg der KPÖ von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus, Wien 1978). Die endgültige revisionistische Entartung der KPÖ muß man mit 1958 datieren, aber man darf nicht vergessen, daß die KPÖ bereits in den 50er Jahren, ja bereits seit 1945 keine wirkliche revolutionäre Alternative zur Sozialdemokratie mehr war. Die revisionistische Entartung bedeutete eine entscheidende Niederlage und Schwächung der Arbeiterbewegung, den Verlust ihres revolutionären Flügels. Diese Niederlage wiegt sicherlich von allen Schlägen, die die Arbeiterbewegung erlitten hat, am schwersten.

Nach dem Oktoberstreik wurden die Gewerkschaften unter Ausnutzung der Niederlage der Arbeiterklasse - ideologisch, politisch und organisatorisch - nachdem die Sozialdemokratie sie bereits bald nach der Gründung des ÖGB fraktionell organisiert und damit gespalten und ihrer weitgehenden Kontrolle bei radikaler Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie unterworfen hatte, gesäubert und vollständig der Herrschaft der SPÖ-Führung unterworfen. Nicht nur wurden kommunistische und auch andere klassenbewußte Gewerkschafter von wichtigen Positionen (z.B. Vizepräsident des ÖGB) gesäubert, sondern es wurde auch durch Statutenänderungen auf dem Zweiten Bundeskongreß 1951 die innergewerkschaftliche Demokratie noch einmal, jetzt auch statutarisch, drastisch eingeschränkt bzw. in gewisser Hinsicht beseitigt (Antragsrecht nur mehr für die Gewerkschaftsvorstände, Bestimmung der Delegierten für den Bundeskongreß, . . .). Der bisherige Antifaschismusparagraph wurde in den berüchtigten und gegen den Kommunismus gerichteten Antitotalitarismusparagraphen umgewandelt. Zugleich wurden Tausende kommunistischer und klassenbewußter Arbeiter aus den Zentren der Arbeiterbewegung entlassen. Die Gewerkschaften wurden immer mehr bürokratisiert, die Betriebsgruppen und überhaupt die Basisorganisation immer weiter eingeschränkt. Natürlich war das nur der organisatorische Ausdruck der vollen ideologischen und politischen Unterwerfung der Klassengewerkschaften unter das Kommando der SPÖ-Führung und dies wiederum steht in engem Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung der Arbeiterbewegung in dieser Zeit nach der Niederlage von 1950. Die Vorgänge in den Gewerkschaften nach 1950 bedeuteten aber eine weitere Schwächung der Arbeiterbewegung.

Nach 1950, insbesondere im Zusammenhang mit dem Koreakrieg, erreichte auch der westeuropäische, darunter auch der österreichische Kapitalismus eine relative Stabilität durch einen verhältnismäßig zügigen Aufschwung. Von 1955 (seither gibt es Daten der sogenannten „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung") bis 1966 wuchs das Bruttonationalprodukt real ständig an, die Zuwachsrate fiel nie unter 3% (1958, als es in den USA Krise gab).

Wachstumsraten des BNP (in %)	
⌀ 1955-1959	6,1
⌀ 1960-1964	5,6
⌀ 1965-1966	5,2

Diese Entwicklung, eine relative und nur schwach zyklisch schwankende „Dauerprosperität" ermöglichte - natürlich nur angesichts der trotz der verschiedenen Niederlagen und Rückschläge immer noch vorhandenen und immer noch relativ starken Arbeiterbewegung und gerade auch angesichts des Oktoberstreiks, der der herrschenden Klasse in die Knochen gefahren war, - auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter- und Volksmassen durch Reallohnsteigerungen. Insbesondere in der ersten Hälfte der 50er Jahre stiegen die Löhne stark, um in der zweiten Hälfte der 50er Jahre wesentlich schwächer, in der ersten Hälfte der 60er Jahre aber wieder recht stark anzusteigen. Zugleich stieg auch die Ausbeutung zügig an, was aber scheinbar durch die Lohnsteigerungen kompensiert wurde. Daß es nicht wirklich kompensiert wurde und werden konnte, zeigte sich in der offenkundigen Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung als Reaktion auf die bereits drastisch gestiegene Intensität der Arbeit, und in den Tatsachen, die damals im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung ans Licht gebracht wurden. 1958 wurde die 45-Stunden-Woche eingeführt. In ihrer Begründung der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung hatten die Gewerkschaften ausführlich auf die - trotz Lohnsteigerung und Verbesserung der materiellen Lage - steigende Ausbeutung hingewiesen, die sich auch in der steigenden Zahl von Arbeitsunfällen und in der steigenden Frühinvalidität ausdrückte. Trotzdem mußte dieses relativ stabile kapitalistische System, das mehr als früher „steigenden Lebensstandard" und „soziale Sicherheit" zu garantieren schien, den Arbeitern als eine gegenüber dem Zwischenkriegskapitalismus „neue" Gesellschaft („Wohlfahrtsstaat", „post-kapitalistische Gesellschaft", etc.) und zumindest einigermaßen erträglich erscheinen.

Das alles schließlich war die materielle Grundlage für die Ideologien der Klassenzusammenarbeit und „Sozialpartnerschaft", die sich in Österreich in besonderer Ausprägung entwickelten und in der zweiten Hälfte der 50er Jahre auch institutionelle Formen („Paritätische Kommission" usw.) annahmen. Diese Entwicklung - auch Ausdruck der besonderen Ausprägung des staatsmonopolkapitalistischen Systems in Österreich mit seiner hohen Konzentration und Zentralisation, seinem großen verstaatlichten Sektor und der engen Verflechtung von Kapital und Staat - hatte eine weitreichende wirtschaftspolitische und vor allem auch ideologische Bedeutung.

Die Streiktätigkeit der Arbeiterklasse in den 50er und frühen 60er Jahren ist trotz dieser Entwicklung und trotz des Niedergangs der Arbeiterbewegung nie ganz abgerissen.

Streikstatistik

	Insgesamt: Beteiligte	Insgesamt: Streikstunden	darunter: ohne Erfolg	darunter: ohne Unterstützung der Gewerkschaften
1951	31.555	677.461	117.300	104.814
1952	116.991	1,283.150	13.374	16.159
1953	12.695	304.817	2.466	4.026
1954	21.140	410.505	7.717	23.908
1955	26.011	464.167	101.566	72.222
1956	43.249	1,227.292	3.055	10.946
1957	19.555	364.841	20.141	16.378
1958	25.745	349.811	13.341	16.400
1959	47.097	404.290	142.322	163.908
1960	30.654	550.582	50.265	111.607
1961	38.338	911.025	27.300	61.062
1962	207.459	5,181.762	346	6.217
1963	16.501	272.134	4.160	17.600
1964	40.943	293.588	4.600	62.620
1965	146.009	3,387.787	300	8.565
1966	120.922	570.846	9.402	30.100
1967	7.496	131.295	1.300	832
1968	3.129	53.365	3.069	3.300
1969	17.449	148.139	75	75

Sie war quantitativ betrachtet die ganze Zeit hindurch sogar auf etwas höherem Niveau als dann in den späten 60er und Anfang der 70er Jahre. Aber das darf nicht zu falschen Urteilen verleiten (und zeigt zugleich die Beschränktheit der Aussage von Streikstatistiken, in denen nur die offenen Kämpfe erfaßt und dabei wiederum nur Streiks (was ja nicht die einzige, wenn auch die wirksamste Kampfform ist) und aus denen ja keine qualitative Bewertung dieser Streiks und der Entwicklung der Streiktätigkeit zu entnehmen ist.) Ginge man bloß nach der Streikstatistik, müßte man von 1950 bis heute auf einen anhaltenden kontinuierlichen Niedergang der Arbeiterbewegung und womöglich auf deren Rechtsentwicklung schließen. Offenkundig entspricht das nicht den Tatsachen.

Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren hat die Periode nach 1950 bestimmt. Auch in dieser Zeit, von 1950 bis gegen Ende der 60er Jahre, gab es stets Klassenkampf. Die Arbeiterbewegung existierte und übte ihre Wirkung aus. Es ist damals viel, wesentlich mehr als heute, vom „Ende des Proletariats" und der „Integration der Arbeiterbewegung " in den Kapitalismus geredet worden, aber wie wäre die Entwicklung wohl verlaufen, wenn es keine organisierte Gewerkschaftsbewegung gegeben hätte, die die Kapitalisten immer - wenn sie auch vermit-

tels der Sozialdemokratie die Führung beherrschten - in Rechnung stellen mußten? Aber diese Zeit war eine Zeit des relativen Klassenfriedens, der relativ sehr schwachen Kampftätigkeit, der relativen Ruhe und vor allem - das ist das Entscheidende - eine Zeit des Niedergangs der Arbeiterbewegung und der restlosen Zerstörung von deren revolutionärem Flügel.

Der österreichische Kapitalismus kommt in die Krise

Seit Beginn der 60er Jahre wuchsen in praktisch allen westlichen entwickelten kapitalistischen Ländern die Faktoren für eine Wirtschaftskrise heran, die 1966/67 zum Ausbruch kommen, praktisch alle diese Länder gleichzeitig erfassen und die größte Krise der Nachkriegszeit bzw. seit Beginn der 50er Jahre sein sollte. Während in vielen Ländern erstmals wieder nicht bloß Rezession i.e.S. (d.h. Abflachung des Wachstums), sondern ein wirkliches Sinken des BNP stattfand, fiel in Österreich die Wachstumsrate des BNP auf 1,7%, den bis dahin niedrigsten Wert. Die Zahl der Insolvenzen erreichte mit über 1.500, die Zahl der Arbeitslosen mit über 70.000 den höchsten Wert der 60er Jahre, allerdings keine so spektakuläre Höhe wie in vielen anderen Ländern. Jedenfalls aber erfaßte die Krise auch Österreich, wenn auch relativ schwächer ausgeprägt.

Sie hatte auch in Österreich innere Grundlagen, entwickelte sich aber unter Bedingungen der zunehmenden Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit dem Weltmarkt: Seit Anfang der 60er Jahre hatte sich der Warenexport und damit eine viel höhere Abhängigkeit vom Weltmarkt als zuvor sich entwickelt. Hatte das Exportvolumen 1950 noch 6,5 Mrd. S betragen, so überschritt es 1960/61 die 30-Milliarden-Marke und 1969 die 60-Milliarden-Marke.

Die Krise von 1966/67 zerstörte das Trugbild eines neuen, krisenfreien, „post-kapitalistischen" Kapitalismus. Die Krise von 1966/67 war zudem keine vorübergehende Episode. Sie markierte das Ende einer ganzen ökonomischen - und darauf aufbauend gesellschaftlichen - Periode der Nachkriegsentwicklung. Zunehmende Schwierigkeit bei der Kapitalverwertung, wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt, zunehmende ökonomische Instabilität, auch zunehmende Inflation und später Währungskrisen bestimmten von nun an wieder mehr und mehr das Bild der westlichen kapitalistischen Länder. Ab jetzt folgte eine Überproduktionskrise nach der anderen (1966/67, 1971, 1975/76). Die Wirtschaftskrisen verbanden sich mit der raschen Vertiefung der politischen Krise des imperialistischen Systems. Darauf aufbauend erwuchsen bzw. verschärften sich eine Reihe struktureller Krisen (angefangen von der sog. Ölkrise bis zu den Zahlungsbilanzproblemen und mehreren schweren internationalen Währungskrisen).

Als der KB Österreichs 1976 gegründet wurde, prägten - einmal ganz abgesehen von der Entwicklung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes - schwere Niederlagen des Imperialismus gegenüber der Dritten Welt, zunehmende Einengung des Spielraums des Imperialismus und die schwerste Überproduktionskrise der Nachkriegszeit (1975/76), die die Krise von 1966/67 weit in den Schatten stellte und auch in Österreich erstmals seit dem Kriegsende ein absolutes Sinken des BNP um -1,9% oder um ca. 6 Mrd.S brachte, das Bild. Der Kapitalismus hatte seit der Krise von 1966/67 zwar zeitweilige, zu manchen Zeiten in manchen Ländern sogar recht stürmische Booms erlebt, aber nie mehr die Prosperität und stabile Aufwärtsentwicklung der beiden vorhergehenden Jahrzehnte erlebt.

Steigerung der Ausbeutung und wachsender Druck auf die Reproduktion der Arbeitskraft

Für die Arbeiterklasse bedeutete diese Entwicklung vor allem einmal Steigerung der Ausbeutung in einem bis dahin nicht dagewesenen Ausmaß. Die Gewerkschaftspresse der späten 60er Jahre enthält viele Fakten, die dies anschaulich belegen und mit denen vom ÖGB nach der Erhöhung des Mindesturlaubs auf 3 Wochen (1965) die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden begründet wurde. Vor allem nach der Krise von 1966/67 wurde die Ausbeutung zügig gesteigert. Die Verflechtung der österreichischen kapitalistischen Wirtschaft mit dem Weltmarkt, das Eindringen von Auslandskapital, aber auch bescheidene erste Vorstöße in Sachen Kapitalexport intensivierten sich, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals wurde - vor allem in der Verstaatlichten (Bildung der ÖIAG) - zügig vorangetrieben, die Vorbereitungen auf die EG-Assoziation (1973) begannen. Die Arbeitszeitverkürzung auf 43 Stunden 1970 förderte einen weiteren Schub in der Steigerung der Ausbeutung Anfang der 70er Jahre.

Zunächst gab es aber noch Erhöhung der Reallöhne, wenn auch zugleich Intensivierung der Ausbeutung und damit Steigerung der Abnutzung und Erhöhung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, deren Wert ebenfalls stieg, so daß trotz der Reallohnerhöhung die Tendenz, den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken, wirksam wurde. Zurecht wird in unseren Dokumenten aus der Zeit der Gründung festgestellt, daß auch noch in dieser Zeit die Steigerung der Ausbeutung durch Reallohnerhöhungen scheinbar kompensiert wurde. Scheinbar deshalb, weil ja die steigende Intensität überhaupt nicht wirklich durch Reallohnerhöhungen kompensierbar ist und weil zweitens Lohnsteigerung durchaus mit Absenken des Preises unter den Wert der Arbeitskraft Hand in Hand gehen kann.

Wir sind 1976 davon ausgegangen, daß etwa ab 1973 auch die Reallöhne nicht mehr gestiegen, sondern gesunken wären (vgl. Dokumente der 1.o.DK des KB Wien, S.38). Angeführt dafür wurde die seit 1970 ständig und zwar rapid ansteigende Inflation, die 1974 mit 9,5% einen Rekordwert erreichte.

Inflationsrate (in%)	
⌀ 1961-1965	4,0
⌀ 1966-1970	3,2
⌀ 1971-1975	7,3

Die kollektivvertraglichen Ist-Lohn-Abschlüsse begannen zu dieser Zeit unter den Inflationsraten zu liegen. Zugleich hatten Regierung, Kapitalistenverbände und ÖGB-Führung Ende 1972 das sogenannte (erste) „Stabilisierungsabkommen" abgeschlossen, das die Lohn- und Preisentwicklung dämpfen und die Inflation einschränken sollte. In bezug auf die Preisentwicklung wurde - wie man sieht - nichts „erreicht", allerdings hatte die ÖGB-Führung sich verpflichtet, nicht über den offiziellen Inflationsraten abzuschließen und alles zu tun, um innerbetriebliche Lohnerhöhungen hintanzustellen. Unsere damalige Annahme, daß damit Reallohnsenkung im Massenumfang begonnen hatte, konnte sich also durchaus auf gewisse Tatsachen stützen. Aber es war nur eine Annahme, die sich später als nicht richtig erweisen sollte. Offenbar ist es 1973 und 1974 im Zug des zweiten „Gipfels" der zwischen 1968 und 1975 herrschenden Hochkonjunktur in Österreich den Kapitalisten nicht gelungen, die traditionellen innerbetrieblichen Lohnerhöhungen wirklich zu unterdrücken. Überhaupt haben Berechnungen, die wir angestellt haben, ergeben, daß in den letzten Jahren die kollektivvertraglichen Ist-Lohnerhöhungen ungefähr nur 60% der Erhöhung der Effektivlöhne ausmachen, während die restlichen 40% auf innerbetriebliche Lohnerhöhungen, individuelle Verbesserungen, Prämien etc. zurückgehen. Es spricht einiges dafür, daß die Reallöhne zu dieser Zeit im großen und ganzen, d.h. für große Teile der Arbeiterklasse, noch gehalten werden konnten. In den nächsten Jahren ist es demgegenüber wahrscheinlich bald dahingekommen, daß sich hinter einem noch immer steigenden Reallohndurchschnitt bereits Lohnabbau für große Teile der Arbeiterklasse verbirgt. Es war damals aber vor allem auch ein Fehler, die Frage des Reallohns so einseitig in den Vordergrund zu stellen und die Frage des Verhältnisses von Wert und Preis der Arbeitskraft außer Acht zu lassen.

Neben der ständig steigenden Inflation drückte auch die zunehmende staatliche Ausplünderung über die Lohnabzüge Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeitrag auf den Effektivlohn. Die Explosion dieser Lohnabzüge wird durch die Entwicklung der Lohnsteuer illustriert. Genauso explodierten die indirekten Steuern.

Siehe Tabelle Seite 33 oben

Ausbreitung des Kapitalverhältnisses

Auf noch eine weitere Entwicklung möchte ich hinweisen. Zwischen 1950 und Anfang der 70er Jahre hatte das Monopolkapital fast 50% der Bauern (710.000 von 1,5 Millionen) und große Massen von Kleingewerbetreiben-

	Lohnsteuer (Mrd. S)	indirekte Massensteuern (Mrd. S)
1960	2,6	12,4
1965	5,7	20,5
1970	10,1	32,9
1975	26,8	71,4
1979	53,4	103,0

den ruiniert und in Lohnabhängige verwandelt. Ebenso wurden 250.000 Frauen zusätzlich in den kapitalistischen Produktionsprozeß gezogen (im dritten Nachkriegsjahrzehnt weitere 210.000).

Entwicklung der Zahl der Lohnabhängigen (in 1.000)	Männer	Frauen
1950	1.306	635
1960	1.465	816
1970	1.506	882
1978	1.664	1.094
d.h. Zunahme um	+28%	+74%

Drückte letzteres einerseits u.a. aus, daß die Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie zunehmend den Lohn des Mannes überstiegen, so führte es andrerseits zu einer weiteren Vergrößerung der Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie und übte zugleich zusätzlichen Druck auf die Löhne aus.

Verschärfung der sozialen und politischen Widersprüche

Diese zunehmende Ausdehnung des Kapitalverhältnisses über immer mehr Gesellschaftsmitglieder, die ökonomische Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft auf stets erweiterter Stufenleiter, die steigende Ausbeutung und die damit einhergehenden steigenden Reproduktionserfordernisse mußten eine ganze Reihe sozialer Widersprüche zwangsläufig verschärfen (Wohnungsfrage, Lage im Gesundheitswesen, aber auch die Frage der Kindererziehung und des Volksbildungswesens, usw.). Z.B. das Gesundheitswesen: Es wurde in dieser Zeit beträchtlich ausgebaut, aber zugleich überstiegen die Erfordernisse und Notwendigkeiten, die sich geradezu explosionsartig entwickelten, stets die Möglichkeiten und vorhandenen Kapazitäten. Während z.B. zwischen 1961 und 1977 die Bevölkerung um etwa 6,5% gewachsen ist, ist die Zahl der Spitalsfälle in demselben Zeitraum von 714.000 auf 1.084.000, d.h. um mehr als 50%, gestiegen. Das ist eine der Auswirkungen der gestiegenen Ausbeutung und des gestiegenen Verschleisses der Arbeitskraft sowie der Verschärfung verschiedener anderer Widersprüche des kapitalistischen Systems (z.B. Umweltzerstörung, Entwicklungen in der Lebensmittelproduktion etc.). (Wie ist übrigens diese Tatsache in der Formel vom „steigenden Lebensstandard" unterzubringen?) Verschärfung dieser sozialen Widersprüche bedeutet aber zugleich auch Verschärfung der politischen Widersprüche zwischen dem Volk und dem bürgerlichen Staat, der diese Verhältnisse verwaltet und die sozialen Widersprüche im Interesse der Kapitalistenklasse zu regulieren versucht. Überall spielt dabei auch die Frage des Staatshaushalts und der Volksausplünderung hinein.

Zerbrechen der Großen Koalition, Krise der ÖVP, Machtwechsel in der SPÖ, SPÖ-Alleinregierung

In den späten 60er und frühen 70er Jahren hatten sich also die Widersprüche im internationalen und im österreichischen Maßstab stark verschärft. Das fand seinen Ausdruck in beträchtlichen Veränderungen im Staatssystem und innerhalb der bürgerlichen Parteien: Zerbrechen der Großen Koalition, akute Krise der ÖVP in den späten 60er Jahren, Neuausrichtung der SPÖ nach der Ablöse Pittermanns durch Kreisky. Die Monopolbourgeoisie suchte und fand eine Antwort auf die neuen Probleme, die sie zu bewältigen hatte. In den Gründungsdokumenten wird diese Entwicklung ausführlich dargestellt (S.36-38).

Eine „neue Periode sozialer und ökonomischer Erschütterungen"?

Diese Behauptung, die unhaltbar sei angesichts der weiterhin ruhigen und recht stabilen Entwicklung, — so die Kämpfer gegen die „Theorie der Linksentwicklung" — sei der grundlegende Kern dieser falschen Theorie. Tatsächlich steht es außer Zweifel, daß die entwickelten kapitalistischen Länder im allgemeinen seit 1966/67 in eine solche Periode eingetreten sind und daß dies die allergrößten ideologischen, politischen und ökonomischen Auswirkungen auf Österreich hatte. Und in Österreich selbst? Das Wort „Erschütterungen" ist vielleicht zu hoch gegriffen, obwohl natürlich die Krisen von 1967 und v.a. von 1976, die Ruinierung von 360.000 Bauern allein zwischen 1961 und 1971, aber auch die Übernahme der Regierungsgewalt durch die SPÖ-Alleinregierung oder - auf ideologischem Gebiet - der Zusammenbruch der Illusionen des „freien Westens", der „sozialen Marktwirtschaft" usw. beträchtliche Umwälzungen und Erschütterungen bedeuten, wenn auch natürlich nicht im Sinn von Erschütterungen des kapitalistischen Systems in seinem Bestand. Man kann nicht bestreiten, daß wir damals in der Beurteilung und Bewertung vieler Ereignisse zu hoch, oft viel zu hoch, gegriffen haben. Tatsache bleibt jedoch, daß sich in dieser Zeit die ökonomischen, sozialen, politischen Widersprüche des kapitalistischen Systems in Österreich deutlich verschärften und daß dies objektiv Grundlagen und Triebkräfte bildete für weitreichende Veränderungen im politischen Leben, in den ideologischen Verhältnissen usw. und für die Belebung des Klassenkampfes.

Jedenfalls waren die Entwicklung des Kapitalismus und seine Folgen für die Massen bei weitem nicht so idyllisch, wie es diejenigen darstellen, die anscheinend mit Blindheit geschlagen sind und die Nachkriegsentwicklung (seit 1950) zusammenfassen als „allmähliche Steigerung des Lebensstandards (was immer das sein mag) und Ausdehnung des Sozialversicherungswesens während mehr als 25 Jahren", die zugleich ihr Interesse nicht auf die Ausbeutung, sondern vor allem auf „neue Konsumgewohnheiten" (als ob sich hinter dieser Bourgeoisphrase nicht in erster Linie eine durch die gestiegene Ausbeutung und durch die Ausbreitung des Kapitalverhältnisses auf immer mehr Gesellschaftsmitglieder erzwungene Ausweitung des Kreises der Waren, die notwendig in die Reproduktion eingehen, verbergen würde), eine „neue Massenkultur" und den „Einfluß der Massenmedien" richten, alles natürlich losgelöst und getrennt von den Ausbeutungsverhältnissen in der Produktion, und dort v.a. mit der politischen Arbeit ansetzen wollen, die daher abraten, weiterhin vergeblich auf unsere „Prophezeiungen von Krise, Arbeitslosigkeit und Verelendung" zu warten.

„Die ständig steigende Ausbeutung und Ausplünderung ruft verstärkt den Widerstand und Kampf der Arbeiter und der werktätigen Volksmassen hervor."

Dieser Satz der Gründungsdokumente (S.26) schließt an die Darstellung der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche an. Im Rechenschaftsbericht der 1.o.DK des KB Wien (1975) hatte es noch geheißen, daß diese Entwicklung „*die Arbeiterklasse in den Kampf für die Erhaltung ihres gegenwärtigen Lebensniveaus hineintreibt*" (S.39). Natürlich müssen Krise und neuerliches Drohen größerer Arbeitslosigkeit nicht zur Belebung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse füh-

ren, sondern können auch das Gegenteil bewirken und die Arbeiterklasse noch weiter demoralisieren und niederdrücken. Auch aus der Steigerung der Ausbeutung folgt nicht automatisch eine Belebung der Kampftätigkeit. Sicher, die Arbeiterklasse muß der steigenden Ausbeutung letztlich im Kampf entgegentreten. Aber bis dahin können Jahre des Kräftesammelns, der Umgruppierung der Kräfte oder auch des Rückgangs der Arbeiterbewegung vergehen. Der Klassenkampf kann sich in der Krise verschärfen angesichts der Verschärfung der Angriffe des Kapitals, er kann sich aber auch im Aufschwung und in der Prosperität verstärken angesichts des größeren ökonomischen Spielraums der Arbeiter und angesichts der besseren Bedingungen, die sie vorfinden. Ob daher die unzweifelhafte Verschärfung der Widersprüche in den späten 60er und frühen 70er Jahren zu einer Belebung des Klassenkampfes führen würde oder nicht, hing von der Gesamtlage der Arbeiterklasse, nicht nur ökonomisch und sozial, sondern auch politisch und ideologisch, von der Entwicklung in den zwei Jahrzehnten zuvor, aber auch von der Entwicklung der internationalen „Umwelt“ und deren Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse ab.

Wenn wir nun in Rechnung stellten, daß die internationale Entwicklung sich befruchtend auf den Klassenkampf in Österreich auswirkte und die Arbeiterklasse ja nicht in einer Lage war, wo sie gerade eben schwere Niederlagen eingesteckt hatte und zu Boden gedrückt war, sondern wo sie vielmehr nach einer langen Periode des allmählichen Niedergangs und der relativen Schwäche wieder das Haupt erhob — dafür waren z.B. einige große Streiks Anfang der 70er Jahre Indiz — dann gab es von daher Gründe für die Annahme zumindest der Möglichkeit einer Belebung des Klassenkampfes. Das waren theoretische Überlegungen, die wir zur Begründung der These der bevorstehenden raschen Belebung des Klassenkampfes und der Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk anführten. Wie man sieht, war diese Einschätzung jedenfalls keineswegs so willkürlich und absurd, wie heute oft behauptet wird und wie sie einem ja in der Tat erscheinen muß, wenn man von nichts anderem als „steigendem Lebensstandard“ usw. ausgeht. Wichtiger als solche theoretischen Überlegungen war aber die Entwicklung der tatsächlichen Klassenkampftätigkeit, wo es ebenfalls Veränderungen gab, die diese These unterstützten.

Vorher aber noch etwas anderes. Wir erwarteten - wie gesagt - eine relativ rasche Belebung der Klassenkampftätigkeit, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Nicht erwarteten wir - wie das heute gern behauptet wird, um die „Theorie der Linksentwicklung“ als ausgemachten Schwachsinn hinzustellen - das rasche und zwanglose Eintreten einer revolutionären oder auch nur einer unmittelbar vorrevolutionären Situation. So etwas wird man in keinem unserer Dokumente finden. Nicht verwechselten wir auch die erwartete Belebung des Klassenkampfes mit einer bereits stattfindenden entfalteten Offensive der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Was wir zunächst nur erwarteten, war der „*Übergang vom Zustand des relativen Klassenfriedens (der 50er und frühen 60er Jahre) zum Zustand offenen Klassenkampfes*“. „Offener Klassenkampf“ oder „offene Klassenkämpfe“ machen aber noch lange keine Offensive der Arbeiterklasse aus. Wir gingen ferner davon aus, daß wir erst am Beginn dieses „Übergangs“ stünden. Dem entsprechen die diversen Formulierungen: „Vorboten des Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung“, „Heranwachsen der Elemente für einen neuen Aufschwung“ u.a.m.

Die weiteren Perspektiven dieser angenommenen Entwicklung gingen natürlich über offene Klassenkämpfe in Richtung Offensive der Arbeiterklasse. Wohin sonst? Wenn die Arbeiterklasse wieder zu kämpfen und die Arbeiterbewegung sich wieder aufwärtszuentwickeln beginnt, dann natürlich mit dem - objektiven - Ziel, über die „Vorboten“ und die „offenen Kämpfe“ hinaus in die Offensive zu kommen gegen das Kapital. Also galt es, die „Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung“ zu fördern und zu entwickeln und sich ideologisch, politisch und organisatorisch auf die früher oder später, wenn diese ganze Entwicklung nicht frühzeitig abgebrochen wurde (z.B. durch Gegenschläge der Bourgeoisie), fällige Offensive vorzubereiten. Mit der Möglichkeit eines solchen Abbruchs muß man natürlich immer rechnen, aber daß man das Ziel nicht im ersten Anlauf erreicht, ist ja kein Argument gegen das Ziel. Es ist hier nicht anders wie sagen wir bei einer Schachpartie, wo man ja auch mit dieser Möglichkeit rechnet, aber deshalb nicht gleich das ganze Spiel daraufhin anlegt.

Streiks und Streikstatistik

Die Einschätzung einer Belebung des Klassenkampfes und Linksentwicklung konnte sich auf eine große Zahl von Erscheinungen im politischen Leben und in der Arbeiterbewegung stützen, vor allem auf die tatsächliche Entwicklung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse, speziell der Streiktätigkeit. Sowohl die Streikstatistik im allgemeinen schien uns recht zu geben, als auch eine Reihe größerer Streiks, die damals innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne stattfanden.

Aus der Gesamtstreikstatistik für Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre sind jedoch im Grunde keine deutlichen Aussagen abzulesen.

Streikstatistik

	Insgesamt			
			darunter	
	Beteiligte	Streikstunden	ohne Erfolg	ohne Unterstützung der Gewerkschaften
1970	7.547	212.928	*43.223*	*46.896*
1971	2.431	29.614	*7.520*	*22.052*
1972	7.096	120.832	*200*	*21.474*
1973	78.251	794.119	*10.360*	*96.356*
1974	7.295	57.948	*21*	*44.597*
1975	3.783	44.098	*2.600*	*2.600*
1976	2.352	4.711	*269*	*2.137*
1977	43	86	—	*) —
1978	699	81.778	*492*	*492*

Bei dem insgesamt die ganze Zeit hindurch recht geringen absoluten Niveau der Streiktätigkeit verzerrt natürlich ein einziger größerer Streik (z.B. ein allgemeiner von der Gewerkschaft organisierter Streik einer ganzen Branche oder auch nur ein solcher eines größeren Betriebs) das Bild stark, wie umgekehrt eine relativ lebhafte, aber aus einer Vielzahl kleinerer Streiks bestehende Streiktätigkeit diverser Abteilungen (wie 1972 bei Böhler/Kapfenberg) kaum einen entsprechenden Niederschlag finden wird. Auch ist die offizielle Streikstatistik sehr unvollständig.

Wir konnten jedoch aus der Streikstatistik deshalb das herauslesen, weil wir uns - auch unter dem Einfluß fehlerhafter „linker“ Auffassungen in der Gewerkschaftsfrage und daher in einer einseitigen Art und Weise — auf die sogenannten „selbständigen“ Streiks (d.h. ohne Unterstützung durch die ÖGB-Führung) konzentrierten. Das erlaubte die Aussage, daß die Entwicklung dieser „selbständigen“ Streiks eine deutliche Zunahme seit Anfang der 70er-Jahre erkennen ließe. „*Ab 1970 zeichnete sich . . . eine Wende ab. Die nicht anerkannten Streiks nehmen wieder einen großen Anteil der gesamten Streikstunden ein. 1971 und 1974 entfallen sogar drei Viertel der Streikstunden darauf.*“ (Rundschreiben 47 des KB Wien). Im Anschluß daran wird dort folgende Tabelle angeführt.

	Anteil der gewerkschaftlich nicht anerkannten Streiks (an allen Streiks)
1961	9,1
1962	0,1
1963	6,4
1964	22,1
1965	0,1
1966	8,7
1967	0,6
1968	6,3
1969	3,1
1970	22,1
1971	74,5
1972	17,8 (72,1)*
1973	12,1
1974	77,0 (86,4)**

* Bauarbeiterstreik erst nachträglich anerkannt
** Hukla-Streik erst nachträglich anerkannt

Ich halte diese Behandlung der Streikstatistik aber für problematisch, nicht weil der Unterschied zwischen gewerkschaftlich „anerkannten“ und nicht „anerkannten“ Streiks unbedeutend wäre, aber weil er nicht die Bedeutung hat, die wir ihm damals beimaßen. Nicht zufällig mußten wir ja auch die Statistik insofern überarbeiten, als Streiks, die als „anerkannt“ ausgewiesen wurden, erst im Nachhinein oder um den Preis des Abbruchs anerkannt worden waren. Außerdem muß die Erzwingung der „Anerkennung“ eines Streiks ja nicht Unterordnung unter die reaktionären Pläne der ÖGB-Führer bedeuten. Wir haben — kurz gesagt — auf einer Statistik zu viel aufgebaut, obwohl sie natürlich schon eine Belebung des Kampfwillens und der Kampftätigkeit zum Ausdruck bringt. Jedoch läßt sich aus der Streikstatistik eine „spontane Rebellion in den Betrieben“ oder deren Zunahme nicht ablesen.

Etwas anders sieht die Sache aus, wenn man die Streiktätigkeit dieser Zeit qualitativ betrachtet. Darauf haben wir uns in unserer Argumentation auch hauptsächlich gestützt. Zwischen 1970 und 1975 gab es eine Reihe relativ großer und z.T. recht militanter

Streiks, die von der 1. (S.40-45) und 2. (S.26-36) o.DK des KB Wien ausführlich analysiert wurden. Die größten auf der 1.o.DK genannten Streiks sind die in der Glasfabrik Schneegattern, bei Elin Weiz, bei Bauknecht/Rottenmann, in den westösterreichischen Brauerein, bei Böhler/Ybbstal, im Kaltwalzwerk Judenburg, bei Hukla/Wien und bei Engel/Schwertberg.

Wir haben damals immer unterstrichen, daß das noch keine „Streikbewegung“ (wie z.B. 1973 in der BRD) war. Aber es hatte Streiks in dieser Größenordnung und z.T. in dieser Militanz (z.B. den Böhlerstreik) seit langem, nämlich seit 1950, nicht mehr gegeben. Angesichts dessen war es offensichtlich, daß es damals einen Aufschwung in der wirtschaftlichen Kampftätigkeit der Arbeiterklasse gab.

Politische Indikatoren für eine Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk

Abgesehen von der Entwicklung der wirtschaftlichen Kampftätigkeit ist vor allem einmal auf die Entwicklungen auf dem ideologischen Gebiet hinzuweisen. Neben dem Zusammenbruch der Ideologie des „freien Westens“ und des „Amerikabildes“ der frühen 60er Jahre, das man sich ja heute kaum mehr vorstellen kann, neben dem Zusammenbruch der Vorstellungen von einem stabilen, krisenfreien und sozialen Kapitalismus, war vor allem eine Entwicklung wesentlich, die die 1.o.NDK des KB Österreichs so darstellte: „. . . *hat sich die Polarisierung der Hauptklassen weiter verstärkt und beginnt immer offener hervorzutreten. Die Existenz der Klassen, Klassengegensätze und des Klassenkampfes tritt wieder deutlicher ins Bewußtsein der Massen.*

In Zeiten relativer Prosperität und unangefochtener ideologischer, politischer und organisatorischer Vorherrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse rücken die Klassen scheinbar zusammen, verbirgt der imperialistische Staat seinen Klassencharakter, verwischen sich die Klassengegensätze und maskieren sich Ausbeutung, Ausplünderung und Entrechtung mit dem betrügerischen Schein des Gemeinwohls und der Segnungen der Klassenzusammenarbeit. Doch die Zeiten ändern sich.“ (S.39)

Diese ideologische Entwicklung, die ja mit der Suche der Massen nach Alternativen zu den alten Vorstellungen und zum bestehenden System verbunden war, boten wie jede Zeit solcher ideologischer Umbrüche günstige Möglichkeiten für die revolutionäre Propaganda. Nach dem Krieg waren die Massen antikapitalistisch eingestellt und wollten mit dem Faschismus auch den Kapitalismus überwinden. Das wurde aber in den zwei Jahrzehnten nach 1950 anders. Die „Vorteile“ der Klassenzusammenarbeit und der „Sozialpartnerschaft“ beeinflußten das Denken breiter Massen. In dieser Situation trat Kreisky gegen Pittermann an als der Liberale gegen den „Marxisten“, als der Vertreter der „offenen Partei“ gegen den der „Klassenpartei“. Wirft man demgegenüber einen Blick auf die heutigen Profilierungsversuche der SPÖ - nicht in den Massenmedien natürlich, aber innerhalb der Partei, auf den Parteitagen, in der Gewerkschaftsbewegung, in den Betrieben - als „Klassenpartei der Arbeiterklasse“, als „Partei des Klassenkampfes“, als „antikapitalistische Partei“, die genau wüßte und auch immer gesagt habe, daß hinter der „sozialen Marktwirtschaft“ (die übrigens bankrott gemacht habe) nur der alte Kapitalismus mit seiner unvermeidlichen Arbeitslosigkeit usw. stecke (alles Äußerungen von Kreisky auf dem letzten SPÖ-Parteitag im November 1979) - dann sieht man sehr deutlich, was sich seither ideologisch geändert hat. Allein die Entwicklung dieser innerparteilichen Propagandalinie der SPÖ auf ihren letzten Parteitagen, ihre zunehmende „Radikalisierung“ im Sinne des „Klassenkampfes“ (was immer darunter außer dem Kampf gegen die ÖVP verstanden werden mag), bestätigt indirekt die zitierte Aussage der 1.o.NDK. Denn daß die SPÖ-Führung immer mehr auf einen seichten Abklatsch des ohnehin schon seichten Austromarxismus zurückgreift, kann man nicht aus Vorgängen im Hirnkastel von Kreisky erklären, sondern nur aus ideologischen Vorgängen unter den Massen, denen hier Rechnung getragen, auf die reagiert, die ausgenutzt und kanalisiert werden sollen.

Es gab aber nicht nur ideologische Veränderungen, sondern auch handfeste Veränderungen im politischen Leben: die Entwicklung relativ starker antiimperialistischer Bewegungen (v.a. bezüglich Indochina und Afrika), den Aufschwung einer Reihe politischer Bewegungen, die Entwicklung des Kampfes der slowenischen Nationalität seit etwa 1970 (Höhepunkt 1976), der antimilitaristischen Bewegung unter der Jugend (Höhepunkt 1971), der Studentenbewegung, der Bestrebungen unter den Lehrlingen und in der Arbeiterjugend, der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot (Höhepunkt 1974) sowie in einigen sozialen Fragen wie der Wohnungsfrage. In allen diesen Fragen gab es auch bereits vor 1970 Mißstände und Unterdrückung. Vielleicht ist der Kampf der slowenischen Nationalität das deutlichste Beispiel. Aber angesichts der Gesamtentwicklung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes kam es Anfang der 70er Jahre zum Aufschwung dieser politischen Bewegungen und Kämpfe.

Auch das Sprengen der Großen Koalition, dann aber vor allem die Parteireform der SPÖ drückte - unter anderem - die zunehmende Kollision der Wünsche und Bestrebungen der Massen mit den reaktionären Zuständen aus.

Schließlich war eine neue marxistisch-leninistische Bewegung entstanden.

Ich will mich hier nicht weiter über alle diese Entwicklungen und Veränderungen verbreitern, aber die paar Hinweise müßten zusammen mit dem vorher Gesagten genügen, um zu zeigen: Die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk, natürlich nicht im Sinn der Revolutionierung der Massen, sondern - wie wir damals sagten - im Sinn von mehr „Selbständigkeit im Denken und Handeln“, war Tatsache.

Die wichtigsten Fehler unserer Einschätzungen von 1976

Es muß also daran festgehalten werden, daß sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die Widersprüche des kapitalistischen Systems in Österreich beträchtlich verschärften und es auf dieser Grundlage sowie unter dem Einfluß der internationalen Entwicklung zu einer Belebung der Kampftätigkeit und zu einer Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk. Damit ging in der Tat eine zwanzigjährige Periode des Niedergangs der Arbeiterbewegung sowie des relativen Klassenfriedens und der relativen Ruhe im Klassenkampf zu Ende und begann eine neue Periode. Über deren zukünftige Entwicklung und über deren Charakter trafen wir bestimmte Annahmen. Natürlich war damals nicht klar absehbar, wie es weitergehen würde. Aber es gab Gründe für unsere Annahmen, sie waren nicht aus der Luft gegriffen, und daß überhaupt solche Annahmen getroffen wurden, war nicht falsch, sondern unbedingt notwendig, um eine Orientierung im Klassenkampf zu haben.

(Allerdings gab es bereits 1976 beträchtliche Fehler in unseren Einschätzungen. Zweitens fehlte uns die notwendige „Zurückhaltung“, insbesondere wenn man bedenkt, auf wie wenig fundierten Untersuchungen wir aufbauen konnten. Drittens fehlte uns die Fähigkeit und Bereitschaft, die einmal getroffenen Einschätzungen laufend zu überprüfen; stattdessen wurden die Fehler von 1976 ausgebaut und versteinerte die These der Linksentwicklung bald zu einem wirklichen Dogma, das im Lauf der Zeit hohler und hohler wurde. Doch dazu weiter unten.)

In einem doppelten Sinn waren unsere damaligen Einschätzungen - trotz der darin enthaltenen Fehler - relativ richtig. Sie waren relativ richtig, insofern sie den Umschwung in der Lage erkannten, ihm Rechnung trugen und einen Versuch darstellten, die Organisation auf diesen Umschwung und auf die aktuellen und die erwarteten zukünftigen Aufgaben einzustellen. Es war ein relativ richtiger Versuch einer entsprechenden Ausrichtung unserer Politik und des Aufbaus unserer Organisation. Und unsere Einschätzungen waren auch relativ richtig gegenüber den damals (und heute) grassierenden diversen reformistischen und revisionistischen Anschauungen, die nur von einer passiven und „integrierten“ (heute sagt man das natürlich nicht mehr so) Arbeiterklasse ausgingen.

Wie gesagt erhielten unsere Auffassungen zur Klassenkampfsituation bereits damals schwere, und zwar vermeidbare Feheler. Man kann sicherlich sagen, daß die allgemeine Grundlage der verschiedenen Fehler eine „linke“ Tendenz der Überschätzung der Faktoren für die Revolution bei gleichzeitiger Unterschätzung der entgegenwirkenden Faktoren und der Schwierigkeiten und Hindernisse und unvermeidlichen Rückschläge im Gang der Revolution war. Wir hatten übertriebene, oberflächliche und schematische Vorstellungen über die Perspektiven der Revolution im internationalen Maßstab wie auch in Österreich. Dieser grundlegende Fehler

hing sicher mit der Jugend unserer Organisation zusammen. Hätte nicht ein Blick auf diese Geschichte gezeigt, daß der Weg der Revolution sehr kompliziert und windungsreich ist? Hätte er nicht auch dazu geführt, die mögliche Rolle unserer Organisation, die ja sehr schwach und praktisch von der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung getrennt war, realistischer zu veranschlagen? Dazu kamen Fehler wie die Unterschätzung des russischen Sozialimperialismus, die in dieselbe Richtung wirkten. Aus den „glänzenden Perspektiven" der Weltrevolution wurde bei uns unter der Hand eine „g'mahte Wiesn". Bekanntlich haben uns verschiedene Entwicklungen (Indochina, Afrika, usw.) später eines besseren belehrt.

Was die Entwicklung in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern betrifft, gab es grobe Unterschätzung des Reformismus und Revisionismus. Wir haben die lange Tradition und die Macht des Reformismus und Revisionismus stark unterschätzt und sind faktisch eher davon ausgegangen, daß er in relativ kurzer Zeit aus den Angeln gehoben werden würde. Jede Umorientierung des Reformismus und Revisionismus entsprechend geänderten Verhältnissen interpretierten wir als „Abbröckeln" und „Schwächung". Aber daß das Klassenharmoniedenken der 60er Jahre zusammengekracht war, hat nicht zum Verschwinden, nicht einmal zum allgemeinen Niedergang des Reformismus und Revisionismus geführt. Gerade weil wir seine zeitweiligen Probleme nicht ausnutzen konnten, sind andere Varianten, Schattierungen, Spielarten des Reformismus und Revisionismus aufgetreten, sind recht glatt an die Stelle der früheren getreten. Das „radikale" Geschwätz Kreiskys am letzten SPÖ Parteitag ist auch nur eine, freilich in den 60er Jahren in der SPÖ undenkbare, Spielart des Reformismus. Derselbe Kreisky, der Mitte der 60er Jahre gegen den „Marxisten" Pittermann antrat, hat jetzt den Austromarxismus wiederentdeckt und versucht es damit. Der „Spielraum" des Reformismus und Revisionismus verengt sich - im Gegensatz zu unseren damaligen Vorstellungen - nicht, wenn er sein Gesicht wandelt. Solche Anpassungsprozesse können seinen - zumindest ideologischen und politischen Spielraum zeitweilig vergrößern. Man kann sagen, daß wir den Reformismus und Revisionismus, seine Tradition und Macht, seine Wandlungsfähigkeit und Flexibilität, seine Plausibilität, die ständig aus dem Schein der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst gespeist wird, seinen hemmenden und spaltenden Einfluß gewaltig unterschätzt haben - und daher auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn.

Dem politischen Charakter nach handelt es sich hier um den Fehler des Spontaneismus, um die Übertreibung des spontanen und die Herabwürdigung des bewußten Elements im Klassenkampf. Zuviel haben wir uns von der Tatsache von Kämpfen selbst erwartet, zuwenig von der tatsächlichen Praktizierung des vielzitierten Satzes, daß der ideologische Aufbau das Hauptkettenglied im Parteiaufbau sei. Das ist der eigentlich rechte Kern der „linken" Anschauungen.

Deshalb verleitete uns auch die Tatsache des Aufschwungs der Kampftätigkeit der Massen und der Linksentwicklung dazu, davon übertriebene Vorstellungen zu haben und es stillschweigend zum „Beginn des Übergangs zum offenen Klassenkampf" zu machen, was ja nicht dasselbe, sondern bereits viel mehr ist. Wir hätten das, den „Übergang zum offenen Klassenkampf" als eine *Möglichkeit* ins Auge fassen müssen, -die unter anderem auch vom bewußten Element, den Kommunisten, abhängt - aber eben nur als eine Möglichkeit, statt damit als mit etwas Sicherem zu rechnen und noch dazu übertriebene Vorstellungen davon zu haben. Insgesamt hatten wir ein stark übertriebenes Bild von der bereits erreivhten oder unmittelbar bevorstehenden Heftigkeit des Klassenkampfs, wie es z.B. in Ausdrücken wie „Rebellion in den Betrieben" zum Ausdruck kommt.

Ebenso überschätzten wir die Bedeutung und Auswirkungen der einzelnen Kämpfe. Dann gab es auch Versuche, die recht komplizierte Wirklichkeit in das Prokrustesbett unseren engen Vorstellungen zu pressen.

1976 kam im KB Wien eine - ihrem Wesen und ihrer Stoßrichtung nach rechtsopportunistische - Kritik an den Einschätzungen der Organisation auf. Diese Kritik reflektierte wirkliche Fehler und Schwächen unserer Einschätzung. Hätten wir uns (v.a. seitens der Leitungsorgane) sorgfältig damit auseinandergesetzt, das Richtige daran verarbeitet und sie fundiert widerlegt, dann hätte das zu einem Schritt vorwärts in der Vertiefung der Analyse und der Überwindung der Fehler führen können. Aber das ist nicht geschehen. Das Gegenteil ist geschehen: Die Fehler wurden ausgebaut, um erst in der Folge ihre verhängnisvolle Wirkung zu entfalten. Die seitens der Leitung von einem Genossen verfaßte Entgegnung ist daher verbal sehr stark, aber im Inhalt äußerst schwach. Sie ruht auf zwei Pfeilern, auf dem Pfeiler des Jonglieren mit Begriffen und - was immerhin etwas besser ausgefallen ist - auf dem Pfeiler der Interpretation der Streikstatistik (dazu siehe oben). Das erstere war im Grunde eine ziemlich inhaltslose Angelegenheit, das zweite war mit einigen beträchtlichen Fehlern und Mängeln behaftet und sitzt v.a. dem Fehler auf, die Linksentwicklung in einer ganz falschen Art bloß an die offene Streikstatistik zu koppeln - was uns in die größeren Schwierigkeiten brachte, als in der Folge die offene Streiktätigkeit, nicht aber deshalb die Arbeiterbewegung zurückging. Bedeutet das jetzt wieder eine Trendumkehr? Wir konnten (z.B. Rechenschaftsbericht an die 1. o.NDK, S. 40-44) den Rückgang der offenen Streiktätigkeit durchaus materialistisch erklären, aber zugleich stürzte uns der Pfeiler Nr. 1 bei der Untermauerung unserer Einschätzungen ein.

Was die „Kritik" des Jahres 1976 betrifft, bedeutet diese Entwicklung, daß sie zwar niedergeschlagen, aber nicht wirklich überwunden worden war. Deshalb kam sie auch in weiterer Folge immer wieder in versteckter Form (und heute offen) zum Vorschein. Weiters wurden dadurch auf Jahre hin bestimmte schematische Vorstellungen tabuisiert, was eine kritische Überprüfung und Weiterentwicklung dieser Vorstellungen be- und verhinderte und damit auch die Weiterentwicklung unserer politischen Analyse und Linie. Das bezieht sich v.a. auf die Analyse und den Kampf gegen den sozialdemokratischen Reformismus. Resultat war auch eine gewisse Borniertheit, wie sie sich - um ein Beispiel zu nennen - bei der Wahlanalyse der folgenden Jahre zeigte. Diese Analysen bestanden immer nur darin, zu „beweisen" - was an und für sich richtig war -, daß der Sieg dieser oder jener Partei nichts an der Linksentwicklung ändert. Mehr ist z.B. in bezug auf die Wahlen dem ZO nicht zu entnehmen, d.h. es ist ihm nichts zu entnehmen. Vielleicht ist das ein ganz guter Spiegel für die Hohlheit und Borniertheit, bei der wir - von ursprünglich richtigen Ansätzen ausgehend - schließlich gelandet sind.

Weit entfernt von einer wirklich ständigen Analyse der Entwicklung der Klassenkampfsituation und Überprüfung und Weiterentwicklung unserer Einschätzungen, sind die alten Einschätzungen von 1976 in dem absolut unvermeidlichen Ausmaß an die Entwicklung der Realität angepaßt worden. Faktisch hat das den sukzessiven Abbau und Verfall dieser Einschätzungen bedeutet. An die Stelle dieser Einschätzungen ist aber keine neue, fundierte, richtige Einschätzung getreten. Das wiederum hat dem Revisionismus in unserer Organisation ein Einfalltor aufgestoßen und einen entscheidenden Ansatzpunkt geboten.

In einem weiteren Artikel sollen die wichtigsten Entwicklungen der Klassenkampfsituation in den 70er Jahren, v.a. seit 1975/76 behandelt und mit den Einschätzungen aus 1976 konfrontiert werden. Daraus müßten sich auch Elemente einer neuen Analyse der Klassenkampfsituation und ein Bild von den wichtigsten Untersuchungsaufgaben auf diesem Gebiet entwickeln lassen.

(Z - wl)